



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Umgang mit Holocaust und Erinnerungskultur unter
Schwarz-Blau 1“

verfasst von / submitted by

Elisa Schneeweiß

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2020 / Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 190 347 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Französisch UF Geschichte,
Sozialkunde Polit.Bildg

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Doz Dr. Hans Safrian

Hiermit versichere ich, Elisa Schneeweiß,

Dass die Diplomarbeit von mir selbstständig verfasst wurde, keine anderen Quellen oder Hilfsmittel benutzt wurden, als angegeben und ich mich keiner unerlaubten Hilfe bedient habe.

Dass ich das Thema meiner Diplomarbeit bisher weder im In- noch Ausland als Prüfungsarbeit vorgelegt habe oder werde.

Dass die Version der Arbeit mit jener vom Betreuer beurteilten Version übereinstimmt.

Wien, 31. Jänner 2020

Unterschrift

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die mich während der Anfertigung dieser Diplomarbeit motiviert, unterstützt und begleitet haben.

Zuerst gebührt mein Dank Herr Professor Hans Safrian, der meine Diplomarbeit betreut und begutachtet hat. Für die vielen Gespräche, die hilfreichen Anregungen, die kritischen Bemerkungen und die Unterstützung möchte ich mich herzlich bedanken.

Ein großer Dank gilt meiner Familie, die mich über die vielen Jahre hinweg immer tatkräftig unterstützt hat und immer an mich geglaubt hat. Besonders möchte ich meinen Eltern danken, die es mir ermöglicht haben, ein sehr interessantes und facettenreiches Studium zu absolvieren und bei meiner Schwester, die mein Ruhepol an den Wochenenden war.

Außerdem möchte ich mich bei meinem Freund Andreas bedanken, der jeden positiven und negativen Moment miterleben musste und sich meine stundenlangen Überlegungen anhörte.

Ganz besonders möchte ich mich noch bei meinen beiden liebsten Freundinnen Miriam und Elsa bedanken, die mit mir eine unglaublich schöne und lehrreiche Zeit an der Universität Wien verbracht haben. Mit ihnen an meiner Seite vermittelte die Hauptbibliothek der Universität Wien über viele Semester hinweg das Gefühl von "zu Hause".

Abschließend möchte ich mich bei der Universität Wien bedanken, die mit einem spannenden Lehrangebot und vielen interessanten Veranstaltungen für viel Freude während meines Studiums sorgte und mich immer wieder an meine persönlichen Grenzen brachte.

Elisa Schneeweiß

Wien, 31.1.2020

Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit geht der Frage nach, wie sich die österreichischen Medien *Profil* und *Falter* in den Jahren 2000 bis 2005 zum Umgang der Schwarz-Blauen Regierung mit der österreichischen Vergangenheit während des Zweiten Weltkrieges und dem Holocaust positionieren.

Ausgehend von theoretischen Überlegungen zu den Begriffen *kulturelles* und *kommunikatives Gedächtnis* von Jan Assmann wurde im Zuge dieser Arbeit die Veränderung der in Österreich lange angewendeten „Opfertheorie“ ab der Waldheim-Affäre 1986 analysiert. Ferner wird die Parteigeschichte von FPÖ und ÖVP näher betrachtet, mit einem Schwerpunkt auf den innerparteilichen Umgang mit dem Nationalsozialismus.

Die von Siegfried und Margarete Jäger erarbeitete *Kritische Diskursanalyse* bildete die Grundlage der Analyse. Anschließend wurden vier *diskursive Ereignisse* aus dem Zeitraum 2000 bis 2005 ausgewählt. Dabei handelt es sich um die Aussage des damaligen Bundeskanzlers Schüssel, der in einem Interview mit der *Jerusalem Post* Österreich als „erstes Opfer Hitlers“ bezeichnete, die Interpretation der Besatzungsjahre 1945 bis 1955 des FPÖ-Volksanwaltes Ewald Stadler, Jörg Haiders „Aschermittwochrede“ und die daraus entstandene „Haider-Muzicant-Affäre“ und die Verharmlosung des Holocausts durch den FPÖ-Politiker John Gudenus.

Dafür wurden die medialen Reaktionen von *Profil* und *Falter* herangezogen und exemplarisch Beiträge analysiert, die zeigen sollten, welche Argumentationsstrategien die Medien verwendeten und welchen Meinungen und Positionen Platz eingeräumt wurde.

Ergänzend wurden zwei Experten in Form eines Interviews zu den vier diskursiven Ereignissen und zum Umgang der Schwarz-Blauen Regierung mit dem Erbe des Zweiten Weltkrieges befragt. Deren persönliche Eindrücke rundeten das Bild der damaligen geschichtspolitischen Lage in Österreich ab.

Die Analyse zeigte, dass sich die beiden Medien eindeutig gegen die von den ÖVP- und FPÖ-Politikern vertretenen Meinungen stellen und das gesamte, ihnen zur Verfügung stehende, journalistische Repertoire verwenden, um die Aussagen zu widerlegen.

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einleitung	6
2	Der Umgang mit der Vergangenheit	9
3	Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Neonazismus	17
4	Die Opfertheorie und ihre Transformation ab der „Waldheim-Affäre“	20
4.1	Die „Waldheim-Affäre“ 1986	20
4.2	Das „Ge- bzw. Bedenkjahr“ 1988	21
4.3	Von der Opferthese zur Mittäterschaft unter Franz Vranitzky	23
4.3	Die „Wiederbelebung“ der Opfertheorie	26
5	Die beiden Koalitionsparteien und ihr Umgang mit dem NS-Regime	29
5.1	Die FPÖ und ihr Umgang mit dem NS-Regime	29
5.1.1	Die FPÖ unter Jörg Haider	33
5.1.2	Die FPÖ im Umgang mit Rechtsextremismus und Antisemitismus	36
5.2	Die ÖVP und ihr Umgang mit dem NS-Regime	37
6	Nationalsozialismus in der Öffentlichkeit der 1990er Jahre	39
7	Methode: Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger	42
7.1	Theoretische Grundlagen der Analysemethode	42
7.3	Vorgehensweise der Kritischen Diskursanalyse	47
7.3.1	Konzeptionierungsphase	47
7.3.2	Erhebungsphase	48
7.3.4.2	Text- „Oberfläche“	49
7.3.4.3	Sprachlich-rhetorische Mittel	49
7.3.4.4	Inhaltlich-ideologische Aussagen	49
7.3.4.5	Zusammenfassende Interpretation	50
8	Der Umgang der Schwarz-Blauen Regierung mit dem Erbe des Zweiten Weltkrieges anhand konkreter Aussagen	51
8.1	Dr. Wolfgang Schüssel und die „Opfertheorie“	53
8.1.1	Interview in der <i>Jerusalem Post</i> am 8. November 2000	53
8.1.2	Analyse der Publikationen im Nachrichtenmagazin <i>Profil</i>	54
8.1.4	Analyse der Publikationen in der Wochenzeitung <i>Falter</i>	60
8.1.5	Zusammenfassung der Reaktionen auf das <i>Jerusalem Post</i> -Interview	65
8.2	FPÖ-Volksanwalt Ewald Stadler	67
8.2.1	Aussagen im ORF-Report im Juli 2002	67
8.2.2	Analyse der Publikationen im Nachrichtenmagazin <i>Profil</i>	67

8.2.3	Analyse der Publikationen in der Wochenzeitung <i>Falter</i>	73
8.1.4	Zusammenfassung der Reaktionen auf die Causa-Stadler	82
8.3	Die Haider-Muzicant-Affäre im Jahr 2001	84
8.3.2	Analyse der Publikationen im Nachrichtenmagazin <i>Profil</i>	86
8.3.3	Analyse der Publikationen in der Wochenzeitung <i>Falter</i>	91
8.3.4	Zusammenfassung der Analyse der „Aschermittwochrede“	96
8.4	Die FPÖ und ihr Umgang mit der Vergangenheit im Gedenkjahr 2005	98
8.4.1	John Gudenus Aussagen im ORF-Report	98
8.4.2.	Analyse der Publikationen im Nachrichtenmagazin <i>Profil</i>	100
8.4.3	Analyse der Publikationen in der Wochenzeitung <i>Falter</i>	107
8.4.4	Zusammenfassung der Analyse von John Gudenus	112
9	Experteninterviews zur Schwarz-Blauen Koalition	114
	und ihrem Umgang mit Vergangenheit	114
9.1	Experteninterview mit dem Rechtsextremismusforscher	114
	Andreas Peham	114
9.2	Experteninterview mit dem Schriftsteller	118
	und Historiker Doron Rabinovici	118
11	Literaturverzeichnis	125
11.1	Onlinequellen	129
11.2	Für die Analyse verwendete Artikel	131
11.2.1	Ausgaben von <i>Profil</i>	131
11.2.2	Ausgaben von <i>Falter</i> aus dem Onlinearchiv	132

1 Einleitung

„Wenn aber in Österreich eine Partei zur Mehrheitsfraktion eines Kabinetts wurde, deren Politiker gerne den Nationalsozialismus und seine Verbrechen verharmlosten, die Veteranen der SS lobten und mit einer Dritten Republik drohten (...) Das Debakel der österreichischen Situation lag darin, in der Zweiten Republik nicht jene westlichen Mindeststandards gegenüber der Vergangenheit entwickelt zu haben, die in anderen Ländern eingehalten werden mussten.“¹ (Doron Rabinovici)

Der Auszug aus Rabinovicis Rede am Heldenplatz vom 19. Februar 2000 darf als Warnung und als Appel für die Opposition, die Medien und auch für die Zivilgesellschaft gesehen werden der Schwarz-Blauen Regierung in ihrem Umgang mit der Vergangenheit und speziell mit dem Erbe des Zweiten Weltkrieges kritisch gegenüber zu stehen. Wichtige Regierungsmitglieder wie Jörg Haider waren bereits vor der Regierungsangelobung für ihren oftmals kritisch betrachteten Umgang mit der Vergangenheit ins Zentrum der Aufmerksamkeit geraten. Die Regierungsbeteiligung einer rechten Partei und Haiders „Lob für die Beschäftigungspolitik“ waren ausschlaggebend dafür, der Frage nach der medialen Berichterstattung über den Umgang der FPÖ mit der Vergangenheit im Rahmen der vorliegenden Diplomarbeit nachzugehen. Durch die Akzeptanz des oft einseitigen Umganges mit der Vergangenheit in der Koalition kam es zwischen 2000 und 2005 zu Aussagen und Behauptungen von ÖVP- und FPÖ-PolitikerInnen, die mit der Opposition und Wissenschaft ideologisch nicht übereinstimmen.

Das Ziel der vorliegenden Diplomarbeit ist es, zwei österreichische Medien hinsichtlich ihrer Berichterstattung bezugnehmend auf vier diskursive Ereignisse zu analysieren. Daneben ist vor allem die Positionierung der Medien innerhalb der österreichischen Medienlandschaft von großem Interesse. Für die Analyse wurden *Profil* und *Falter* herangezogen, um eine kritische Berichterstattung, die sich tendenziell entgegengesetzt der Regierung positioniert, zu zeigen und somit die Vielschichtigkeit der in Österreich vertretenen Meinungen darzustellen. Die beiden Medien unterscheiden sich nicht oft hinsichtlich ihrer Ausrichtung und ergänzen sich in der Berichterstattung, trotzdem lassen sich einige Unterschiede in Hinblick

¹ Rabinovici, Drei Reden zu Schwarz-Blau und Europa, S-165-166.

auf die Herangehensweise erkennen. Sowohl *Profil* als auch *Falter* arbeiteten in ihren Reaktionen mit der journalistischen Bandbreite ihrer Möglichkeiten. Kommentare, Leitartikel, aber auch kurze Satire-Beiträge faden ihren Einzug in die Medien.

Der Untersuchungszeitraum der einzelnen Ereignisse umfasst meist die ersten Ausgaben nach dem jeweiligen Ereignis, da vor allem die erste mediale Reaktion von Interesse für die Diplomarbeit ist. Da jedes Ereignis unterschiedlich lang und intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, kann es sich um einen kürzeren oder auch um einen längeren Zeitraum handeln. Insgesamt wurden rund um die vier diskursiven Ereignisse 67 Artikel in den Medien publiziert, die das jeweilige Ereignis in den Mittelpunkt des Berichts stellten.

Die folgenden Fragestellungen stehen im Zentrum der Arbeit: Welche ideologischen Positionierungen nahmen die beiden Medien innerhalb der vier öffentlichen Debatten ein? Mit welcher Intensität wurde von den diskursiven Ereignissen berichtet und in welcher Form? Welche Personen kamen in der Berichterstattung zu Wort? Welche AutorInnen wurden mit den Berichten beauftragt und welche Ziele verfolgten diese? Welche Überschneidungen mit anderen Diskurssträngen kamen vor?

Damit die große öffentliche Debatte um die einzelnen Ereignisse verstanden werden kann, wird in einem ersten Teil der Arbeit ein Schwerpunkt auf den Umgang mit der Vergangenheit Österreichs seit der „Waldheim-Affäre“ im Jahr 1986 gelegt. Es soll vor allem die Transformation der „Opfertheorie“ dargestellt werden, um zu zeigen, wie sich die „Vergangenheitspolitik“ mit den verschiedenen Regierungen veränderte und wie es möglich war, dass diese nicht mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen übereinstimmte. Darüber hinaus soll die Parteigeschichte von ÖVP und FPÖ zeigen, für welchen Umgang sich die beiden Parteien seit 1945 entschieden haben und welche Teile der Vergangenheit bis heute von den politischen Organisationen nicht ausreichend aufgearbeitet wurden. Ein besonderer Fokus bei der FPÖ liegt einerseits auf der Vorgängerpartei, dem Verband der Unabhängigen (VdU), andererseits auf der Übernahme der Partei durch Haider im Jahr 1986. Um zu zeigen, wie sich die österreichische Bevölkerung seit der „Waldheim-Affäre“ in Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg und das NS-Regime positionierte, wird eine von Heinz P. Wassermann verfasste Umfrage herangezogen, welche einem besseren Verständnis der 2000er Jahre dienen soll.

Die Arbeit versucht nicht eine neue „historische Wahrheit“ zu etablieren oder die Geschichte der NationalsozialistInnen in Österreich neu zu schreiben, sondern vielmehr die Mehrdimensionalität der Schwarz-Blauen Regierungszeit darzustellen und den journalistischen Protest von zwei Qualitätsblättern hervorzuheben. Darüber hinaus soll die Bedeutung von Sprachsensibilität gegenüber den Opfern in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt werden. Das bewusste Erwähnen von Ausdrücken und Begriffen, die von den NationalsozialistInnen verwendet wurden und auch Begriffe, die uns harmlos erscheinen kritisch sind zu betrachten. Dies wären zum Beispiel „Vergangenheitsbewältigung“ oder auch die „Wiedergutmachung“.

„Unser historisches Gedächtnis und unsere historische Verantwortung existieren nicht ohne das schweigende Gedächtnis der Opfer. Niemand in Europa kann sich eine Normalität wünschen, in der das schweigende Gedächtnis der Opfer nicht laut wird (Péter Nádas). Auch gutgemacht kann nicht werden, was nicht gutzumachen ist.“²

Die Rechercheergebnisse in der Literatur zeigten, dass es noch keine wissenschaftliche Arbeit gibt, die sich mit der Positionierung von *Profil* und *Falter* in Hinblick auf die vier diskursiven Ereignisse beschäftigt hat. Die letzten Jahre haben jedoch einige sehr wichtige Werke hervorgebracht, die sich mit der medialen Berichterstattung in Österreich beschäftigen und Themen wie den Holocaust, den Zweiten Weltkrieg und die „Opferfrage“ in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses stellten. Ein sehr umfangreiches Werk zu den verschiedenen Ereignissen stellt „Waldheim und die Folgen“ von Cornelius Lehnguth dar, das sich intensiv mit der österreichischen Nachkriegsgeschichte beschäftigt. Der Autor arbeitete die einzelnen „Phasen“ im Umgang mit der Vergangenheit genau auf und widmete sich auch Themen wie der innerparteilichen „Wiedergutmachung“ und diversen Fällen der Restitutionspolitik. Hauptthema sind unter anderem auch Geschehnisse unter Schwarz-Blau 1, wie beispielsweise das Gedenkjahr 2005. Daneben ist auch das von Anton Pelinka und Ruth Wodak herausgebrachte Werk „Dreck am Stecken“ zu nennen, das sich vor allem mit Haiders FPÖ und dessen AusländerInnenfeindlichkeit, Antisemitismus und Anfeindungen auseinandersetzt. Die einzelnen AutorInnen befassen sich mit der Macht von Sprache anhand freiheitlicher Politreden und liefern Gutachten über die Nähe von FPÖ-Persönlichkeiten zum Rechtsextremismus und NS-Gedankengut.

² Androsch, Die Verpflichtung zur Erinnerung, S.67.

2 Der Umgang mit der Vergangenheit

Die Geschichte Österreichs nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges spielt bis heute eine große Rolle im kollektiven Gedächtnis, da die Geschehnisse der Jahre 1938-1945 für viele ÖsterreicherInnen eine Konfrontation mit dem nationalsozialistischen Terror-Regime bedeutet, das viele Opfer forderte und durch eine aktive Beteiligung vieler ÖsterreicherInnen funktionierte. Politisch entschied man sich nach 1945 die Rolle des „ersten Opfer“ einzunehmen und keine Verantwortung für die Gräueltaten während der NS-Zeit zu übernehmen. Deshalb kam es oft unbewusst, aber auch durchaus bewusst zu einer Politik des Schweigens und zu einer „Tabuisierung“ der Erinnerung. Österreich ist in seinem Umgang mit der NS-Zeit kein Einzelfall, denn das Erinnern und Vergessen von vergangenen Ereignissen sind Bestandteile im Entstehungsprozess von nationalen Narrativen. Natürlich werden vor allem die schönen und glorreichen Momente häufiger in die Erinnerung geholt, als die dunklen Seiten der „eigenen“ Geschichte. Rathkolb schreibt den einzelnen Generationen unterschiedliche Bedeutungen zu, indem er sagt, dass „jede Generation [sich] mit der für den jeweiligen nationalen Aufbau wichtigen Vergangenheit auseinander[setzt].“³ Diese Informationen können unter anderem als Basis für Gründungsmythen von einzelnen Staaten herangezogen werden. Durch öffentliche Institutionen wie der Schule, aber auch durch die ständige Präsenz in den Medien und der kollektiven Erinnerung werden die Ereignisse immer wieder neu gedeutet und reproduziert. Sie helfen uns im alltäglichen Leben, sorgen für das Gefühl von Einigkeit und Zugehörigkeit und sollten über Parteigrenzen hinausgehen. Ein weiterer Aspekt, der für die Entstehung von Erinnerung nicht unterschätzt werden darf, ist, welche Personengruppen an der Formierung beteiligt waren. In der österreichischen Nachkriegszeit waren es vor allem jene Personen, die nicht in den Krieg zogen, und die Soldaten. Die eigentlichen Opfer wie Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti, aber auch die Wehrmachtsverweigerer und Opfer in den „Euthanasie-Anstalten“ bekamen kaum Aufmerksamkeit und befanden sich Großteils auch nicht in Österreich.⁴

Ruth Wodak unterstreicht in ihrer Auseinandersetzung mit der österreichischen Identität die Bedeutung der „Krise“ im Zusammenhang mit der Erinnerung und bezieht sich hier auf den britischen Politikwissenschaftler Colin Hay, denn für gewöhnlich ist dieser Begriff sehr negativ konnotiert. Dass er jedoch neue Perspektiven schafft und für eine Neu- beziehungsweise Umorientierung sorgt, darf im Zusammenhang mit der Erinnerung nicht vergessen

³ Rathkolb, Fiktion „Opfer“, S.42.

⁴ Vgl. Rathkolb, Fiktion „Opfer“, S.40-46.

werden. Momente der Krise schaffen Platz, um Vergessenes wieder in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu rücken.

„Lässt man also Vergangenheit nicht ruhen, wird lange Zeit hindurch Geglaubtes plötzlich in Frage gestellt, so ruft dies eine Krise hervor und damit Unsicherheit wie auch Angst. (...) Krisen werden also bedrohlich, wenn positive Narrative gefährdet sind, wenn also Normen- und Regelbruch offensichtlich werden, die bisher erfolgreich unter den Teppich gekehrt worden waren.“⁵

Da es bei historisch „wichtigen“ Ereignissen nicht nur die individuelle Erfahrung der Personen gibt, die an den Geschehnissen teilnahmen, sondern auch eine öffentliche Seite gibt, welche von Institutionen und Regierungen geschaffen wird, ist es wichtig, sich bewusst zu sein, dass diese beiden Formen des Gedächtnisses oder der Erinnerung nicht immer ident sind.

Jenes Gedächtnis, das eine Rekonstruktion der öffentlichen Erinnerung ist, nennt sich kollektives Gedächtnis. Jan Assmann hat es in zwei Dimensionen aufgeteilt, die innere und die äußere Dimension. Der innere Teil beschäftigt sich mit der Gehirnpsychologie, der Neurologie und der Psychologie, wohingegen die äußere Dimension Gegenstand der historischen Kulturwissenschaften ist. Die Aufgabe der Kulturwissenschaften ist es hier, jene Inhalte zu betrachten, die das Gedächtnis aufnimmt, deren Organisation und auch die Fähigkeit des Erinnerns oder Vergessens. Allerdings geht es nicht um die neurologischen Fähigkeiten wie das Abspeichern oder die Frage der Speicherfähigkeit, sondern um die Frage nach „äußeren, gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen.“⁶

Das individuelle Gedächtnis kann sich erinnern, da es sich innerhalb des kollektiven Gedächtnisses bewegt, Orientierungspunkte sucht und an dem Gedächtnis auch teil hat. Ein wichtiges Merkmal des kollektiven Gedächtnisses ist deshalb auch die Gruppenbezogenheit, denn es benötigt die Individuen um bestehen zu können. Die gemeinsame Erinnerung ist es, die Gemeinschaft überhaupt erst schafft und unabhängig von äußern Bedingungen in allen Kulturen und Weltregionen vorhanden ist. Assmann behauptet, dass es keine sozialen Gruppen gibt, in denen nicht ein Minimum an Erinnerungskultur vorhanden ist. Als

⁵ Wodak, Österreichische Identität, S.13-14.

⁶ Zieger, Kannionier-Finster, Österreichisches Gedächtnis, S.53.

Ein weiteres Merkmal ist die immer wiederkehrende Rekonstruktion der Vergangenheit, die verhindert, dass die Vergangenheit sich selbst überlassen wird. Ändern sich die Bezugsrahmen der Gegenwart, so wird auch die Vergangenheit, abhängig von den äußeren Gegebenheiten, immer wieder erneut rekonstruiert. Die sozialen Bezugsrahmen stellen die Grundbedingung für das Individuum dar, sich überhaupt erinnern zu können. Gibt es keine entsprechenden Bezugsrahmen in der Gegenwart, so können Ereignisse und Informationen einfach vergessen werden.

Jedes Kollektiv – dies kann auch eine soziale Gruppe sein – hat seine eigene Art sich zu erinnern. Durch diesen gemeinsamen Prozess wird die Vergangenheit rekonstruiert und „zwar so, dass sie gleichzeitig die Erinnerung unter dem Gesichtspunkt der als notwendig erachtenden sozialen Ordnung und des sozialen Ausgleichs deformiert.“⁷

Diese Fähigkeit erlaubt einer Gesellschaft, für sie irrelevante oder trennende Aspekte der Vergangenheit einfach wegzulassen. Deshalb bedarf es einer immer wiederkehrenden Neuinterpretation und auch neuen Rekonstruktion, um die Vergangenheit an die Gegenwart und die damit verbundenen, sich ständig ändernden, Gegebenheiten anzupassen. Betrachtet man das Gedächtnis als kollektive Funktion, so sind vom Standpunkt der Gruppe aus zwei Tätigkeitsarten von Bedeutung. Auf der einen Seite gibt es ein Gedächtnis, welches wie ein Behälter aus Begriffen besteht, die den Mitgliedern einer Gruppe als Orientierungspunkte der Vergangenheit dienen sollen. Auf der anderen Seite kommt eine im Gedächtnis vorhandene Vernunfttätigkeit zum Einsatz, welche als Ausgangspunkt die gegenwärtigen Bedingungen und ihre Anforderungen sieht. Da die Vernunft, welche unter dem Eindruck der Gegenwart steht, ihre Kraft gegen die Stärke der Vergangenheit nur dann zur Geltung kommen lassen kann, wenn sie die Erinnerung an die Historie nicht ganz verhindert.

„Sie setzt sich also nicht die Gegenwart insgesamt gegen die Vergangenheit, sondern nur eine Vergangenheit gegen eine andere Vergangenheit, eine Tradition gegen eine Tradition. Es handelt sich dabei um eine Vergangenheit oder Tradition von sozialen Gruppen, mit denen sich die aktuelle Gesellschaft zu identifizieren strebt.“⁸

Jan Assmann sieht das kollektive Gedächtnis als eine Art Oberbegriff, der sich in das kommunikative und das kulturelle Gedächtnis aufteilen lässt. Der Unterschied zwischen diesen beiden Gedächtnisformen liegt in ihrem unterschiedlichen Modus der Erinnerung.

⁷ Zieger, Kannionier-Finster, Österreichisches Gedächtnis, S.54.

⁸ Zieger, Kannionier-Finster, Österreichisches Gedächtnis, S.54.

Das kommunikative Gedächtnis hingegen beschäftigt sich mit der „jüngeren“ Vergangenheit. Es unterscheidet sich von den beiden anderen Formen vor allem durch seinen Fokus auf die Alltagskommunikation. Ein wichtiger Bereich in dem diese Gedächtnisform hervortritt ist die *Oral History* Methode. Die alltägliche Form der Kommunikation ist vor allem durch „ein hohes Maß an Unspezialisiertheit, Rollenrezipriorität, thematische Unfestgelegtheit und Unorganisiertheit gekennzeichnet.“⁹ Deshalb sind es vor allem Gespräche, in denen die teilnehmenden Personen sehr einfach und jederzeit ihre Rolle wechseln können. Assmann nennt als typische Beispiele die „Eisenbahnfahrt“, den „Stammtisch“ oder auch das „Wartezimmer“¹⁰. Durch diese Form des Gespräches entwickelt der/die Einzelne ein Gedächtnis, das „sozial vermittelt“ und „gruppenbezogen“¹¹ ist. Das Gegenüber im Gespräch ist nicht beliebig, die einzelnen TeilnehmerInnen haben ein Bild von sich und sind sich ihrer Einheit bewusst. Diese Zusammengehörigkeit nehmen sie als Ausgangspunkt und entwickeln ein Bewusstsein von gemeinsamer Vergangenheit. Die einzelnen Personen sind jedoch Teil verschiedenster Gruppen, wie Familie, Berufsgruppe und auch Nation und können deshalb an mehreren kollektiven Selbstbildern teil haben.

Ein weiteres wichtiges Merkmal, so zeigte die *Oral History* Praxis ist die zeitliche Beschränkung, denn das kommunikative Gedächtnis geht nicht weiter als maximal 100 Jahre in die Vergangenheit zurück. Diese Zeitgrenze ist nicht fixiert und verändert sich mit dem Gegenwartspunkt.

Das kulturelle Gedächtnis unterscheidet sich vom kommunikativen Gedächtnis durch seine Alltagsferne. Darunter versteht Assmann den Zeithorizont, denn diese Gedächtnisform hat seine Fixpunkte, die sich nicht mit dem Gegenwartspunkt verändern. Bei diesen sogenannten Fixpunkten handelt es sich um „schicksalshafte Ereignisse in der Vergangenheit“¹², die durch kulturelle Formungen wie Texten und Denkmälern aber auch in institutionalisierter Kommunikation in Form von Rezitation Begehung und Betrachtung wach gehalten werden. Assmann nennt dies „Erinnerungsfiguren“.¹³ Innerhalb der Alltagskommunikation bilden

⁹ Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, S.10.

¹⁰ Ebenda, S.10.

¹¹ Ebenda, S.10.

¹² Ebenda, S.12.

¹³ Ebenda, S.12.

Festlichkeiten, Riten, Gedichte Bilder und so weiter „Zeitinseln“¹⁴, die im kulturellen Gedächtnis zu einem „Erinnerungsraum“¹⁵ ausbreiten.

Assmann erweiterte unter anderem die Theorien von Maurice Halbwachs und Aby Warburg und betrachtet in seiner Theorie des kulturellen Gedächtnisses die Pole Gedächtnis, Kultur und Gruppe. Er schreibt dem kulturellen Gedächtnis die folgenden Merkmale zu:

Die „Identitätskonkretheit“¹⁶, auch Gruppenbezogenheit, steht dafür, dass das Gedächtnis das in einer Gruppe vorhandene Wissen aufbewahrt und dieses heranzieht um der Gruppe ihre Einheit und Eigenart zu verschaffen. Dabei kann es sich um zweie Arten von Identitätskonkretheit handeln. Es gibt die Positive, die ein „wir-Gefühl“ schafft, oder die Negative, die Gegensätze hervorhebt. Darüber hinaus schreibt Assmann, dass

„Der im kulturellen Gedächtnis gepflegte Wissensvorrat durch eine scharfe Grenze gekennzeichnet ist, die das Zugehörige vom Nichtzugehörigen, d.h. das Eigene vom Fremden trennt.“¹⁷

Das zweite Merkmal ist die „Rekonstruktivität“¹⁸, denn es ist dem Gedächtnis nicht möglich die Vergangenheit in ihrer reinen Form zu bewahren. Vielmehr muss sie von der Gesellschaft in den verschiedenen Epochen neu interpretiert werden und mit einem gegenwärtigen Bezugsrahmen in Verbindung gebracht werden. Deshalb agiert das kulturelle Gedächtnis rekonstruktiv und bezieht sein Wissen auf die Situationen in der Gegenwart. Obwohl die einzelnen vergangenen Ereignisse, in Form von Erinnerungsfiguren und Wissensbeständen nicht veränderbar sind, doch jede Generation „setzt sich dazu in aneignende, auseinander-setzende bewahrende und verändernde Beziehung.“¹⁹

Ferner ist es dem kulturellen Gedächtnis möglich in zwei verschiedenen Modi zu treten. Es kann im „Modus der Potentialität“²⁰ als Archiv fungieren und somit ein „Totalhorizont“²¹ sein, der die gesammelten Texte, Bilder und Handlungsmuster einer Gruppe beinhaltet. Der

¹⁴ Ebenda, S.13.

¹⁵ Ebenda, S.12.

¹⁶ Ebenda, S.13.

¹⁷ Ebenda, S.13.

¹⁸ Ebenda, S.13.

¹⁹ Ebenda, S.13.

²⁰ Ebenda, S.13.

²¹ Ebenda, S.13.

zweite Modus ist jener der „Aktualität“²², bei dem es sich um einen Modus mit Gegenwartsbezug handelt.

Beim dritten Merkmal handelt es sich um die „Geformtheit“²³ von kommuniziertem Sinn und kollektivem Wissen. Diese ist die Grundvoraussetzung um die „Vererbbarkeit im kulturell institutionalisierten Erbgang einer Gesellschaft“ zu ermöglichen.²⁴ Dabei unterscheidet man drei Typen der Formung: sprachlicher, bildlicher und ritueller²⁵. Deshalb können neben der Sprache auch Bilder und Riten als Formung fungieren.

Die „Organisiertheit“ ist ein weiteres wichtiges Merkmal des kollektiven Gedächtnisses und wird unterteilt in: „in²⁶situationelle Absicherung von Kommunikation“ und „die Spezialisierung der Träger des kulturellen Gedächtnisses“.²⁷ Die erste Form bedarf eine bewusste Inszenierung, Assmann nennt in diesem Zusammenhang als Beispiel die „Zeremonialisierung der Kommunikationssituationen“²⁸. Das bedeutet, dass das kulturelle Gedächtnis „gepflegt“ werden muss und es bewusst in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gebracht werden sollte.

Das fünfte Merkmal ist die „Verbindlichkeit“²⁹. Darunter wird der Bezug auf das normative Selbstbild der Gruppe verstanden, aus dem sich eine „klare Werteperspektive“ und „ein Relevanzgefälle“ ergibt. Diese wiederum sorgen für die notwendige Struktur im „kulturellen Wissensvorrat und Symbolhaushalt“³⁰.

Das letzte Merkmal ist die „Reflexivität“³¹, die sich in drei Dimensionen aufteilen lässt: es ist praxis-reflexiv, selbst-reflexiv und Selbstbild-reflexiv³². Unter praxis-reflexiv wird die gängige Praxis durch Sprichwörter, Lebensregeln und Riten gedeutet. Die selbst-reflexive Komponente bezieht sich auf sich selbst „im Sinne der Auslegung, Ausgrenzung, Umdeutung, Kritik, Zensur (...)“.³³ Die Reflexion des Selbstbildes findet statt, indem die Gruppe ihr Selbstbild „im Sinne von ‚Selbstthematisierung des Gesellschaftssystems‘“³⁴ vollzieht.

²² Vgl. Ebenda, S.13.

²³ Ebenda, S.13.

²⁴ Ebenda, S.14.

²⁵ Ebenda, S.14.

²⁶ Vgl. Ebenda, S.14.

²⁷ Vgl. Ebenda, S.14.

²⁸ Vgl. Ebenda, S.14.

²⁹ Vgl. Ebenda, S.14.

³⁰ Vgl. Ebenda, S.14.

³¹ Vgl. Ebenda, S.14.

³² Vgl. Ebenda, S.15.

³³ Ebenda, S.14.

³⁴ Ebenda, S.14.

Zusammenfassend beschreibt Assmann das kulturelle Gedächtnis folgendermaßen:

„Unter dem Begriff des kulturellen Gedächtnisses fassen wir den in jeder Gesellschaft und jeder Epoche eigentümlichen Bestand an Wiedergebrauchs-Texten, -Bildern- und Riten zusammen, in deren ‚Pflege‘ sie ihr Selbstbild stabilisiert und vermittelt, ein kollektives geteiltes Wissen vorzuweisen (aber nicht ausschließlich) über die Vergangenheit, auf das eine Gruppe ihr Bewußtsein von Einheit und Eigenart stützt.“³⁵

Einen weiteren wichtigen Begriff nennt Assmann die „Erinnerungskultur“. Diese Gedächtnisform beinhaltet die „Einhaltung einer sozialen Verpflichtung“³⁶ und stellt sich permanent die Frage welche Aspekte aus der Vergangenheit nicht vergessen werden dürfen. Somit geht sie über das individuelle Gedächtnis hinaus und ist vor allem durch einen starken Vergangenheitsbezug gekennzeichnet. Die theoretischen Überlegungen Assmanns gehen so weit, dass Vergangenheit erst dann entstehen kann, wenn ein aktiver Bezug zu ihr hergestellt wird. Obwohl Vergangenheit „einfach“ durch das Vergehen der Zeit entsteht, können sich Gesellschaften auf verschiedenste Art und Weise mit ihr auseinandersetzen. Die Erinnerung ist eine Möglichkeit die Vergangenheit vor dem Vergessen zu bewahren und sie im „Heute“ sichtbar zu machen. Um einen Bezug überhaupt herstellen zu können bedarf es auf der einen Seite das Vorhandensein von sogenannten Zeugnissen und auf der anderen Seite müssen diese Zeugnisse eine „charakteristische Differenz zum ‚Heute‘ aufweisen.“³⁷ Darunter wird eine Veränderung verstanden, die sich langsam anbahnt und auf den ersten Blick nicht immer gleich erkennbar ist. Es können Traditionsbrüche sein, die zur Entstehung von Vergangenheit führen, die meist damit verbunden sind, dass sich eine Gesellschaft dann wieder auf diese „Differenzen“ zurückberuft.³⁸ Assmann wirft ein, dass man den Begriff der Erinnerungskultur auch mit Tradition und Überlieferung vergleichen kann, doch schreibt er der Erinnerungskultur mehr zu und stellt die folgende Theorie auf:

„Aber dieser Begriff verkürzt das Phänomen um den Aspekt der Rezeption, des Rückgriffes über den Bruch hinweg, ebenso wie um dessen negative Seite: Vergessen und Verdrängen. Daher brauchen wir ein Konzept, das beide Aspekte umgreift. Tote

³⁵ Ebenda, S.14.

³⁶ Assmann, Das kulturelle Gedächtnis, S.30.

³⁷ Assmann, Das kulturelle Gedächtnis, S.32.

³⁸ Vgl. u.a. Assmann Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, S.9-19; Assmann, Das kulturelle Gedächtnis S.29-34.

bzw. das ‚Andenken‘ an sie werden nicht ‚tradiert‘. Daß man sich an sie erinnert, ist Sache affektiver Bindung, kultureller Formung und bewußten, den Bruch überwindenden Vergangenheitsbezug. Diese Elemente prägen das, was wir das kulturelle Gedächtnis nennen und heben es über das Geschäft der Überlieferung hinaus.“³⁹

Für die Arbeit ist es wichtig, zuerst das kollektive Gedächtnis Österreichs zur Zeit der Untersuchung zu veranschaulichen, denn diese Form der Erinnerung lässt später auch Schlüsse auf die ExpertInnenbefragungen zu. Um dieses Gedächtnis darstellen zu können, werden Aussagen von PolitikerInnen aus der Schwarz-Blauen Koalition unter Dr. Wolfgang Schüssel herangezogen und mit kritischen Reaktionen der beiden österreichischen Medien *Profil* und *Falter* abgeglichen beziehungsweise kritisch hinterfragt. In der Wahl der Aussagen, werden Momente und Ereignisse herangezogen, die die PolitikerInnen verpflichtet, sich öffentlich mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Die Analyse macht es möglich, einen direkten Blick auf den Umgang der Politik mit der Vergangenheit zu werfen und ihre spezifische Herangehensweise an die vergangenen Ereignisse darzustellen. Auf der anderen Seite dienen die Reaktionen in den Medien dazu möglichen Widersprüchen und anderen Auffassungen der Vergangenheit Gehör zu verschaffen und die gegensätzlichen Anschauungen darzustellen.

³⁹ Assmann, Das kulturelle Gedächtnis, S.34.

3 Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Neonazismus

Da sich die Arbeit mit zwei politischen Parteien der Zweiten Republik und deren Umgang mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust beschäftigt ist es von großer Bedeutung die Begriffe „Rechtsextremismus“, „neonazistisch“ und „rechtspopulistisch“ zu definieren. In der medialen Berichterstattung und auch in der öffentlichen Debatte sind diese Begriffe, die sehr regelmäßig verwendet werden, dennoch ist oft unklar, wo die Unterschiede liegen. Sie werden häufig verwechselt oder gleichbedeutend wahrgenommen.

Der Begriff des Rechtsextremismus wird heute meist als Synonym oder Ersatz für den Terminus des Neonazismus verwendet.⁴⁰ Schiedel zufolge ist es jedoch wichtig zu betonen, dass die faschistischen Elemente im Rechtsextremismus nicht zu übersehen sind. Er schreibt ihm an erster Stelle den „Kult der Reinheit und des Saubermachens“ und eine „von Gewalt- und Tiermetaphern durchsetzte Sprache“⁴¹ zu. Diese Züge können auch Teil der kleinsten gesellschaftlichen Gruppen sein. Es finden sich auch faschistische Züge in den seit den 90er Jahren immer wieder aufkommenden Zornbewegungen der „kleinen Leute“ gegen die „Bonzen“⁴².

Trotz dieser Vorkommnisse, so stellt Schiedel fest, haben es die europäischen Rechtsextremisten geschafft, sich vom Faschismus abzukoppeln und sich mit der Demokratie als vorhandene Staatsform zu arrangieren.

Die in der Gesellschaft vorhandenen Ideologien ließen sich mithilfe eines Hufeisens oder dem „Verfassungsbogen“ nach Andreas Kohl darstellen. An den beiden Enden befinden sich die Extremen, Linksextremismus und Rechtsextremismus, wieder. Ausgehend von der Mitte und auch abhängig von der Darstellung, lässt sich feststellen, dass der Abstand zwischen den beiden Extremen geringer ist als zu den liberaldemokratischen Positionen, die sich in der Mitte befinden. Als grundsätzliches Merkmal von extremen Parteien gilt deshalb die Frontstellung gegenüber den in der „Mitte“ angesiedelten Parteien und der Grad zur Gewaltbereitschaft beziehungsweise deren Duldung.

„Der soziologische und ideologische Ort, in welchem Rechtsextremismus in der Regel festgemacht wird, ist der „Rand“. Demgegenüber kann gar nicht oft genug betont

⁴⁰ Vgl. Schiedel, Der rechte Rand, S.23.

⁴¹ Vgl. Ebenda, S.23.

⁴² Vgl. Ebenda, S.23.

werden, dass rechtsextremes Gedankengut eine militante Steigerungsform der zentralen Werte und Ideologien spätbürgerlicher Gesellschaften darstellt. Die Weigerung, Rechtsextremismus in erster Linie inhaltlich - und hier vor allem als Antisemitismus und Rassismus - zu bestimmen, passt sich in das Bedürfnis nach Entlastung der „Mitte“ ein. Tatsächlich würde ja die Verbreitung rassistischer und antisemitischer Einstellungen weit über die Grenzen des organisierten Rechtsextremismus hinaus dem Abschieben des Problems an den „Rand“ entgegenstehen.“⁴³

Bei der in Österreich gebräuchlichsten Definition von Rechtsextremismus handelt es sich um eine Ausarbeitung von Willibald I. Holzer, dessen Überlegungen sich weitgehend mit jenen von Hans-Gerd Jaschke decken und auch von Heribert Schiedel übernommen wurden. Sie verstehen Rechtsextremismus als einen „kritischen Arbeitsbegriff“⁴⁴, welcher sich in verschiedenen Anschauungen, Einstellungsmustern und Verhaltensweisen wiederfindet.

Der folgende Absatz widmet sich einigen Erkennungsmerkmalen von rechtsextremem Gedankengut:

Antiegalitarismus und Biologismus sind Grundmerkmale einer rechtsextremen Einstellung. Sie stellen sich gegen die Annahme, dass alle Menschen gleich sind und behaupten, dass soziale Ungleichheit und Konkurrenz „natürlichen“ Ursprunges sind. Zusammen mit dem Sozialdarwinismus gelten diese Einstellungen als historischer Kern des Rechtsextremismus.

Grundsätzlich spricht sich der Rechtsextremismus auch gegen Pluralismus und Liberalismus aus, er stellt sich somit gegen die Demokratisierung und den „internationalen, globalisierten, jüdischen“ Kapitalismus, den „jüdischen“ Sozialismus. Ferner gibt es in seinen Augen keine „homogene“ Volksgemeinschaft, welche durch das Bild des „Volkskörpers“ dargestellt wird. Der Begriff des „Volkes“ spielt eine wichtige Rolle, denn die Gemeinschaft ist wertvoller als die einzelne Person. Die Ideen und Wünsche des Individuums sind jenen der Gemeinschaft bedingungslos unterzuordnen.

Neben der Abneigung heterogener Gruppen, sind auch der kulturelle Rassismus, der Kulturrelativismus und der „Ethnopluralismus“ Teil der rechtsextremen Weltanschauung. Eines der wohl bekanntesten und das in der Gesellschaft am meisten vorkommende Merkmal ist der Antisemitismus, welcher deutliche rassistische Züge trägt, und welchem ein deutscher

⁴³ Vgl. Ebenda, S.24.

⁴⁴ Vgl. Ebenda, S.24.

oder auch völkisch geprägter Nationalismus hinzutritt. Die Tatsache, dass sich rechtsextreme Gruppierungen am Führer- oder Gefolgschaftsprinzip orientieren, zeigt, dass der Wunsch nach Autoritarismus vorhanden ist und der Wunsch nach Unterwerfung bei den einzelnen Mitgliedern einen großen Stellenwert hat. Eine freie demokratische Welt, in der sich jede/r sich frei bewegen kann, und nach ihren/ seinen Vorstellungen leben kann, entspricht nicht den Vorstellungen des Rechtsextremismus und soll durch „Zucht und Ordnung“ ersetzt werden. In Anbetracht der Gräueltaten des Zweiten Weltkrieg, und den Massakern an der jüdischen Bevölkerung und an allen anderen Minderheiten, gehen Personen, die sich im rechtsextremen Milieu bewegen, mit der Geschichtsschreibung vorwiegend verharmlosend bis verweigernd um. Die deutsche Geschichte wird deutlich positiver dargestellt, wobei es sich hierbei um eine nationalisierende Herangehensweise handelt, die bis zum „Revisio-nismus“, der Relativierung oder Leugnung des Holocausts, geht. Die unterschiedlichen Erkennungsmerkmale dürfen einzeln betrachtet nicht automatisch als rechtsextrem gesehen werden, denn einige kommen auch in konservativen Arsenalen vor und wurden einfach radikalisiert. Die Verwendung dieser eher konservativen Elemente ermöglicht es, rechtsextremen Gruppierungen eine Verbindung zur „Mitte“ zu schaffen und sich so als Teil dieser zu positionieren.

Der Identitätsbegriff erlebt in Zeiten von politischen Umschwüngen und Unsicherheit eine Renaissance, bietet er doch den Menschen eine gesicherte Identität und einen Zufluchtsort, welcher die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt. Die Unsicherheit in der Welt, verursacht durch die immer fortlaufende Globalisierung, stellt eine große Bedrohung für die „kulturelle Identität“ dar und so wurde die Globalisierung zu einem der aktuellsten Themen des Rechtsextremismus. Die Tatsache, dass die Welt zusammenrückte, brachte auch dem Antisemitismus eine zentrale Rolle, denn „im antijüdischen Bilderrepertoire liegen die Stigmata der Vaterlandslosigkeit und ewigen Wanderschaft, des Kosmopolitentismus und Anti-/ Internationalismus bereit.“⁴⁵

Beim Neonazismus handelt es sich – einfach ausgedrückt – um eine Form von Rechtsradikalismus, welche deutlich zugespitzter ist, eine deutlichere Bereitschaft zur Gewalt zeigt und eine offene NS-Apologie verwendet.

Der Rechtspopulismus unterscheidet sich vom Rechtsextremismus vor allem in personeller und inhaltlicher Hinsicht, aber die ideologischen Ansichten und das Verhältnis zu historischen Faschismen und zum globalisierten Kapitalismus sind verschieden.⁴⁶

⁴⁵ Vgl. Ebenda, S.27.

⁴⁶ Vgl. Ebenda, S.23-30.

4 Die Opfertheorie und ihre Transformation ab der „Waldheim-Affäre“

4.1 Die „Waldheim-Affäre“ 1986

Das Jahr 1986 markiert in der österreichischen Geschichte eine Krise im Umgang mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit. Die „Waldheim-Affäre“ brachte die österreichische Innenpolitik rund um den damaligen Bundespräsidenten Dr. Kurt Waldheim sowohl national als auch international in die Schlagzeilen.

Mit seiner Aussage, im Krieg wie viele andere nur seine Pflicht, erfüllt zu haben, brachte Kurt Waldheim die auf politischer und teilweise auch gesellschaftlicher Ebene geltende „Opfertheorie“ ins Wanken. Die Grundlage der Opfertheorie geht vor allem auf das von Dr. Karl Renner, Leopold Figl und deren Regierungsangehörigen, die bis Ende November 1945 im Amt waren, inszenierte Narrativ zurück, demzufolge Österreich im Jahr 1938 „durch militärische Bedrohung und kriegsmäßige Besatzung von außen“⁴⁷ eingenommen wurde. Mit diesen Worten sprach er nicht nur für sich, sondern für eine ganze Generation von österreichischen Wehrmachtssoldaten, deren Selbstverständlichkeit sich als Opfer zu sehen, sich von diesem Moment an änderte und nicht mehr auf einen gesellschaftlichen Konsens zurückgreifen konnte.⁴⁸ Eine beauftragte Historikerkommission unter der Leitung von Hans Rudolf Kurz und dem deutschen Militärhistoriker Manfred Messerschmidt sollte Waldheims Kriegsvergangenheit untersuchen. Als sie den Bericht veröffentlichten kamen sie zu dem Ergebnis, „dass er (*Waldheim*) zwar kein Kriegsverbrecher sei, aber umfassend über die Kriegsgräuel am Balkan informiert war.“⁴⁹

Thomas Albrich schreibt, dass die „Lebenslüge der Republik“⁵⁰ durch diesen historischen Moment in Frage gestellt wurde, und wirft der österreichischen Politik gleichzeitig vor, sich „mit Hilfe einer Geschichtslüge bequem aus der Verantwortung gestohlen“⁵¹ zu haben. Auch der Historiker Oliver Rathkolb spricht in diesem Zusammenhang von einer „langsamen Erosion der Selbsteinschätzung, primär Opfer des Nationalsozialismus gewesen zu sein.“⁵² Langfristig hatte diese Auseinandersetzung mit der österreichischen Vergangenheit, wie

⁴⁷ Bischof, „Opfer“ Österreich? S.306.

⁴⁸ Vgl. Lamprecht, „Der lange Schatten der Vergangenheit“, S.43-52.

⁴⁹ Rathkolb, Fiktion „Opfer“, S.75.

⁵⁰ Albrich, Es gibt keine jüdische Frage, S.71.

⁵¹ Ebenda, S.71-72.

⁵² Rathkolb, Fiktion „Opfer“, S.75.

Heidemarie Uhl schreibt, vor allem Auswirkungen auf die Geschichtswissenschaft und den öffentlich-politischen Diskurs. Oliver Rathkolb fügt die gesellschaftliche Ebene hinzu, welche vor allem die individuelle Rolle der ÖsterreicherInnen miteinschließt.⁵³

Cornelius Lehnigut fasst es folgendermaßen zusammen:

„Erst die Waldheim-Affäre brachte die entscheidenden politischen Impulse für die Historiografie: Im Jahr 1988 erschien die erste kritische Gesamtdarstellung Österreichs in der NS-Zeit; (...).“⁵⁴

Vor allem in der Öffentlichkeit wurde die Thematik mit mehr Sensibilität behandelt, die NS-Vergangenheit wurde fortan aus mehreren Perspektiven, vor allem kritisch beurteilt. Bis zum Ende der großen Koalition 1999/2000 wurde eine aktive Mitschuld an den NS-Verbrechen auf politischer Ebene zugegeben. Diese Erkenntnis veränderte das österreichische Selbstverständnis insofern, da man in den ÖsterreicherInnen nicht nur Opfer, sondern auch TäterInnen sah, und die Verantwortung, die auf den nachkommenden Generationen lastete, als Teil der österreichischen Geschichte wahrnahm.

Federführend, so Heidemarie Uhl, waren sowohl die Sozialdemokraten als auch die Kirche, die durch öffentliche Entschuldigungen bei den noch lebenden Opfern und deren Nachkommen mit einem breiten Eingeständnis ihren Beitrag leisteten. Im Gegensatz dazu standen auf politischer Ebene vor allem die FPÖ, die mit Aussagen von Spitzenpolitikern wie Haider deutlich zeigte, dass sich diese Partei eine andere Sichtweise im Umgang mit dem Nationalsozialismus angeeignet hat.⁵⁵

4.2 Das „Ge- bzw. Bedenkjahr“ 1988

Das Gedenkjahr 1988 fiel in die Amtszeit von Kurt Waldheim und war Anlass für internationale wissenschaftliche Konferenzen, Debatten und Publikationen, die sich mit den Themen Kollaboration und Widerstand beschäftigten. Diese aktive Auseinandersetzung führte dazu, dass sich auch die Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Rolle Österreichs in der NS-Zeit intensivierte. Ferner, so Bischof, entstand ein „komplexeres Geschichtsbild“⁵⁶.

⁵³ Vgl. Rathkolb, Fiktion „Opfer“, S.20-22.

⁵⁴ Lehnigut, Waldheim und die Folgen, S.13.

⁵⁵ Vgl. Uhl, Das „erste Opfer“, S.26.

⁵⁶ Bischof, „Opfer“ Österreich? S.330.

Führende PolitikerInnen Österreichs entschieden sich in der darauffolgenden Zeit in ihren Aussagen die Erosion der Opferthese anzudeuten. Man bewegte sich langsam hin zu einer These der Mitverantwortung, die sich bis zum Ende der großen Koalition unter Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky etablierte.

Es waren vor allem die öffentlichen Gedenkfeiern in Form von Zeremonien, welche das Thema medial in die Öffentlichkeit rückten. Waldheim erwähnte erstmals öffentlich, dass es auch ÖsterreicherInnen gab, die von Hitler begeistert waren und sich an den Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges beteiligten, er betonte dennoch, dass Österreich als Staat sehr wohl das erste Opfer war.⁵⁷

Diese Aussage lässt darauf schließen, dass Österreich im Jahr 1938 als Staat zum „ersten Opfer“ wurde, sich aber in der Bevölkerung Personen fanden, die TäterInnen waren. Die Akzeptanz der Verantwortung führte auch dazu, dass man die Zeit zwischen 1938 und 1945 als Teil der österreichischen Geschichte ansah und somit eine moralische Verpflichtung von Seiten der Zweiten Republik einzufordern war.

Kurt Waldheim wurde 1987 von der amerikanischen Regierung auf die Watchlist gesetzt und durfte deshalb als Privatperson nicht mehr in die USA einreisen. Daraufhin wurde von der Bundesregierung in Wien eine internationale Historikerkommission eingesetzt, die Waldheims Vergangenheit untersuchen sollte. Ihre Ergebnisse wurden 1988 präsentiert und sprachen Waldheim grundsätzlich frei, dass er selbst keine Kriegsverbrechen begangen hätte, keineswegs aber vollkommen von moralischer Mitverantwortung frei sei, da er bei „rechtswidrigen Vorgängen“ mitwirkte und seine eigene Vergangenheit verschwieg und diese bei Konfrontationen verharmloste.⁵⁸

Ein Beispiel für die Kontroversen und die Uneinigkeit der österreichischen Politik zeigt die Diskussion über das Mahnmal gegen Krieg und Faschismus am Albertinaplatz in Wien von Alfred Hrdlicka. Es gab Uneinigheiten über die Platzwahl des Monuments, denn auf Wunsch der ÖVP sollte es auf dem weniger frequentierten Morzinplatz errichtet werden, wie das Ö1 Mittagsjournal vom 26. Juni 1988 berichtete. Doch der Wiener Gemeinderat setzte die Wahl des Albertinaplatzes durch und die ersten Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten, denn mit dieser Entscheidung waren viele nicht einverstanden. Aus der FPÖ meldete sich

⁵⁷ Vgl. Bischof, „Opfer“ Österreich? S.330.

⁵⁸ Vgl. u.a. Bischof, „Opfer“ Österreich? S.305-335.; Lamprecht, „Der lange Schatten der Vergangenheit“, S.43-52.; Rathkolb, Fiktion „Opfer“ S.20-22.

Haider, der dem Künstler vorwarf, als „Stalinist“ nicht für die Errichtung eines antifaschistischen Denkmals geeignet zu sein.⁵⁹

4.3 Von der Opferthese zur Mittäterschaft unter Franz Vranitzky

Mit folgenden Worten entschuldigte sich der Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky im Juli des Jahres 1991 erstmals im Nationalrat und somit stellvertretend für die Republik Österreich, für die Gräueltaten, als des Landes Teil des „Dritten Reich“, war, bei den Opfern.

„Dennoch haben auch viele Österreicher den Anschluß begrüßt, haben das nationalsozialistische Regime gestützt, haben es auf vielen Ebenen der Hierarchie mitgetragen. Viele Österreicher waren an den Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen des Dritten Reichs beteiligt, zum Teil an prominenter Stelle.

Über eine moralische Mitverantwortung für Taten unsere Bürger können wir uns auch heute nicht hinwegsetzen. Vieles ist in den vergangenen Jahren geschehen, um, so gut dies möglich war, angerichteten Schaden wiedergutzumachen, angetanes Leid zu mildern. Vieles bleibt nach wie vor zu tun, und die Bundesregierung wird auch weiterhin alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um jenen zu helfen, die von den bisherigen Maßnahmen nicht oder nicht ausreichend erfaßt oder bisher in ihren moralischen oder materiellen Ansprüchen nicht berücksichtigt wurden.

Wir bekennen uns zu allen Daten unserer Geschichte und zu den Taten aller Teile unseres Volkes, zu den guten wie zu den bösen; und so wir die guten für uns in Anspruch nehmen, haben wir uns für die bösen zu entschuldigen - bei den Überlebenden und bei den Nachkommen der Toten.⁶⁰

Wie sich aus dem Protokoll des Nationalrats entnehmen lässt, bekam der Bundeskanzler einen lebhaften und lang anhaltenden Beifall von Seiten der SPÖ und ÖVP.⁶¹ Nach den

⁵⁹ Vgl. Ö1-Mittagsjournal vom 27.7.1988 online unter: https://www.mediathek.at/unterrichtsmaterialien/suche/detail/atom/090A339C-2E0-006B0-000006C8-09092BE5/marker/00_12_06/pool/BWEB/?end=00_34_25 (letzter Zugriff: 12.1.2020).

⁶⁰ Stenographisches Protokoll, 35. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich; XVIII. Gesetzgebungsperiode; Montag 8., und Dienstag 9.7.1991, S.3282-3283, online unter <https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVIII/NRSITZ/NRSITZ_00035/imfname_142026.pdf>, (letzter Zugriff: 15.10.2019).

⁶¹ Ebenda. S.3283.

Wahlen 1990 waren SPÖ, ÖVP, FPÖ und die Grünen im österreichischen Nationalrat vertreten⁶², die Rede Vranitzky erntete dementsprechend keinen Applaus von den Grünen und der FPÖ. Bischof fügt, aus einer sehr kritischen Position heraus, hinzu, dass sich das gesamte konservativ-bürgerliche Lager nie mit Vranitzkys Einstellung anfreunden konnte, denn er repräsentierte zu sehr die Erkenntnisse einer kritischen Geschichtsforschung. Bischof kritisiert auch die Wissenschaftspolitik, die ausgehend vom damaligen Wissenschaftsminister Erhard Busek den Fokus der zeitgeschichtlichen Forschungsfelder veränderte, um den „schwierigen Zweiten Weltkrieg“ aus dem Zentrum zu drängen. Als weitere Vorgehensweise nennt er die „Desavouierung der kritischen Zeithistoriker“, die dazu führen sollte, dass ihnen kein Glaube mehr geschenkt wird.⁶³

Für Albrich stellt Vranitzkys Entschuldigung den ersten Moment der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit dar, davor, so seiner Meinung nach, war die Opferdoktrin auf politischer Ebene noch nicht revidiert.⁶⁴

Bei einem Israelbesuch 1993 entschuldigte sich die Vertretung der österreichischen Bundesregierung, mit Vranitzky an der Spitze, auch erstmals vor dem Staat Israel. Der damalige Bundeskanzler hielt eine Ansprache an der Hebräischen Universität. Er legte ein Geständnis für die TäterInnen ab und sah ein, dass Österreich eine Verantwortung trägt.

Ferner unterstrich er auch den Tatbestand, dass sich ein großer Teil der österreichischen Bevölkerung von der nationalsozialistischen Bewegung begeistern ließ und viele seine Existenz nicht nur unterstützten, sondern gar erst möglich machten. Trotz der historischen Momente, die die Bundesregierung damals vollzog, bleibt auch diese Geste von Albrich nicht unkommentiert.

„Erneut wurden, wie schon 1945, implizit das vergleichsweise harmlose Anhaltelager Wöllersdorf, in dem der Ständestaat Sozialisten und Nazis eingesperrt hatte, mit Auschwitz auf eine Stufe gestellt; desgleichen wurden die 65.000 planmäßig ermordeten österreichischen Juden und Jüdinnen in einem Atemzug mit den in Hitler Angriffskriegen gefallenen Soldaten und zivilen Bombentoten genannt und somit qualitativ gleichgestellt bzw. pauschal zusammengefasst.“⁶⁵

⁶² Bundesministerium für Inneres, Nationalratswahlen vom 7. Oktober 1990, online unter <https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1990/start.aspx>, (letzter Zugriff: 12.1.2020).

⁶³ Vgl. Bischof, „Opfer“ Österreich?, S.330.

⁶⁴ Vgl. Albrich, Es gibt keine jüdische Frage, S.73.

⁶⁵ Ebenda, S.73.

Lamprecht unterstreicht eine in Europa in den 1990er Jahren eintretende Veränderung, die in Österreich maßgebliche Spuren hinterließ. In dieser Zeit kam es zu einer „Europäisierung der Holocausterinnerung“⁶⁶, welche eine internationale Auseinandersetzung mit der NS-Zeit forcierte und Österreich unter Druck setzte.

In den frühen 90er Jahren begann die Bundesregierung, sich auf die Opfer zuzubewegen. Im Vordergrund dieser Aktionen standen die materiellen Wiedergutmachungen, 1995 wurden die „Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus“ eingeführt. Diese sollten, so zitiert Heidemarie Uhl den damaligen Nationalratspräsidenten Heinz Fischer, „als Geste der Entschuldigung, des Trosts und des Respekts“ dienen. Ein weiterer Schritt in Richtung einer späten und langsamen Entschädigung war die Einsetzung einer Historikerkommission, welche die Aufgabe hatte den Vermögensentzug auf dem österreichischen Gebiet während der NS-Zeit zu untersuchen. Fortführend sollten Rückstellungen und längst fällige Entschädigungen beglichen werden.⁶⁷

Um den symbolischen Charakter der Mitverantwortung im kollektiven Gedächtnis verankern zu können, wurde 1997 anlässlich des „Europäischen Jahr[es] gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ der Tag, an welchem das Konzentrationslager Mauthausen befreit wurde, dem 5. Mai, als Gedenktag eingeführt. Den Opfern wurde erstmals auch in Form von Denkmälern, allem voran das Holocaust-Denkmal am Judenplatz, ein öffentlicher Ort des Gedenkens gewidmet. Auch die Neuerrichtung der Grazer Synagoge war mit demselben Gedanken behaftet. Dies zeigt, dass nicht nur in Wien ein Platz für die Opfer des Nationalsozialismus geschaffen wurde, sondern auch in anderen Teilen des Landes. Im Jahr 1998 brach jedoch eine neue internationale Diskussion auf, die sich mit Bankkonten von NS-Opfern in der Schweiz und Möglichkeiten der für ehemalige ZwangsarbeiterInnen in Deutschland beschäftigte. Dies sind zwei Beispiele, die zeigen, dass die Auseinandersetzung Österreichs mit seiner NS-Vergangenheit noch nicht vorbei ist und es noch kein historisches Urteil gibt.⁶⁸

⁶⁶ Lamprecht, „Der lange Schatten der Vergangenheit“, S.46.

⁶⁷ Vgl. Uhl, Das „erste Opfer“, S.19-34.

⁶⁸ Vgl. Ebenda, S.19-34.

4.3 Die „Wiederbelebung“ der Opfertheorie

Nach der schrittweisen Ablösung der Opfertheorie kam es zur Übernahme des Konzeptes der Mittäterschaft. Es handelte sich hierbei um eine klare Antithese zur Opferdoktrin und sie rückte medial immer mehr in den Vordergrund. Oliver Rathkolb kritisiert, dass auch in diesem Fall der Auseinandersetzung induktive Schlüsse gezogen wurden. Einzel- oder Gruppenbeispiele wurden stellvertretend herangezogen, um für eine ganze Gruppe zu stehen. Diese Schlüsse sind deshalb kritisch zu betrachten, da sie keine allgemeine Gültigkeit aufweisen können.⁶⁹

Durch die Regierung, bestehend aus ÖVP und FPÖ, kam es zu einer Revision der erst erarbeiteten Narrative, denn die Opferthese und neue Geschichtsinterpretationen fanden abermals ihren Einzug in das kollektive Gedächtnis Österreichs.

„Mit den Wahlen vom Oktober 1999, in denen die FPÖ die zweitstärkste politische Kraft wurde, bzw. seit der Bildung der Koalitionsregierung von ÖVP und FPÖ im Februar 2000 steht die Frage des „offiziellen“ Umgangs mit der Vergangenheit wieder im Kontext einer neuen Aktualität, denn mit der FPÖ wurde eine politische Kraft zur Regierungspartei, die ihre Geschichtspolitik als explizite Gegenposition zu der seit Ende der 1980er Jahre entwickelten Kultur des Erinnerns an die Verbrechen des Nationalsozialismus artikulierte.“⁷⁰

Auch Günther Bischof gibt sich wenig überrascht, dass sich unter der Schüssel-Regierung der Umgang mit der Vergangenheit hin zu einer opferorientierten Sichtweise veränderte und der Bundeskanzler versuchte, der „legalistischen Okkupationsdoktrin neues Leben einzuhauchen (...).“⁷¹ Als Beispiel nennt auch er das Schüssel-Interview in der *Jerusalem Post* im November 2000. Für den Historiker ist die erneute Bekräftigung des österreichischen Opfermythos Teil „einer langen Tradition.“⁷²

Der sozialdemokratische Politiker Hannes Androsch äußert nach den Wahlen 1999 auch seine Bedenken und erinnert, dass das Land von seiner Geschichte eingeholt wurde.

„Mit der Bildung der neuen Regierung am 4. Februar dieses Jahres scheint Österreich wieder von seiner Geschichte eingeholt worden zu sein. Die mit Intoleranz und

⁶⁹ Vgl. Rathkolb, Fiktion „Opfer“, S.62-66.

⁷⁰ Uhl, Das „erste Opfer“, S.27.

⁷¹ Bischof, „Opfer“ Österreich? S.328.

⁷² Ebenda S.329.

Ungewissheit gepaarten atavistischen Vorurteilen scheinen den geheimen Tresoren des Rassismus entwendet worden zu sein.“⁷³

Die Übernahme der politischen Verantwortung durch die FPÖ und ÖVP brachte auf der symbolischen Ebene der Gedächtniskultur durchaus ambivalente Ergebnisse.

Auf der einen Seite äußerten sich einige RepräsentantInnen der Bundesregierung sehr ambivalent und in der ÖVP kam es schnell zu einer Wiederbelebung der Opfertheorie in der Außenpolitik. Die Aussage des damaligen Bundeskanzlers Schüssel gegenüber der *Jerusalem Post* ist wohl eine der bekanntesten und auch am meisten diskutierten Aussagen. Er behauptete, dass Österreich durchaus auch Opfer gewesen sei und stellte sich somit gegen die lang erkämpfte Akzeptanz der Mittäterschaft.

Andererseits musste die Regierung aufgrund der großen internationalen und auch europäischen Skepsis, die in den 14 Sanktionen gegen Österreich gipfelte, geschichtspolitische Maßnahmen setzen. Allerdings blieb es bei Drohungen, die keine Konsequenzen mit sich zogen. Es war von großer Dringlichkeit, sich neu zu positionieren, denn die Einstellung der FPÖ zur NS-Zeit war kein großes Geheimnis. Man versuchte, die kritischen Stimmen zu besänftigen, indem man sich auf die Verhandlungen um materielle Rückstellung für die Opfer konzentrierte.

Im Juli 2000 wurde der „Versöhnungsfonds zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern“ beschlossen und trat am 27. November desselben Jahres in Kraft. 436 Millionen Euro standen dem Staat Österreich zur Verfügung, um den ZwangsarbeiterInnen symbolisch etwas für ihre unfreiwillige Arbeit im Nazi-Regime zurückzugeben.⁷⁴

Im Jahr darauf folgte der Abschluss des Vertrages, der sich mit dem „arisierten“ Vermögen auseinandersetzte.

Diese Schritte hin zu einer „zeitgemäßen“, opferorientierten Restitutionspolitik der Schwarz-Blauen Regierung sollte ein „Prestigeprojekt“ werden und der europäischen und internationalen Politik zeigen, dass die Kritik sowohl – als auch die Sorgen nicht berechtigt sind. Diese

⁷³ Androsch, Die Verpflichtung zur Erinnerung, S.81.

⁷⁴ Vgl. Österreichischer Versöhnungsfonds, Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit. Späte Anerkennung, online unter <<http://www.versoeohnungsfonds.at/upload/doc/86/Broschuere.pdf>>, (letzter Zugriff: 31.11.2019).

Entschlüsse sollten, so Heidemarie Uhl, „ein geschichtspolitisches Signal der neuen Regierung im Hinblick auf die Bereinigung der bisherigen Versäumnisse in der Entschädigungspolitik“⁷⁵ darstellen.

Heidemarie Uhl konnte, als sie ihren Text „Das „erste Opfer“ im Jahr 2001 verfasste, noch nicht genau wissen, wie die damalige Koalition mit dem Erbe des Nationalsozialismus umgehen würde, jedoch wagte sie eine wichtige und kritische Frage an die Zukunft zu stellen:

„Welche Ausformungen das offizielle ‚österreichische Gedächtnis‘ in den Ritualen und Symbolen der Gedächtniskultur einer Koalitionsregierung der ÖVP mit der FPÖ, einer ‚rechtspopulistischen Partei mit radikalen Elementen‘, gewinnen wird, ist noch nicht klar zu erkennen.“⁷⁶

Im Jahr 2005 ist Thomas Albrich davon überzeugt, dass es noch keine ergebnisliefernde, politische Auseinandersetzung mit der Opferthese der Zweiten Republik gab. Dies wiederum führe zu einer

„Verdrängung der Mitverantwortung an den NS-Verbrechen zur Verweigerung einer gerechten Behandlung der jüdischen Opfer, denen nicht nur eine angemessene materielle, sondern auch die erhoffte ‚moralische‘ Wiedergutmachung verwehrt wurde.“⁷⁷

Erneut wird Albrichs Annahme von Rathkolb bestätigt. Er kritisiert vor allem, dass sich die Auseinandersetzungen, die nach der Waldheim-Affäre losgetreten wurden, sich viel zu viel mit der Person Waldheim beschäftigten und keine allgemeine Diskussion über Nationalsozialismus und Antisemitismus ermöglichten.

Trotz der Kritik und der vielen bis heute noch nicht aufgearbeiteten Themenfelder wurde Waldheim mit seiner Aussage „ich habe nur meine Pflicht erfüllt“ zum „Symbol des die NS-Vergangenheit verdrängenden Österreichs.“⁷⁸

⁷⁵ Uhl, Das „erste Opfer“, S.28.

⁷⁶ Ebenda, S.29.

⁷⁷ Albrich, Es gibt keine jüdische Frage, S.73.

⁷⁸ Rathkolb, Fiktion „Opfer“, S.59.

5 Die beiden Koalitionsparteien und ihr Umgang mit dem NS-Regime

5.1 Die FPÖ und ihr Umgang mit dem NS-Regime

„Die FPÖ versteht sich als Repräsentantin des „Dritten Lagers“, das in der Monarchie von Schönerers „Alldeutschen“ und anderen Deutschnationalen und in der Ersten Republik von der „Großdeutschen Volkspartei“ und dem „Landbund“ verkörpert wurde, in den dreißiger Jahren im Nationalsozialismus aufging, und sich 1949 im „Verband der Unabhängigen“ (VdU) wiederfand. Historisch, soziologisch und politisch-ideologisch ist die FPÖ keine homogene, geschlossene Partei, sondern ein Sammelbecken verschiedener sozialer Gruppen und unterschiedlich orientierter politischer Strömungen auf zunächst deutschnationaler Grundlage, die sich zwischen den – keinesfalls gleich starken – Polen Rechtsextremismus und Liberalismus bewegen.“⁷⁹

Die Gründungsgeschichte der FPÖ ist eng mit der Geschichte ihrer Vorgängerpartei, dem „Verband der Unabhängigen“, kurz VdU, verbunden. Deshalb ist es für diese Arbeit von Bedeutung, auch die Geschichte der VdU zu skizzieren. Im Jahr 1949, von den Journalisten Herbert Kraus und Viktor Reiman gegründet, betrat eine Verbindung die Politbühne des Landes, welche sich als Ziel setzte, die ehemaligen NationalsozialistInnen zu rehabilitieren. Oliver Rathkolb beschreibt sie als Partei, die vor allem der aktiven Auseinandersetzung mit der Geschichte aus dem Weg geht und stattdessen für Versöhnung, Vergebung und individueller Betroffenheit einsteht.

Margit Reiter beschreibt eine Selbstsicht der Partei, die sich nicht mit jener der heutigen geschichtswissenschaftlichen Interpretation deckt. Selbst beschrieben sich die politisch Gleichgesinnten jedoch als vollkommene neue politische Kraft, die mit dem Nationalsozialismus keine Berührungspunkte haben wollte. Somit versuchte auch diese Partei mit dem Jahr 1945 abzuschließen und sich nach vorne zu orientieren. Dafür musste jedoch ein Neubeginn ohne Tradition geschaffen werden, der es dem VdU ermöglichte nicht mit „alten“ Lasten in Verbindung gebracht zu werden. Doch Reiter zeigt auf, dass vor allem der Versuch die Liberalen für sich zu gewinnen scheiterte, denn dieser hatte in Österreich keine große Tradition und während des Krieges vom Extremismus verdrängt oder aufgenommen

⁷⁹ Bailer, Neugebauer, Schiedel, Die FPÖ auf dem Weg zur Regierungspartei, S.105.

wurde. Schon nach dem Ersten Weltkrieg fanden sich die meisten AnhängerInnen des Liberalismus „großdeutschen“ Verbänden, die sich dann im NS-Regime wiederfanden. Die Historikerin zieht den Schluss, dass sich „Die Selbst- und Fremdzuschreibung als ‚liberal‘ (...) als Rückprojektion erweist, die im zeitgenössischen Diskurs kaum eine Entsprechung fand.“⁸⁰

Der VdU wehrte sich, die wahren Opfer des Nationalsozialismus anzuerkennen, und verglich jene mit den „Opfern“ der Entnazifizierung. Somit stellte er die Altnazis auf dasselbe Niveau wie die Opfer des NS-Regimes. Margit Reiter geht einen berechtigten Schritt weiter und bezeichnet das Hauptziel des VdU mit dem „Kampf gegen die Entnazifizierung.“⁸¹ Im Jahr 1949 schaffte es der VdU mit 11 Prozent den Einzug ins Parlament, denn er konnte sich auf die Ressentiments seiner WählerInnen verlassen. Da sich auch die beiden großen Parteien, SPÖ und ÖVP, um eine rasche Reintegration der ehemaligen NationalsozialistInnen bemühten, stellte der VdU nicht mehr die erste Anlaufstelle dar. Interessant ist hierbei vor allem, dass sich ein Konkurrenzverhalten zwischen der ÖVP und dem VdU entwickelte. Der VdU hätte der anfänglichen Idee Kraus nach keine eigenständige Partei werden sollen, sondern als „vierter Bund“ in der ÖVP um sich den nach 1945 parteilosen NationalsozialistInnen zu widmen. Da diese Idee jedoch nicht umgesetzt wurde, bemühte sich die Volkspartei selbst um die WählerInnen. Wenngleich ein Wettstreit zwischen den Parteien herrschte, bestand ein Interesse von beiden Seiten. Für die ÖVP bedeutete es einen Stimmenzuwachs und die Verhinderung einer weiteren möglichen Großpartei. Der VdU rechnete damit, dass seine Interessen durch die Macht der ÖVP vertreten werden und hoffte auf einen starken Anti-Entnazifizierungskurs der Volkspartei. Die gemeinsamen Interessen führten auch zu einigen Zusammentreffen vor den Wahlen 1949.

Nicht nur innerhalb Österreichs gab es großen Widerstand gegen die neue Partei, auch die Alliierten beobachteten die Gründung mit großer Skepsis. Hier vor allem die AmerikanerInnen. Eine Liste der US-Besatzung zeigte, dass es sich bei 209 von 430 Personen auf einer VdU-Wahlliste um ehemalige NSDAP-Mitglieder oder NS-Funktionäre handelte. Margit Reiter warnt jedoch die Ergebnisse zu genau zu nehmen, da die Vorgehensweise der Amerikaner nicht fortschrittlich war und es keine Überprüfung der Angaben gab.

Darüber hinaus waren sie nicht bereit diversen Gesetzen der Opferfürsorge oder Rückstellungen von Eigentum zuzustimmen. Im Laufe der 1950er Jahre nahm der Zuspruch für die Partei enorm ab und sie zerbrach an einem inneren Konflikt.

⁸⁰ Reiter, die Ehemaligen, S.92.

⁸¹ Ebenda, S.93.

Danach, 1955/56, kam es zur Gründung der deutschnationalen „Freiheitlichen Partei Österreich“, kurz FPÖ. Kurt Richard Luther schreibt der FPÖ einen „noch stärker gefärbten nationalen Charakter“⁸² als der VdU zu. Zu den Personen der Gründungsstunde zählten vor allem „Altnazis“, „Deutschnationale“ und „einige wenige Liberale.“⁸³

Führende Köpfe der neu gegründeten Partei waren unter anderem der ehemalige, prominente Nazi Anton Reinthaller, welcher eine führende Position unter Seys-Inquart inne hatte. Ab den 1960er Jahren lassen sich langsame Annäherungsversuche an die beiden Großparteien erkennen, jedoch darf nicht vergessen werden, dass „rechtsextremes Gedankengut (...) immer ein nicht unwesentliches Ferment der Parteiideologie“⁸⁴ war. Es waren vor allem taktische Anpassungen unter dem Parteiboss Friedrich Peter, der sich bemühte, der FPÖ einen liberalen Anstrich zu verpassen, und sich im Jahr 1962/63 an die SPÖ annäherte. Die Annäherungsversuche der FPÖ waren vor allem den jungen AnhängerInnen der Partei ein Dorn im Auge. Deshalb kam es 1966/67 zu einer Abspaltung einiger Burschenschaften, die versuchten, als „Burger-Partei“ eine Alternative zur FPÖ darzustellen. Trotz großer Bemühungen erzielte diese kleine Partei, welche sich „nationaldemokratische Partei“ (NDP) nannte, nie große Erfolge und durch die Übernahme des extremen Flügels durch Haider 1988 überflüssig wurde. Hinzu kommt, dass sie behördlich aufgelöst wurde.

Unter Peter fand eine Anpassung an die liberalen Vorstellungen der Bevölkerung statt, innerparteilich gab es bis auf ein paar wenige Auseinandersetzungen kaum Widerstand gegen diese Veränderungen. Trotzdem, so Bailer, Neugebauer und Schiedel, änderten viele wichtige Persönlichkeiten innerhalb der Partei ihre Meinung nicht und freundeten sich mit dem Liberalismus an.

Der wichtigste Vertreter des rechten Flügels war jahrelang der Nationalratsabgeordnete Otto Scrinzi, der auch gleichzeitig stellvertretender Parteiboss war. Er war es, der sich offen für eine Zusammenarbeit mit den Rechten aussprach und durch einen offenen Konflikt mit Peter immer radikalere Ansichten vertrat. 1984 gründete er die „National-Freiheitliche Aktion“ (NFA). Es handelte sich hierbei um eine politische Gruppierung, die nicht die Abspaltung von der FPÖ als Ziel hatte, sondern sich als Gegenpol zur Wiener FPÖ unter der Führung Stegers sah. Die politisch wohl am bedeutendste Aktion der NFA war die Aufstellung Scrinzis zur Bundespräsidentenwahl im Jahr 1986. Beeinflusst durch die Waldheim-Affäre erreichte er jedoch nicht das erwünschte Wahlziel.⁸⁵

⁸² Müller, Parteiensystem, S.247.

⁸³ Bailer, Neugebauer, Schiedel, Die FPÖ auf dem Weg zur Regierungspartei, S.106.

⁸⁴ Lehnguth, Waldheim und die Folgen, S.85.

⁸⁵ Vgl. Bailer, Neugebauer, Schiedel, Die FPÖ auf dem Weg zur Regierungspartei, S.105-127.

Diverse Einblicke in die Parteiprogramme zeigen, dass es sich bei der FPÖ um eine Partei handelte, die sich bis weit nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht vom Gebrauch fremdenfeindlicher und nationalistischer Ausdrücke trennen konnte. So verwiesen sie im 1968 erschienenen Ischler Programm auf die Forderung nach „Erhaltung der Volksgesundheit ... durch eine Erbgesundheitspflege“⁸⁶ hin.

Die FPÖ war trotz ihrer rechtsextremen Gesinnung vor der Wahl Haiders zum Parteivorsitzenden in einer Koalition mit der SPÖ unter Franz Vranitzky. Die FPÖ hatte durch die erste Beteiligung an einer Regierung den Charakter einer „Ghetto-Partei“ überwunden. Der Anschein, dass sich die Partei in dieser Zeit in eine liberalere Richtung entwickelte, wurde durch die Reder-Frischenschlager-Affäre entkräftet. Der Handschlag mit Reder, einem in Italien verurteilten Kriegsverbrecher, offenbarte Frischenschlager seine Sympathien mit dem Alt-Nazi und auch in der FPÖ wurde dieses Verhalten von vielen Funktionären begrüßt. Unter diesen Befürwortern war auch Haider, welcher aus der Situation Stegers profitierte, diesen öffentlich attackierte und die Debatte bis zu einem Parteiausschluss vorantrieb. Trotz der Tatsache, dass die FPÖ Österreich als „Opfer“ Hitlers sah, folgte diese Partei nicht, wie es Lehguth nennt, der „Logik der offiziellen Opferthese“.⁸⁷ Vielmehr bekannten sie sich zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft und stellten keine Distanz zu Deutschland dar. Die Idee einer deutschnationalen Kulturgemeinde war ein zentraler Punkt der Parteiideologie.⁸⁸

⁸⁶ Müller, Parteiensystem, S.256.

⁸⁷ Lehguth, Waldheim und die Folgen, S.85.

⁸⁸ Vgl. u.a: Müller, Parteiensystem, S.256-262.; Bailer, Neugebauer, Schiedel, Die FPÖ auf dem Weg zur Regierungspartei, S.105-127.; Lehguth, Waldheim und die Folgen, S.84-86; Reiter, die Ehemaligen, S.91-126.

5.1.1 Die FPÖ unter Jörg Haider

Die Übernahme der Freiheitlichen Partei durch den Kärntner Haider am 15. September 1986 brachte der Partei immer mehr Zuspruch. Nicht zuletzt war es seine „meisterhafte Rhetorik“⁸⁹, welche die WählerInnen faszinierte. Die Wahlerfolge zeigten deutlich, so Chorherr, dass „sich tatsächlich der Eindruck gefestigt [hat], dass in Österreich Relikte der nationalsozialistischen Gedankenwelt geblieben sind.“⁹⁰

Das Jahr 1986 signalisiert eine neue „politische Phase“ der FPÖ, jene des populistischen Protests.⁹¹ Ruth Wodak nennt die Machtübernahme durch Haider eine „Krise“, welche eine Besinnung auf traditionelle, deutsch-nationale Vorstellungen und ab dem Fall des Eisernen Vorhangs 1991 auch die explizite Fremdenfeindlichkeit hervorbrachte. Sie beschreibt die Stimmung eines Teiles der FPÖ-Wählerschaft wie folgt:

„Damit wurde nun jenen aus dem Herzen gesprochen, denen die Neuorientierung weg vom Opfermythos zu einem klaren Bekenntnis der Mittäterschaft während des Nationalsozialismus absolut nicht passte.“⁹²

Vor allem auf Ebene der Bundesländer erzielte die Partei ihre besten Ergebnisse, dem widersetzten sich jedoch die Großparteien, hier vor allem die SPÖ, die eine Regierungsbeteiligung der Haider-FPÖ ausschloss.

Auch in den 1990er Jahren zeigten verschiedene Umfragen, dass FPÖ-WählerInnen nicht nur für demokratische Werte einstanden, sondern auch der Wunsch nach einem autoritären, antidemokratischen System vorhanden war. Diese Personen äußerten sich auch Minderheiten gegenüber negativ. Ferner belegt Luther, dass vor allem durch sportliche, kulturelle, aber auch akademische Vereine Beziehungen zu rechtsradikalen Kreisen hergestellt wurden. Diverse FPÖ-Mitglieder sind auch in der rechten Szene tätig, indem sie beispielsweise einschlägige Texte publizieren. Verschiedenste Sprachrohre wie das „Kärntner Grenzland Jahrbuch“ oder auch Beiträge aus dem Blatt „Die Aula“ veröffentlichten Texte, welche das NS-Regime und seine Gräueltaten verharmlosten. Zu nennen sind unter anderem der ehe-

⁸⁹ Chorherr, Eine kurze Geschichte der Republik, S.95.

⁹⁰ Ebenda, S.96.

⁹¹ Müller, Parteiensystem, S.248.

⁹² Wodak, Österreichische Identitäten, S.16.

malige FPÖ-Landtagskandidat des Burgenlandes Dürr oder der ehemalige Nationalratsabgeordnete Scrinzi. Ihr Gedankengut war stark nationalsozialistisch und antisemitisch geprägt.

Als Beispiel soll die rechtsextreme Zeitung „Sieg“ genannt werden, in welcher rassistische und antisemitische Aussagen getätigt werden oder auch der Einsatz von Gaskammern im Dritten Reich geleugnet wird. Die FPÖ stand auch immer wieder im Zentrum kritischer Debatten, denn innerparteiliche Aussagen sorgten laufend für Aufruhr.⁹³

Aufgewachsen im rechten Milieu und durch die Teilnahme an diversesten Veranstaltungen von rechtsextremen Vereinen wurde die Person Haider geprägt. 1981 nahm er beispielsweise an einem Burschenschaftstreffen in Leoben teil, bei dem der NDP-Führer Burger mit dem SS-Lied „Wenn alle untreu werden“ empfangen wurde.⁹⁴ Haider selbst war immer wieder für schwerwiegende Aussagen verantwortlich. Eine dieser Aussagen, welche in ganz Österreich bekannt ist, zeigt eindeutig, dass es keine klare Abgrenzung zum Nationalsozialismus unter ihm gab. Am 13. Juni 1991 schleuderte er die Worte „Im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal Ihre Regierung in Wien zusammenbringt.“⁹⁵ *Der Standard* beschreibt diese Aussage als eine der „berüchtigtsten“,⁹⁶ die jemals getätigt wurde.

Als ein Schlüsselinstrumente zur Verbreitung von rechtsextremen, aber auch neonazistischen Informationen innerhalb der FPÖ gilt die Zeitschrift *Die Aula*, denn „(...) [sie] schlägt die Brücke vom gemäßigten Deutschnationalismus über die FPÖ bis zum Neonazismus.“⁹⁷ Für Heribert Schiedel ist die FPÖ in der Zeit zwischen 1990 und dem Jahr 2005 „Repräsentantin einer modernisierten Spielart des Rechtsextremismus (...), die mittels weitgehend äußerlicher Korrekturen und einer taktischen Mäßigung versuchte, das politisch stigmatisierte Eck zu verlassen.“⁹⁸ Trotzdem gelang es der Partei, ihre Wählerschaft zu erweitern und immer mehr MandatarInnen ins Boot zu holen. Grundsätzlich begann sich die FPÖ in eini-

⁹³ Vgl. Müller, Parteiensystem, S.256-262.

⁹⁴ Vgl. Bailer, Neugebauer, Schiedel, Die FPÖ auf dem Weg zur Regierungspartei, S.110.

⁹⁵ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Auswahl rechtsextremer, antisemitischer, rassistischer und europafeindlicher Äußerungen von FPÖ-SpitzenpolitikerInnen und -Medien, online unter <<https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextremismus-in-oesterreich/archiv-fpoe-bis-2004/auswahl-rechtsextremer-antisemitischer-rassistischer-und-europafeindlicher-aeuszerungen-von-fpoe-spitzenpolitikerinnen-und-medien>> am 2.3.2001, (letzter Zugriff: 12.1.2020).

⁹⁶ DerStandard Redaktion, Im Wortlaut : Bedenkliche „Sager“ aus freiheitlichen Rängen, online unter <<https://www.derstandard.at/story/2029022/im-wortlaut-bedenkliche-sager-aus-freiheitlichen-reihen>> am 27.4.2005, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

⁹⁷ Bailer, Neugebauer, Schiedel, Die FPÖ auf dem Weg zur Regierungspartei, S.110.

⁹⁸ Schiedel, Der rechte Rand, S.112.

gen Momenten zu öffnen, der Spitze der Partei wurde klar, dass einige im Programm verankerte Punkte für eine Koalitionsbildung hinderlich sein könnten. Als eine große Hürde wurde der im Parteiprogramm fest verankerte Deutschnationalismus, welcher nur mehr einen Teil und nicht die gesamte Wählerschaft ansprach. Die FPÖ streckte ihre Fühler nach den ArbeiterInnen und dem kleinbürgerlichen Milieu aus. Gegen solche Maßnahmen kamen heftige Reaktionen aus dem rechtsextremen Lager der FPÖ.⁹⁹ Die Kritik wurde leiser, als viele Parteimitglieder merkten, dass „sich an der deutschnationalen Fundierung Haiders und der FPÖ wenig geändert hatte.“¹⁰⁰

⁹⁹ Vgl. u.a. Wodak, Österreichische Identitäten S.11-22; Bailer, Neugebauer, Schiedel, Die FPÖ auf dem Weg zur Regierungspartei S.105-127; Schiedel, Der rechte Rand, S.107-135.

¹⁰⁰ Schiedel, Der rechte Rand, S.114.

5.1.2 Die FPÖ im Umgang mit Rechtsextremismus und Antisemitismus

Schiedel beschreibt die FPÖ als eine Partei, die sich bis heute als Repräsentantin des „Dritten Lagers“ versteht und deren Mitglieder auch oftmals Verbindungen in „nationale“ Elternhäuser hatten oder Personen in der Familie als „Vertriebene“ gehandhabt wurden. Die Nachkommen der oben genannten Personen dürften auch als eines der Hauptmotive für ein freiheitliches Engagement, die kaum positive Beziehung zur Zweiten Republik heranziehen. Haider wird als Beispiel genannt, der aufgrund seines familiären Hintergrunds und dem Hass gegen die Republik Österreich einen derartigen politischen Höhenflug erlebte.¹⁰¹

Sein Umfeld äußerte sich wiederholt antisemitisch und vertrat völkisches Gedankengut, wodurch diese Einstellungen immer ein Teil seines alltäglichen Lebens. Vor allem die deutschnationalen Burschenschaften waren es, die sich seit ihrer Gründung auf rassistische und antisemitische Grundlagen berufen und diese auch bis weit nach Ende des Zweiten Weltkrieges durchzogen.

Menschen, die als jüdisch eingestuft wurden, waren das offizielle Feindbild und ihnen wurde eine Mitgliedschaft in den Organisationen verboten. Schiedel und Neugebauer betonen, dass es vor allem österreichische Verbindungen waren, die mit aller Härte auf eine antisemitische Einstellung pochten und den sogenannten „Ariernachweis“ weit vor Beginn des NS-Regimes in ihr Programm aufnahmen

Dass der Antisemitismus auch seinen Platz in der FPÖ hat, bezeugen diverse Aussagen Haiders, aber auch andere Persönlichkeiten der Partei waren keine unbeschriebenen Blätter. So war beispielsweise der im Wiener Landtag aktive Politiker Karl Peter, ein ehemaliger Obmann eines „Antisemitenbundes“, in der FPÖ vertreten. Ein „Antisemitenbund“ ist eine Verbindung aus Personen, die von der „Notwendigkeit des „Rassenantisemitismus“ und dem „Kampf gegen den verderblichen Einfluss des Judentums“ überzeugt sind.

In den 60er Jahren kam es zu einer Anpassung der Partei unter dem damaligen Parteivorsitzenden Peter, der sich für eine Öffnung der Partei aussprach. Es kam zu vereinzelt Parteiausschlüssen von antisemitischen Mitgliedern, andere verließen die Partei freiwillig und schlossen sich der NDP an. Doch mit der Übernahme von Haider kam eine neue Welle antisemitischer Einstellungen an die Spitze der Partei.¹⁰²

¹⁰¹ Vgl. Schiedel, Der rechte Rand, S.107-135.

¹⁰² Vgl. Schiedel, Neugebauer, Jörg Haider, S.11-31.

„Auf dem Innsbrucker Parteitag 1986 vollzog sich mehr als ein Personenwechsel, nämlich eine grundlegende Richtungsänderung, wofür schon die dortige Stimmung sprach: Unter an Nazi-Kundgebungen erinnerndem Gejohle wurde Haider als Parteiführer erkoren, während der unterlegene Sieger als „Jud“ mit Erschießen und Vergasen bedroht wurde. Selbst FPÖ-freundliche Autoren sprechen von einer „biergeschwängerten Stimmung, von Zwischenrufen und Verbalinjurien, die an nationalsozialistische Zeiten erinnerten.“¹⁰³

5.2 Die ÖVP und ihr Umgang mit dem NS-Regime

Notwendig für die Gründung der ÖVP im April 1945 war die Abwendung zu ihrem Vorläufer der Christlichsozialen Partei. Um sich als neue Partei behaupten zu können, war ein Bekenntnis zur Demokratie und zum Staat Österreich von großer Notwendigkeit, denn die Christlichsozialen vertraten diese politischen Werte nicht. Jedoch fand diese Distanzierung nur sehr wenig statt, denn es waren dieselben Bevölkerungsgruppen, die sich zur ÖVP bekannten und gleichzeitig aber die enge Bindung an die Kirche nur wenig lockerten.¹⁰⁴

Die ÖVP gilt als eine der Gründungsparteien in der Zweiten Republik und teilt sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit der SPÖ und der KPÖ das einheitliche Bild der Opfer- und Okkupationstheorie. Diese wiederum war die Grundlage für die historischen Narrative der weiteren Jahrzehnte.

Um den Umgang der ÖVP mit dem Nationalsozialismus zu verstehen, muss man auch die Geschichte vor dem Anschluss einbeziehen, denn die Jahre des Austrofaschismus/Ständestaates wurden als heldenhaft angesehen, die sich im Widerstand gegen Nazi-Deutschland äußerte. Trotz großer Begeisterung in der Bevölkerung wird der 12. März 1938 als „gewaltsame Okkupation durch das NS-Regime interpretiert“.¹⁰⁵

Parteilpolitisch schaffte die ÖVP eine große Distanz zwischen ihren Ansichten und jenen der NationalsozialistInnen, indem man die Unterschiede zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und Österreich betonte. Diese ließen sich nicht mit der österreichischen Weisensart vereinen.

¹⁰³ Schiedel, Neugebauer, Jörg Haider, S.17.zitiert nach Reimann (1991), S.226.

¹⁰⁴ Vgl. Müller, Parteiensystem, S.227.

¹⁰⁵ Lehnuth, Waldheim und die Folgen, S.77.

Der Antisemitismus, den die ÖVP ab 1945 an den Tag legte, war nicht jener aus den 30er Jahren. Trotzdem wurden antisemitische Stereotype und Aussagen zur Bekämpfung ihrer politischen RivalInnen verwendet.

Obwohl sich auch die SPÖ und die KPÖ nicht für eine breite Entnazifizierung der österreichischen Bevölkerung ab 1945 einsetzten, so war es vor allem die ÖVP, die den ehemaligen Nazis das größte Verständnis entgegenbrachte. War es nach dem Krieg doch wichtiger, sich um seine zukünftigen WählerInnen zu bemühen als den Opfern des Nazi-Terrors zu helfen und sich um eine Aufarbeitung der Geschichte zu bemühen. Ferner war die ÖVP nicht dazu bereit, die Mittäterschaft der ÖsterreicherInnen zu akzeptieren. Als Partei, die Jahrzehnte in der Regierung saß, „trug die ÖVP zur Entwicklung der staatlichen Abwehrstrategie bei den Themen Entschädigung und Restitution bei und beharrte stets auf die Darstellung der Opferrolle Österreichs.“¹⁰⁶ Die Gleichstellung der ÖsterreicherInnen als Opfer mit den jüdischen machte es den jüdischen Opfern und den Überlebenden des Holocaust unmöglich, einen Platz in der Nachkriegsgesellschaft zu finden.

Vielmehr erwartete die ÖVP von Seiten der Betroffenen, sich ruhig zu verhalten und mit ihrer persönlichen Geschichte nicht zu viel Aufsehen zu erregen. Eine finanzielle oder symbolische Entschädigung lehnte die Partei bis in die 90er Jahre kategorisch ab.

Obwohl man sich als Opfer Hitlers sah, war auch die ÖVP sehr gut darin, sich um die ehemaligen NSDAP-WählerInnen zu bemühen und so wurden große Teile des deutschnationalen Lagers in die Partei integriert. Der Politologe Müller sieht ab den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts in der ÖVP eine Konkurrenz zum VdU im rechten Milieu.

Um Personen, die von der Entnazifizierung verhältnismäßig stark getroffen wurden, für sich zu rekrutieren, passte die Partei ihre ökonomischen und politischen Prinzipien an ein Publikum an, welches sich Rechts der Mitte verortete.¹⁰⁷

„Der genuin politische Aspekt der Öffnung nach Rechts bestand in den schließlich erfolgreichen Bemühungen um eine Aufhebung der NS-Gesetze und um eine verstärkte Eingliederung ehemaliger Nationalsozialisten in die ÖVP und ihre Vorfelddorganisationen.“¹⁰⁸

¹⁰⁶ Lehnguth, Waldheim und die Folgen, S.78.

¹⁰⁷ Vgl. u.a. Lehnguth, Waldheim und die Folgen, S.77-79; Müller, Parteiensystem, S.181-325.

¹⁰⁸ Müller, Parteiensystem, S.239.

6 Nationalsozialismus in der Öffentlichkeit der 1990er Jahre

Heinz P. Wassermann veröffentlichte im Jahr 2002 ein Werk, in welchem das öffentliche Meinungsklima Österreichs zum Thema NS-Vergangenheit empirisch analysiert wurde. Die Ergebnisse dieser Forschung dienen dazu die österreichische Bevölkerung und ihre Einstellung zur NS-Zeit einschätzen zu können. Es handelt sich dabei um die Zeit kurz bevor die Schwarz-Blau Koalition die Regierungsgeschäfte übernahm und dadurch soll gezeigt werden zeigen, wie die ÖsterreicherInnen zu ihrer Vergangenheit standen und ob sich dies in den von der Regierung gewählten Narrativen widerspiegelte. Die Ergebnisse von Befragungen, die von Heinz P. Wassermann bearbeitet und zusammengefasst wurden, stellen Beobachtungen über einen sehr langen Zeitrahmen dar. Für die 2000er Jahre sollen jedoch nur immer die Ergebnisse aus den späten 80er beziehungsweise den 90er Jahren herangezogen werden.

In einer ersten Umfrage ging es darum herauszufinden, welche Einstellung die Bevölkerung gegenüber dem Nationalsozialismus hatte.

Die Frage an die teilnehmenden Personen lautete: „Es glauben, daß der Nationalsozialismus für Österreich ... gebracht hat.“¹⁰⁹ und die vorhandenen Antworten, die es zur Auswahl gab, lauteten „nur Schlechtes“, „größtenteils Schlechtes“, „sowohl Gutes als auch Schlechtes“, „größtenteils Gutes“, „(fast) nur Gutes“.¹¹⁰

Im Jahr 1989 empfand ein Prozent der Befragten den Nationalsozialismus als „größtenteils Gutes“ für Österreich, 43 Prozent gaben an „sowohl als auch“ und 50 Prozent hatten eine negative Einstellung. 1992, zwei Jahre später, wurden erneut 4000 ÖsterreicherInnen von *Fessler+GfK* befragt. Die Ergebnisse veränderten sich leicht, mit 56 Prozent äußerten sich um sechs Prozent mehr Personen negativ über den Nationalsozialismus. Im Vergleich dazu war das Jahr 1996 interessant, denn die Anzahl, die eine große Abneigung gegen das NS-Regime hatten schrumpfte von 56 auf 53 Prozent Rund 43 Prozent stellten sich als „NS-ambivalent“ heraus. Wassermann stellt fest, dass ein Vergleich der Ergebnisse der 40er Jahre mit jenen der 90er Jahre folgendes hervorbringt: „bewundernswert ist, daß sich das Ausmaß der ‚NS-Ambivalenz‘ kaum verändert hat.“¹¹¹ Die für die Arbeit wohl wichtigste Frage ist, wie sich Österreich im Sinne der Bevölkerung selbst sah, als Opfer oder als Täter. Hierzu zitiert Wassermann eine 1991 vom *American Jewish Committee* in Auftrag gegeben Studie, die

¹⁰⁹ Wassermann, *Naziland Österreich!?* S.138.

¹¹⁰ Vgl. Ebenda S.138.

¹¹¹ Ebenda S.140.

unter anderem folgende Frage stellte: „*Was Austria in 1938 the first victim of Hitler's Germany or also responsible, as a participant, for the events up to 1945?*“¹¹² Das Ergebnis sah folgendermaßen aus: 34 Prozent waren der Meinung, dass Österreich das erste Opfer war, 39 Prozent sahen eine Mitverantwortung und 33 Prozent enthielten sich ihrer Stimme. 1995 kam es erneut zu einer Befragung, diesmal waren es 2000 befragte Personen ab 14 Jahren. Die Ergebnisse unterschieden sich eindeutig von jenen aus dem Jahr 1991, denn 28 Prozent unterstützten die „Opferthese“, 29 Prozent stimmten für Mitverantwortung und 43 Prozent gaben keine klare Antwort. Zu erwähnen ist, dass die jüngeren TeilnehmerInnen tendenziell weniger für Opfertheorie stimmten, bei ihnen waren es nur 21 Prozent. Desto älter die Personen waren, desto eher kann man davon ausgehen, dass die Personen Österreich als Opfer sahen. Zusatzfragen, die den ProbandInnen gestellt wurden, sollten Licht in die Sache bringen, und die Umstände ein wenig genauer erklären. So gaben im Jahr 1991 35 Prozent an, sich noch nie mit dem Thema beschäftigt zu haben, rund 43 Prozent sahen in beiden möglichen Antworten etwas Wahres. Vier Jahre später hatten sich 38 Prozent noch nie aktiv mit dem Thema auseinandergesetzt und 54 Prozent verbanden mit dem Nationalsozialismus sowohl positive als auch negative Erinnerungen.

Auffallend an beiden Umfragen ist, dass man von einem sehr einheitlichen Geschichtsnarrativ ausgehen kann. Das Bekenntnis zur Mittäterschaft nahm zwischen 1987 und 1995 kontinuierlich zu, bis der Wert wieder annähernd auf jenen aus dem Jahr der ersten Befragung zurückfiel. Die Frage, warum sich so viele Personen ihrer Stimme enthielten, bleibt offen und lässt Platz für Spekulationen.

Ein weiterer, sehr interessanter Aspekt, der von Heinz P. Wassermann angeführt wird, ist die Frage der „Mitverantwortung“. Nachdem die Fernsehserie *Holocaust* ausgestrahlt wurde, ließ der ORF 1979 und 1997 von Fessel+GfK und IFES und Integral Studien durchführen. Folgende zentrale Frage bekamen die teilnehmenden Personen gestellt: „Österreich war 1938 bis 1945 in das Deutsche Reich eingegliedert. Haben Ihrer Meinung nach die Österreicher den Massenmord an den Juden mitzuverantworten oder trifft diese Verantwortung allein die Deutschen?“¹¹³ Bei der ersten Umfrage sagen 47 Prozent eine Mitschuld Österreichs, 39% sahen die alleinige Verantwortung bei den Deutschen. Auffallend ist, dass das größte Eingestehen von Mitverantwortung von den 20 bis 29-Jährigen kam und nur 39 Prozent der über 60-Jährigen Österreich als verantwortlich sahen.

¹¹² Ebenda S.141.

¹¹³ Ebenda S.143.

1997, nachdem die Serie erneut ausgestrahlt wurde, sahen die Ergebnisse bereits anders aus. Knapp zwei Drittel beziehungsweise 70 Prozent sahen in der österreichischen Bevölkerung MittäterInnen und nur mehr 12 Prozent machten Deutschland alleine für die Verbrechen verantwortlich.

Die Ergebnisse zeigen wieder eindeutig, dass sich die zweite und auch die dritte Generation kritischer mit der österreichischen Vergangenheit auseinandersetzte, denn unter den 20 bis 29-Jährigen waren 84 Prozent der Meinung, dass Österreich auch Verantwortung für die Gräueltaten des Zweiten Weltkrieg trägt. Im Gegensatz dazu steht die Gruppe der über 75-Jährigen, die nur mit 57 Prozent für eine Mitverantwortung einstanden.¹¹⁴

¹¹⁴ Vgl. Ebenda S.135-175.

7 Methode: Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger

Bei der „Kritischen Diskursanalyse“ handelt es sich um ein Forschungsprogramm, welches seit Beginn der neunziger Jahre unter der Leitung von Siegfried und Margarete Jäger am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung entwickelt wird. Das daraus entstandene Theorie- und Methodenkonzept soll für kritische Forschung entstehen. „Durch Untersuchungen einer sozialen Wirklichkeit, die als vornehmlich diskursiv oder textlich gestaltet begriffen wird, will die Kritische Diskursanalyse dazu beitragen, Machtstrukturen offen zu legen und soziale Exklusionsprozesse zu skandalisieren.“¹¹⁵

7.1 Theoretische Grundlagen der Analysemethode

Siegfried und Margarete Jäger haben sich vor allem auf die kaum explizierte fixierte Methode von Michel Foucault gestützt und sich diese für ihre Vorgangsweise angeeignet. Die Interpretation der Methode bezieht sich vor allem auf die Arbeiten des Literaturwissenschaftlers Jürgen Link, welcher die Konzepte der Kollektivsymbole des Normalismus ausgearbeitet hat.

Bei Kollektivsymbolen handelt es sich um einen Vorrat an Symbolen, die alle MitgliederInnen einer Gesellschaft kennen. Dadurch steht der Gesellschaft ein Bestand an Bildern und Abbildungen zur Verfügung, die es ermöglichen, dass sich die einzelnen Individuen ein globales Bild der gesellschaftlichen Situation machen können. Darüber hinaus erlaubt es die Interpretation zu verstehen und zu deuten, was durch die Medien vermittelt wird.¹¹⁶ Der gesamtgesellschaftliche Diskurs beruht auf kollektiven Symbolen und wird von diesen zusammengehalten. Somit haben sie großen Einfluss auf alle MitgliederInnen einer Gesellschaft und können deren Blick auf die Wirklichkeit beeinflussen, deuten sowie „verstehen“. Folglich kann festgehalten werden, dass alle in einem Kollektiv vorhandenen Symbole automatisch eine elementar-ideologische Wertung implizieren.¹¹⁷

¹¹⁵ Bartel, Ulrich, Ehrlich, Kritische Diskursanalyse, S.53.

¹¹⁶ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse (a), S.133.

¹¹⁷ Vgl. Ebenda S.141.

Diese beiden Herangehensweisen sind wichtige Instrumente der Kritischen Diskursanalyse. Kurz zu nennen sind auch die Einflüsse der folgenden Personen: Die sprachwissenschaftlichen Errungenschaften für den Zusammenhang zwischen Realität und Sprache stammen von Victor Klemperer und Utz Maas. Der russische Psychologe Alexei Nikolajewitsch Leontjew lieferte das sogenannte Tätigkeitskonzept, welches sich mit dem Zusammenhang zwischen Diskurs und Subjekt beschäftigte. Laut Foucault versteht die Kritische Diskursanalyse unter dem Begriff des Diskurses „überindividuelle, institutionalisierte und geregelte Redeweisen“¹¹⁸, welche durch Vorgehensweisen verbunden sind und Macht ausüben. Im Mittelpunkt stehen die Termini *Wissen* und *Wahrheit*. Gemäß der Definition der Kritischen Diskursanalyse entsteht Wissen unterstützt durch diskursive und nicht-diskursive Praxen fallen Denken und Sprachen, unter nicht-diskursive Praxen das Handeln und seine Auswirkungen. Wenn dieses Wissen „hegemoniale Gültigkeit“¹¹⁹ erlangt, so wirkt es als Wahrheit. In diesem Prozess spielen drei Aspekte von Macht eine Rolle. Der erste Aspekt zeigt, dass es Prozesse gibt, in denen Wissen nachgefragt und formuliert, begutachtet, verarbeitet oder sanktioniert wird. Dies ist ein „Ausdruck von Macht“. Die daraus resultierende logische Feststellung ist, dass es diverse Interpretationen und Annahmen gibt, welche zeitgleich die soziale Wirklichkeit hervorbringen. Jäger spricht in diesem Zusammenhang vom „Feld des Sagbaren“ und meint damit den entstandenen Diskurs, welcher meist sehr beschränkt ist.¹²⁰ Er bildet den Ausgangspunkt für spätere Praxen, darunter sowohl diskursive als auch nicht-diskursive und ist durch seine Überindividualität und die Tatsache, dass er dem Subjekt vorgängig ist gekennzeichnet.

Die in Diskursen vorkommenden Vermischungen von Wissen, Wahrheit und Macht verstehen sich in einem sozio-historischen Prozess als Output, aber auch als Ausgangspunkt für das menschliche Handeln. In diesem Moment werden sie dekonstruiert, denn sie werden auf die inhärenten Beschränkungen und Ausschlüsse des Diskurses hingewiesen. Durch diese Annahmen grenzt sich die Kritische Diskursanalyse von anderen diskursanalytischen Konzepten ab. Für die Kritische Diskursanalyse nach Jäger sind vier Fragen¹²¹ von zentraler Bedeutung, darunter die Frage danach, was jeweils gültiges Wissen ist, wie gültiges Wissen zustande kommt, wie es reproduziert und weitergegeben wird, welche Funktion

¹¹⁸ Bartel, Ulrich, Ehrlich, Kritische Diskursanalyse, S.54.

¹¹⁹ Ebenda, S.54.

¹²⁰ Vgl. Ebenda, S.54.

¹²¹ Jäger, Kritische Diskursanalyse, (a) S.81.

es für die Konstituierung von Subjekten und Gesellschaft hat und welche Auswirkungen es auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung hat.

Die erste der vier Grundfragen zielt auf die Diskursinhalte ab, welche sich je nach historischen Gegebenheiten verändern. Die zweite Frage zielt auf die Untersuchung der diskursiven Praxen ab. Die beiden können unterstützt durch ein diskursanalytisches Element beantwortet werden und bilden den Mittelpunkt methodischer Darstellungsweisen. Im Gegensatz dazu sind die beiden letzten Fragen nicht mehr rein mit diskursanalytischen Vorgangsweisen zu beantworten. Es handelt sich nämlich um Konsequenzen, die nicht diskursiver Natur sind wie beispielsweise Subjektkonstitution, Handlungen, Manifestationen und Institutionen¹²². Diese lassen sich auch mit Methoden untersuchen, die nicht nur diskursanalytisch sind.

Auf der anderen Seite ist es das Ziel der Kritischen Diskursanalyse, die entdeckten diskursiven Momente zu analysieren, zu benoten und kritisch zu hinterfragen. Erst durch diesen Schritt erhält die Diskursanalyse ihren kritischen Charakter. Sie stützt sich darauf, dass es die menschlichen Taten sind, die über Geschichte und Gesellschaft bestimmen und nicht Religion oder Ökonomie. Durch diese Annahme schafft es die Kritik, sich über die Grenzen des „faktisch“ Machbaren hinwegzusetzen und stellt sich die Frage nach dem Sinn und danach, was gut oder was richtig ist. Wichtig für den kritischen Zugang ist, dass die Kritik problematisch ist, das heißt, sie darf nicht starr sein, muss sich anpassen und meist auch vorläufig bleiben.

Bei der Kritischen Diskursanalyse handelt es sich um eine Methode, die vor allem in linksliberalen Kreisen Verwendung findet und sich mit undemokratischen Prozessen und Anlässen in Alltag, Medien und Politik auseinandersetzt. Meist behandelt sie Themenfelder wie Rassismus, Einwanderung, Rechtsextremismus und Antisemitismus sowie Politik der Ausgrenzung und Biopolitik.¹²³ In ihrer Vorgehensweise orientiert sich die Kritische Diskursanalyse oftmals an in den jeweiligen Ländern vorhandenen Grundgesetzen oder Menschen-

¹²² Bartel, Ulrich, Ehrlich, Kritische Diskursanalyse, S.55.

¹²³ Bartel, Ebenda, S.55-56.

rechten. Dementsprechend verlangt es die Jäger'sche Methode, sich in die Politik einzumischen und herauszufinden wie Entwicklungen in einer Gesellschaft beeinflusst werden können.¹²⁴

¹²⁴ Vgl. Ebenda, S.53-72.

7.2 Das Strukturmodell der Kritischen Diskursanalyse

Im Rahmen eines „gesamtgesellschaftlichen Diskurses“ laufen alle in einer Gesellschaft vorhandenen Diskursstränge zusammen. Der gesamtgesellschaftliche Diskurs ist ein Netz, welches verzweigt ist und dessen einzelne Stränge oftmals ineinander übergehen. Ziel der Kritischen Diskursanalyse ist es, eine Übersicht über dieses Netz zu schaffen und einzelne Stränge freizulegen, um deren Bearbeitung zu ermöglichen.¹²⁵ Hierfür muss zunächst bestimmt werden, woraus sich der gesamtgesellschaftliche Diskurs zusammensetzt.

Einerseits ergibt sich der gesamtgesellschaftliche Diskurs aus den Spezialdiskursen, welche vor allem Reden und Denken innerhalb des wissenschaftlichen Spektrums sind. Andererseits spielt der Interdiskurs, welcher die übrigen Praxen beinhaltet, eine Rolle. Ist es notwendig, so können diese Einteilungen noch weiter verfeinert werden. Dies ist abhängig von der Fokussierung. Die unterschiedlichen Inhalte werden von den Diskurssträngen dargestellt, stehen für signifikante Themen oder repräsentieren individuelle Gegenstände. Solche Stränge verfügen über eine, wie Jäger sie nennt, starke „diskursive Energie“¹²⁶, die sich dadurch auszeichnet, dass sie es ermöglichen, Ereignisse, Argumentationsfiguren, Bilder und anderes auf sehr lange Zeit an sich zu binden. Dadurch, dass sich solche Stränge selten abgeschnitten vom Rest der Welt entwickeln, überlappen sie oft mit anderen Strängen und beeinflussen einander. Die in einem Strang verwendeten Informationen können problemlos in einem anderen vorkommen und thematisiert werden. Ein weiteres Charakteristikum ist die hierarchische Strukturierung der einzelnen Diskursstränge. So können kleine Stränge unter einem großen Diskursstrang zusammengefasst werden. Die niedrigste Ebene stellt das Diskursfragment dar. Hierbei handelt es sich oftmals um Texte beziehungsweise Textausschnitte, welche sich auf ein spezifisches Thema beziehen.

Grundvoraussetzung für einen Diskurs ist ein Ereignis, welches in der Öffentlichkeit viel Aufmerksamkeit erhält und das Kollektiv beschäftigt. Erst die intensive Präsenz macht ein Ereignis zu einem „diskursiven Ereignis“. Einzelne Phänomene können sich somit aus dem bestehenden Diskurs lösen und einen neuen Diskursstrang hervorbringen. Ein wichtiges Hilfsmittel bei der Diskursanalyse ist auch die Aufteilung in Diskurspositionen, denn diese erlauben es, die Perspektive der teilnehmenden Person kennenzulernen. Bei der Analyse

¹²⁵ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse (a), S.163.

¹²⁶ Ebenda, S.159.

darf die Betrachtung der zeitlichen Komponente nicht vergessen werden. Dies ist wichtig, da Diskurse keine starren Gebilde sind, sondern Ansatzpunkte in der Vergangenheit und in der Gegenwart haben und auch in der Zukunft weitergeschrieben werden.

7.3 Vorgehensweise der Kritischen Diskursanalyse

Um die Analysemethode praktisch anwenden zu können, wurde von Jäger ein Leitfaden entwickelt, der je nach Darstellung zwischen fünf oder sechs Phasen beinhaltet. Da es bei Jäger immer wieder zu Verschiebungen und einer anderweitigen Verwendung von Terminologien kommt, haben sich Bartel, Ullrich und Ehrlich einerseits zwar sehr am Modell von Jäger orientiert, andererseits jedoch auch Begriffe hinzugefügt oder Begriffe verändert, die nicht zu 100 Prozent mit dem Jäger'schen Modell übereinstimmen. Die folgende Herangehensweise, siehe Kapitel 7.1 übernimmt die Schritte von Bartel, Ullrich und Ehrlich und ergänzt diese um wichtige Punkte, die Jäger in einer Neuüberarbeitung seiner Methode im Jahr 2012 präsentierte. Das vorgeschlagene Modell soll je nach Thema und Fragestellung individuell angepasst werden. Es handelt sich um eine Methode, die sich ständig entwickelt und verändert. Die einzelnen Schritte zielen darauf ab „einen Diskurs und damit verbunden eine Wirklichkeit zu erfassen.“¹²⁷ Der Forschungsprozess lässt sich in fünf Phasen aufteilen, darunter die Konzeptionierungsphase, die Erhebungsphase, die Strukturanalyse, die Feinanalyse und die Interpretation.¹²⁸

7.3.1 Konzeptionierungsphase

Die Konzeptionierungsphase stellt die Entstehung der Fragestellung in den Mittelpunkt und die damit einhergehende Auseinandersetzung mit dem Ziel. Es soll zu einer beginnenden Eingrenzung der zu untersuchenden Bereiche und notwendigen Diskursstränge kommen. Laut Jäger sollte die erste Skizze nicht zu ausführlich sein, ihre Vollendung sollte erst am Ende der Forschungstätigkeit vollzogen werden.¹²⁹ Es darf nicht vergessen werden, dass der Untersuchungsgegenstand theoretisch aufgearbeitet werden muss und, dass bereits vorhandene Diskurse und Erscheinungsformen, in denen das zu untersuchende Phänomen vorkommen könnte, Teile der Überlegungen sein müssen.

¹²⁷ Bartel, Ulrich, Ehrlich, Kritische Diskursanalyse, S.58.

¹²⁸ Vgl. Ebenda, S.53-72.

¹²⁹ Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse (b) S.91.

7.3.2 Erhebungsphase

Ist die Suche nach einem Thema abgeschlossen und sind die damit verbundenen Fragen ausgearbeitet, so ist der nächste Schritt die Erhebung des Korpus. Dies bedeutet, dass alle thematisch in Zusammenhang mit der Fragestellung stehenden Texte erfasst werden müssen. Die Texte müssen aus den dafür ausgewählten Medien stammen und sollten einen ersten Eindruck über den Materialbestand vermitteln. Auf der diskursiven Ebene muss eine Aufarbeitung der Medien erfolgen, die Artikel müssen chronologisch dargestellt und archiviert werden. Ferner sollten die Inhalte der Artikel und auch die Knotenpunkte mit anderen Diskurssträngen herausgearbeitet und, wenn möglich, kurz zusammengefasst werden.

Jäger ergänzt, dass eine Vollständigkeit des Materials notwendig ist, um Willkür zu vermeiden, ferner müsse die zeitliche Wahl der Berichte begründet werden. Vor allem der Umfang der Auswahl bestimmt den Aufwand der Arbeit, denn es müssen alle mit dem Thema in Zusammenhang stehenden Berichte verwertet und nicht nur stichprobenartig erarbeitet werden. Indem er erfragt, wie es zu bewältigen ist aus dem „Gewimmel“ an Informationen die für die Analyse passenden Diskursstränge zu filtern, spricht Jäger in diesem Kapitel einen entscheidenden Punkt an. Foucaults Antwort darauf ist, dass es bei der Analyse nicht darum geht, sich mit dem gesamten Material zu befassen, sondern, dass diese darauf abzielt sich auf bestimmte Zeiten und Räume zu begrenzen.¹³⁰

7.3.3 Strukturanalyse

Dieser Arbeitsschritt sieht vor, dass es zu einer Verdichtung der Medien kommt, die es ermöglicht, das Spektrum des Diskursstranges zu erhalten. Zeitgleich sollte eine Strukturanalyse erfolgen. Diese soll erfragen, welche Themen behandelt und welche nicht erwähnt werden sowie welche Verknüpfungen vorhanden sind und welche hergestellt werden. Dies soll ermöglichen, dass die ersten Unterschiede in den Medien herausgearbeitet werden und, dass festgestellt werden kann welche Diskurspositionen vorhanden sind.

¹³⁰ Vgl. Ebenda, S.92f.

7.3.4 Feinanalyse

Bei der Feinanalyse handelt es sich um Analyseschritte, die mit Hilfe von einzeln ausgewählten Artikeln sehr ins Detail vordringen. Jäger teilt auch die Feinanalyse in fünf Unterpunkte auf, darunter institutioneller Rahmen, Text-„Oberfläche“, sprachlich- rhetorische Mittel, inhaltlich-ideologische Aussagen und zusammenfassende Interpretation.¹³¹

7.3.4.1 Institutioneller Rahmen

Hierbei handelt es sich um die Grundmerkmale des Artikels und die Charakterisierung des zu publizierenden Mediums, den/die VerfasserIn, die LeserInnenschaft sowie um die Art des Textes, dessen Präsentation und die Platzierung in der Ausgabe und in fortlaufenden Publikationen.

7.3.4.2 Text- „Oberfläche“

Dieser Schritt konzentriert sich vor allem auf das Herausarbeiten von inhaltlichen und argumentativen Strukturen. Eine Einteilung des Textes erfolgt aufgrund seiner graphischen Struktur. Auch der Einsatz von Bildern in Kombination mit dem Text soll betrachtet werden.

7.3.4.3 Sprachlich-rhetorische Mittel

Die Gliederung eines Textes ist maßgeblich durch die verwendeten sprachlichen und rhetorischen Mittel gekennzeichnet. Bei genauerer Betrachtung dieser lassen sich Rückschlüsse auf die „Stimmung“ ziehen. Grundsätzlich soll eine sprachliche Analyse auf der Mikroebene erfolgen.

7.3.4.4 Inhaltlich-ideologische Aussagen

AutorInnen äußern sich durch ihre Texte und können somit auch ihre ideologischen Ideen in Wörtern verankern. Deshalb sollten spezifische Aussagen und Formulierungen genauer betrachtet werden, denn diese können dabei helfen gewisse Diskurspositionen zu filtern und Verwicklungen in andere Diskurse ermöglichen.

¹³¹ Vgl. Bartel, Ulrich, Ehrlich, Kritische Diskursanalyse, S.53-72.

7.3.4.5 Zusammenfassende Interpretation

Die ersten vier Arbeitsschritte sollen in einer abschließenden Interpretation zusammengefasst werden. Es wird empfohlen, die benutzten und aufgearbeiteten Materialien aufeinander zu beziehen. Folgende Fragen von Jäger werden empfohlen um die Analyse abzuschließen¹³²:

- Welche „Botschaft“ vermittelt das Diskursfragment? (Motiv, Ziel des Textes in Kombination mit Grundhaltung des Autors/der Autorin)
- Welche sprachlichen und propagandistischen Mittel finden Anwendung? Wie ist ihre Wirkung einzuschätzen?
- Welche Zielgruppe wird angesprochen?
- Welche Wirkung ist in welchem Kontext beabsichtigt?
- In welchem diskursiven Kontext befindet sich das Diskursfragment (Verhältnis zum gesellschaftlichen Gesamtdiskurs, Bezug auf welche diskursiven Ereignisse)

¹³² Vgl. Jäger, Kritische Diskursanalyse (b) S.185.

8 Der Umgang der Schwarz-Blauen Regierung mit dem Erbe des Zweiten Weltkrieges anhand konkreter Aussagen

Bei der folgenden Analyse handelt es sich sowohl um eine qualitative als auch um eine quantitative Analyse. Aufgrund der großen Zahl an Artikeln ist es nicht möglich, jeden einzeln zu analysieren. Eine allgemeine Darstellung dessen, wie viele Beiträge erschienen sind soll zeigen, welchen Platz das jeweilige diskursive Ereignis in den beiden Medien einnimmt. Die Summe der publizierten Artikel gibt Aufschluss über die von den Medien eingenommenen Diskurspositionen innerhalb des gesamten Diskursstrangs, der sich auch in der restlichen Medienwelt widerspiegelt.

Die ausgewählten österreichischen Medien *Falter* und *Profil* stellen die Diskursebene dar. Die darin repräsentierten Meinungen der JournalistInnen, die gewissermaßen auch die Position des Mediums darstellen, sollen auf ihre Inhalte analysiert werden. Es wurden bewusst eine Wochenzeitung und ein Nachrichtenmagazin gewählt, die der Schwarz-Blauen Regierung in ihrer gesamten Regierungszeit zwischen 2000 und 2007 kritisch gegenüberstanden. Es ist nicht das Ziel, ein repräsentatives Bild der österreichischen Medienlandschaft zu schaffen, vielmehr soll ein Ansatz aufgezeigt werden, der sich kritisch mit dem politischen Geschehen in Österreich beschäftigt und sich intensiv mit den diskursiven Ereignissen und deren Auswirkungen beschäftigt. Sowohl *Profil* als auch *Falter* sind Medien, die einmal pro Woche erscheinen, *Falter* am Mittwoch und *Profil* am Montag. Dies erklärt, dass immer wieder einige Tage zwischen dem diskursiven Ereignis und der medialen Reaktion liegen können.

Die Untersuchungszeiträume passen sich an die Ereignisse an, was bedeutet, dass die Medien vom Tag des Ereignisses bis ungefähr vier Wochen danach untersucht wurden.

Die Wahl eines meist kurzen Zeitraumes begründet sich darin, dass der Rahmen der Arbeit keine weiterführende Analyse zulässt. Ferner sind es vor allem die ersten Reaktionen, die die Position des Mediums darstellen. In der Causa Gudenus und Haider-Muzicant kam es außerdem zu einer sehr langen medialen Berichterstattung, da auf das „auslösende“ diskursive Ereignis weitere folgten und den Diskursstrang in die Länge zogen. Auffallend ist, dass es sowohl sehr zeitnahe als auch zeitferne Reaktionen vonseiten der beiden ausgewählten Medien gab. Meist waren drei bis vier Wochen danach, sofern keine weiteren Vorkommnisse hinzukamen, aktuellere Ereignisse für die Berichterstattungen von Bedeutung.

Die Ereignisse wurden in verschiedenen journalistischen Formen, darunter beispielsweise Gastkommentare, Leitartikel, Kommentare und sehr ausführliche Berichte, dargestellt. Viele LeserInnen nahmen auch in Form von LeserInnenbriefen Stellung. Diese wurden in großer Zahl veröffentlicht, doch wird diese Form der Meinungskundgabe bewusst nicht in die Analyse aufgenommen, da dies den Rahmen der Arbeit sprengen würde.

Bevor es möglich ist, die einzelnen Artikel genauer zu betrachten, müssen die von Jäger empfohlenen Schritte vollzogen werden, um eine nachvollziehbare Arbeit zu garantieren. Bei den für die Analyse ausgewählten diskursiven Ereignissen handelt es sich um Aussagen von Politikern, die Teil der ÖVP-FPÖ Koalition waren und für große Debatten sorgten. Die Ereignisse fanden zwischen 2000 und 2005 statt. Drei der vier waren FPÖ-Politiker¹³³ in sehr wichtigen politischen Positionen. Bei der ÖVP war es vor allem die Aussage des österreichischen Bundeskanzlers Schüssel, die zu heftigen Debatten führte. Es handelt sich um Momente, die sowohl auf medialer als auch auf wissenschaftlicher Ebene sehr intensiv diskutiert und analysiert wurden. Im Laufe der Analyse wird sich immer wieder zeigen, dass sich *Falter* auf weniger Seiten mit den diskursiven Ereignissen beschäftigte. Dies begründet sich darin, dass *Profil* zur Zeit der erwähnten Ereignisse *Falter* diese Seitenanzahl nicht erreichte.

¹³³ Der Begriff „FPÖ-Politiker“ wird nicht gegendert, da hauptsächlich von männlichen Politikern die Rede ist. In Bezug auf „Wählerschaft“ findet sich hingegen der Begriff „FPÖ-WählerInnen“.

8.1 Dr. Wolfgang Schüssel und die „Opfertheorie“

8.1.1 Interview in der *Jerusalem Post* am 8. November 2000

Der österreichische Bundeskanzler gab der israelischen Tageszeitung *Jerusalem Post* am 8. November 2000 ein Interview. Dieses wurde am 9. November und damit am Gedenktag für die Pogrome gegen JüdInnen im „Dritten Reich“ publiziert. Es lässt sich daher die Behauptung aufstellen, dass dies ein sehr wichtiger Tag für die jüdischen Opfer und die Überlebenden ist, da es sich hierbei um ein Schlüsselereignis der offenen Gewalt gegen die jüdische Bevölkerung handelt. Die *Wiener Tageszeitung* zitierte Schüssel am folgenden Tag wie folgt:

„Der souveräne österreichische Staat war das erste Opfer des Nazi-Regimes. (...) Die Nazis nahmen Österreich mit Gewalt. Die Österreicher waren das erste Opfer.“¹³⁴

Er fügte zwar hinzu, dass die österreichische Bevölkerung eine „moralische Verantwortung für die Vergangenheit trüge“, doch die Wiederbelebung der Opfertheorie sorgte für Schlagzeilen in den österreichischen Medien und brachte eine erneute Debatte über die Rolle Österreichs im Zweiten Weltkrieg hervor. *Profil* publizierte zwischen dem 19. November und dem 4. Dezember sechs Artikel zu Schüssels Aussage. *Falter* publizierte in der Zeit vom 9. November bis zum 6. Dezember 2000 vier Artikel, die sich mit den Aussagen Schüssels in der *Jerusalem Post* beschäftigten. Im darauffolgenden Jahr sorgte die Kontroverse um seine Behauptungen für weiteren Gesprächsstoff. Drei weitere Artikel beschäftigten sich damit und hinterfragten das vom Bundeskanzler präsentierte Geschichtsbild der Republik Österreich. Insgesamt beschäftigten sich 13 Artikel mit der Rolle Österreichs im Zweiten Weltkrieg. Sie beleuchteten unter anderem, welches historische Narrativ vom damaligen Bundeskanzler vertreten wurde.

¹³⁴ Wiener Zeitung Redaktion, Schüssel: „Österreich war erstes Nazi-Opfer“, online unter <https://www.wien-erzeitung.at/nachrichten/chronik/oesterreich/339505_Schuessel-Oesterreich-war-erstes-Nazi-Opfer.html> am 10.11.2000, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

8.1.2 Analyse der Publikationen im Nachrichtenmagazin *Profil*

Beim österreichischen Nachrichtenmagazin *Profil* handelt es sich um ein Medium, welches laut VGN Medien Holding im Jahr 2018 ungefähr 300.000 LeserInnen in Österreich erreicht hat und somit in der Medienlandschaft zu den kleineren im Medienbereich tätigen Unternehmen zählt. Die erste Ausgabe erschien im Jahr 1970. Zwischen 1970 und 1974 erschien das Nachrichtenmagazin zweiwöchig, seit 1974 erscheint das Nachrichtenmagazin wöchentlich. Es beschreibt sich selbst als „unabhängiges Nachrichtenmagazin Österreichs“¹³⁵ und gehört zu 100 Prozent dem „Kurier Zeitungsverlag und Druckerei GmbH“. (Stand 2019)¹³⁶ Trotz seiner verhältnismäßig geringen Reichweite hat *Profil* immer wieder bewiesen, dass es großen Einfluss haben kann. Beispielsweise hat es im Zuge der Waldheim-Affäre wichtige Impulse zur Aufarbeitung der österreichischen Vergangenheit getätigt.¹³⁷

Zwischen dem 13. November und dem 4. Dezember 2000 hat *Profil* zu Schüssels Behauptung sechs Artikel publiziert, die sich nicht nur direkt, sondern auch indirekt mit dem Thema beschäftigten. Davon erschienen zwei in der Rubrik „Meinung“, ein „Leitartikel“, einer in Form eines Interviews mit einem oppositionellen Politiker. Darüber hinaus ein Interview mit dem Ex-Bundeskanzler Franz Vranitzky und zwei Artikel in der Rubrik „Politik“. Im Vergleich zum *Falter* beschäftigte sich *Profil* zwar nicht auffallend weniger mit dem Thema, jedoch wurde es deutlich kürzer behandelt.

Unter dem Titel „Wo sind die Täter? Schüssels Geschichtsbild würde für ein Proseminar nicht ganz reichen“ erschien am **13. November 2000** der erste Kommentar in der Rubrik „Meinung“ zu dem Thema. Der Text wurde von Anton Pelinka verfasst, der sich als Jurist und Politikwissenschaftler viel mit ähnlichen Themen beschäftigte. Er nimmt eine belehrende Rolle ein und begibt sich in eine Rolle, in welcher er in der Hierarchie über Schüssel steht. Als Universitätsprofessor vergleicht er Schüssels Wissen mit dem eines jungen Studenten, welcher möglicherweise noch zu wenig Erfahrung hat um sich mit der Geschichte

¹³⁵ Profil Redaktion, Impressum und Offenlegung, online unter <<https://www.profil.at/impressum>>, (letzter Zugriff: 6.1.2020).

¹³⁶ Profil, Impressum und Offenlegung, online unter <https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Falter_%28Wochenzeitung%29> (letzter Zugriff: 16.11.2019).

¹³⁷ Vgl. Wodak, Nowak, Pelinka, Gruber, De Cillia, Mitten, „Wir sind alle unschuldige Täter“. Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, S.59-81.

auszukennen. Symbolisch wird ihm so für sein Verhalten in Jerusalem eine negative Note als Bundeskanzler eingetragen. Pelinka beschreibt dies mit folgenden Worten:

„Wäre der Bundeskanzler Student im Proseminar „Österreichische Zeitgeschichte“ oder „Politisches System Österreichs“, könnte man ihm sein Seminarpapier mit dem dringenden Rat zurückgeben, es doch noch einmal zu überarbeiten.“¹³⁸

Neben der Kritik am fehlenden historischen Wissen wirft Pelinka dem Bundeskanzler auch fehlendes politisches Taktgefühl vor, denn er könne eine solche Aussage nicht gegenüber einer israelischen Zeitung tätigen. Dadurch setze er Österreich auf dasselbe „Opfer-Niveau“ wie die jüdischen Opfer des Nazi-Regimes. Der Artikel scheint nicht nur Pelikans persönliche Meinung zu sein, sondern auch eine Nachhilfestunde für den Bundeskanzler selbst. Kurz und bündig werden die Entstehung und Ablösung der Opfertheorie dargestellt und die Fehler im Umgang mit der eigenen Vergangenheit, Stichwort „Mitverantwortungsklausel“, angeprangert. Im letzten Absatz übt der Autor auch Kritik am Umgang mit den Opfern und bleibt hier nicht in der Gegenwart, sondern stellt fest, dass man mit Ende des Zweiten Weltkrieges die falschen „Opfer“ in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestellt hat, nämlich jene, die die zukünftigen WählerInnen wurden. Resümierend schlüpft Pelinka wieder in die Professorenrolle und schließt den Kreis, indem er dem Studenten Schüssel die Hand reicht, um ihm eine zweite Chance zu geben. Er revidiert dies jedoch als er schreibt:

„Doch Schüssel hat nicht als Student im dritten Semester gesprochen. Er wurde als österreichischer Bundeskanzler zitiert. Und als solcher müsste er wissen, welche Worte wo und wann was bedeuten. In dieser Rolle steht ihm nur eine Note zu: Nicht genügend.“¹³⁹

Inhaltlich streift der Kommentar mit der „Opfertheorie“ eng verflochtene Diskursstränge, wie beispielsweise jene der Restitution und der Verharmlosung der TäterInnen im politischen Sinne. Der Autor gibt deutlich zu erkennen, dass er mit Schüssels Behauptung nicht einverstanden ist und kritisiert dessen Verhalten über den gesamten Text hinweg.

¹³⁸ Pelinka Anton, Wo sind die Täter? In: Profil Jg. 2000, 13.11.2000. S.46.

¹³⁹ Ebenda.

Am **27. November 2000** folgte in der Rubrik „Zeitgeschichte“ ein fünfseitiger Artikel in Kombination mit einem Interview mit Vranitzky. Dieser gilt als der erste Politiker Österreichs, der offiziell zu den Taten der österreichischen Bevölkerung im „Dritten Reich“ stand. Verfasst vom ehemaligen Chefredakteur Herbert Lackner wird das Bemühen des Magazins um eine Aufklärung und Richtigstellung der historischen Fakten unterstrichen. Die Länge des Artikels zeigt, dass die Redaktion des Mediums viel Wert auf eine detaillierte Berichterstattung legt und dem Thema viel Aufmerksamkeit widmet. Bereits die Aufmachung des Artikels zeigt, dass sich *Profil* gegen die Meinung Schüssels stellt. Ein die Hälfte einer Seite einnehmendes Bild zeigt eine Menschenmenge, die geschlossen den „Hitlergruß“ ausführt. Dieses Foto bezeugt, dass ein Teil der österreichischen Bevölkerung den Anschluss befürwortete und, dass es sich bei ihr nicht nur um ein Opfer handeln kann. Durch das Hinzuziehen von verschiedenen Perspektiven und Meinungen, darunter solche von HistorikerInnen, regierenden PolitikerInnen und Oppositionellen, erlaubt der Beitrag einen breit gefächerten Zugang zum Thema und der daraus resultierenden Debatte.

Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass es in Österreich bereits eine Regierung unter Vranitzky gab, welche sich kritischer mit der Vergangenheit auseinandergesetzt hat. *Profil* ermöglicht es auch Persönlichkeiten aus der politischen Opposition, ihre Meinung öffentlich zu äußern. Ein interessanter in dem Artikel angesprochener Aspekt ist Waldheims Einstellung zur österreichischen Vergangenheit, die sich mit dem historischen Narrativ der 1980er Jahre begnügte. Die Parallelen zwischen Waldheim und der Bundesregierung Schüssel werden auch in der Literatur immer wieder aufgegriffen. Der Autor scheint sich gegen die Meinung vieler anderer Medien zu stellen, die dafür, dass die Zeitung nur einen Teil des Interviews veröffentlicht haben soll Kritik an der *Jerusalem Post* üben.

Ferner wird auch das politische Umfeld von Schüssel beschrieben, welches sich schützend vor den Kanzler stellte und versuchte die Aussage in eine andere Richtung zu lenken und sich auf die Mitverantwortung zu konzentrieren. Andreas Kohl kontert damit, dass es ein historisches schwarz-weiß Denken gäbe und in Österreich nicht mehr das Opfer, sondern nur mehr der Täter gesehen würde. Anschließend wird auch die Sicht der ÖVP in Bezug auf das Jahr 1938 geschildert. Der 12. März 1938 wird als eindeutiger Einmarsch „gegen den Willen der österreichischen Regierung und gegen den Willen der Mehrheit des Volkes“¹⁴⁰ gesehen. Diese Aussage widerlegt der Autor, indem er aufzeigt, wie viele Menschen im Jahr

¹⁴⁰ Lackner Herbert, Alles nur Opfer?. In: *Profil* Jg.200 Nr.48, 27.11.2000, S.44-49.

1938 den Einmarsch der NationalsozialistInnen begrüßten und diese jubelnd empfangen. Außerdem wird unterstrichen, dass proportional zu Deutschland mehr ÖsterreicherInnen MitgliederInnen in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) waren. Die pogromartigen Übergriffe auf die jüdische Bevölkerung „im groß gewordenen Deutschen Reich“¹⁴¹ waren im österreichischen Teil „die unangefochtene Nummer eins.“¹⁴² Ferner bemüht sich der Journalist um eine gesamtgesellschaftliche Darstellung, die vom „einfachen kleinen Mann“ bis hin zu hoch angesehenen SchriftstellerInnen, die sich für die Idee der NationalsozialistInnen begeistern konnten, führte. In diesem Zusammenhang lässt er auch den , zu Wort kommen, der schon vor dem Anschluss vor dem NS-Regime warnte.

Profil weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man sich bereits in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts von der „puren, selbstmitleidigen Opfer-Theorie“¹⁴³ verabschiedet hätte und schreibt der ÖVP bereits zum damaligen Zeitpunkt zu, dass sie mit der narrativen Wende nicht einverstanden gewesen sei. Interessant ist, dass der Artikel weitergeht und auch die Einstellungen gegenüber den Jahren 1933 und 1934 anklingen lässt, die von der ÖVP nicht eindeutig geklärt wurden. Um eine geschichtswissenschaftliche Perspektive einzubauen wird Gerhard Botz zitiert, der den Anschluss im Jahr 1938 als „nationales Problem“¹⁴⁴ Österreichs darstellt. Der Artikel behandelt somit diskursive Ereignisse, die mit Schüssels Aussage in Zusammenhang stehen und beleuchtet diese unter der Berücksichtigung des Interviews.

In einem zweiten Teil des Artikels wird genauer auf den „Opfermythos“ eingegangen, dieser wird jedoch erneut durch Fakten entkräftet. Der 12. März 1938 wird aus einer anderen Perspektive dargestellt, in der das Land nicht das „erste Opfer“ war. Sinngemäß stellt der Autor Österreich als „reife Frucht, die Hitler in den Schoß fiel“¹⁴⁵ dar und sich nicht gegen den Nationalsozialismus wehrte. Hinzukommt, dass er auch den selten in Erinnerung gehalten Austrofaschismus/Ständestaat erwähnt, der „dank der autoritären Rechtspraktiken der Jahre 1934-38 problemlos in das neue Herrschaftssystem“¹⁴⁶ überführt werden konnte. Anhand vieler detaillierter Beispiele räumt er die enge Verstrickung in der Zeit von 1934 bis

¹⁴¹ Ebenda.

¹⁴² Ebenda.

¹⁴³ Ebenda.

¹⁴⁴ Ebenda.

¹⁴⁵ Ebenda.

¹⁴⁶ Ebenda.

1938 und jener der NationalsozialistInnen ein und spricht somit einen Teil der österreichischen Geschichte an. Besonders angesprochen wird auch jene der ÖVP, die wenig aufgearbeitet wurde und meist als sehr „harmlos“ bezeichnet wird.

Lackner lässt in seinem langen und doch angesichts des Themas eher kurzen Artikel niemanden unbestraft. Er nimmt sowohl die sozialistische Opposition als auch die katholische Kirche in ihre Verantwortung und zählt große Versäumnisse von deren Seite auf. Der letzte inhaltliche Absatz beschäftigt sich mit der eigenwilligen Deutung der Moskauer Deklaration aus dem Jahr 1943 und einem Österreich, das sich bewusst dafür entschieden hat den zweiten Teil der Deklaration in Vergessenheit geraten zu lassen. In diesem Abschnitt wird die Mitschuld Österreichs angesprochen. Ausgehend von der nicht vollständigen Interpretation der Moskauer Deklaration konnte sich die österreichische Bundesregierung nach 1945 auf der Opfertheorie ausruhen, da das Land keine Verantwortung für die Gräueltaten und die Zerstörung in Europa und der Welt übernehmen musste. Nebenbei adaptierten viele ehemalige NationalsozialistInnen, wie beispielsweise der SS-Mann Silberbauer, die These für ihren persönlichen Vorteil und wurden, anstatt gerichtlich verfolgt, mit einer lebenslangen Pension des Staates Österreich „belohnt“.

Aus dem Text lässt sich eindeutig herauslesen, dass der Autor Schüssels Aussage öffentlich kritisiert. Er untermauert mit Fakten, dass die Opfer-These nicht der historischen Wahrheit entspricht. Die fünf Seiten bieten viele Möglichkeiten, um auch andere diskursive Stränge anzusprechen und weite Erklärungen zu tätigen. Das Magazin stellt sich somit gegen den Konsens der Regierung und darf als scharfer Kritiker gesehen werden. Die Verwendung der immer wiederkehrenden Frage „Opfer auch sie?“ untermauert anhand von einzelnen Beispielen die Fragwürdigkeit der Opfertheorie, die für das Kollektiv Österreichs gelten sollte. Der Ex-Bundeskanzler Vranitzky wurde im Zuge des Artikels zu einem Interview gebeten, in dem er zu den Aussagen von Schüssel Stellung nehmen sollte. Vranitzky erzählt, dass der ÖVP-Politiker mit bei den offiziellen Entschuldigungen im Nationalrat und auch in Israel bereits politisch aktiv war und Vranitzkys Geschichtsbild deshalb kennen sollte. Dieser äußerte sich bis zum Jahr 2000 nicht dazu und, dass er somit nicht verstehen würde, warum Schüssel sich auf einmal auf diese Art und Weise äußerte. Für den SPÖ-Politiker sei es ein Indiz dafür, dass es sich um einen deutlichen Schritt in Richtung FPÖ und deren Geschichtsinterpretation handeln würde. Neben dem Interview scheint ein großes Bild des Politikers

mit israelischer Flagge im Hintergrund auf. Es symbolisiert die Phase der öffentlichen Entschuldigung und den Weg zur „Mittäterschaft“ unter Vranitzkys Amtszeit.

In der Ausgabe vom **4. Dezember 2000**, die drei Wochen nach dem Interview in der *Jerusalem Post* erschien, fällt auf, dass das Thema an Bedeutung verloren hatte. Ein einziger Bericht wurde veröffentlicht, der sich direkt mit der österreichischen Geschichtsdeutung auseinandersetzt. Lackner, der sich auch schon intensiv in der Ausgabe vom 27. November mit Schüssel und der Vorgeschichte beschäftigte, bat am 4. Dezember den SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer zum Gespräch. Gusenbauer holt zu Beginn um einiges weiter aus und spricht vor allem die Zeit Österreichs vor 1938 an sowie die Bereitschaft der Vorgängerpartei der ÖVP, die Christlichsozialen, antidemokratisch zu agieren. Er sieht in dieser Zeit „das Vorspiel des Anschlusses, von dem Schüssel offenbar nicht wissen will.“¹⁴⁷ Somit stellt sich Gusenbauer gegen das Geschichtsverständnis der ÖVP und macht sie mitverantwortlich für den Anschluss. Lackner kontert mit Fragen, die dem allgemeinen Verständnis dienen sollen und stellt die These auf, dass es für die damalige Regierung in der ersten Republik wenig Möglichkeiten gab, da der Druck Nazi-Deutschlands enorm groß war. Für Gusenbauer war es hingegen vor allem das Verbot der sozialdemokratischen Partei, das dem Nationalsozialismus das Ankommen, wenn auch im Untergrund, in Österreich bereits vor dem Jahr 1938 ermöglichte. Er argumentiert hier deutlich aus einer dem sozialdemokratischen Geschichtsbild entsprechenden Position heraus und kontert mit einer Gegenfrage, die vor allem den Umgang mit dem Austrofaschismus/Ständestaat betrifft:

„Schüssel will offenbar die These vom Österreich-Patriotismus transportieren, der unabhängig davon ist, wie es im Land aussieht. Es ist eigentlich unfassbar, wenn er insinuiert: Österreich ist immer gut, auch wenn es eine Diktatur gibt. Das tut er aber, wenn er immer vom „freien Österreich“ vor 1938 spricht. Welcher Begriff von Freiheit ist denn das, wenn Leute verfolgt werden und in Anhaltelager gesteckt werden?“¹⁴⁸

Gusenbauer öffnet somit ein Kapitel der österreichischen Geschichte, über welches zwischen den Parteien Uneinigkeit herrscht und schließt daraus, dass die ÖVP unter Schüssel den Austrofaschismus/Ständestaat auch als Opfer stilisiert. Er wirft ihr vor die Geschichte umschreiben zu wollen. Gegen Ende der Befragung geht Lackner auf die SPÖ und den

¹⁴⁷ Lackner Herbert, Die ÖVP will die Geschichte umschreiben. In: Profil Jg.2000, Nr.49, 4.12.2000 S. 42-43.

¹⁴⁸ Ebenda.

Austrofaschismus/Ständestaat ein und konfrontiert Gusenbauer mit der nicht aufgearbeiteten Geschichte seiner eigenen Partei. Gusenbauers Reaktion darauf wirkt jedoch eher verharmlosend. Er versuchte die SPÖ in ein besseres Licht als die ÖVP zu stellen, da diese eine Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit bereits angekündigt hatte. Resümierend sieht sich Gusenbauer als schützende Hand der Geschichte, um eine Verfälschung dieser zu verhindern. Das Interview ist ein gutes Beispiel dafür, dass PolitikerInnen in Medien gerne ihre politischen GegnerInnen beschuldigen und ihre eigenen Angelegenheiten mit weniger Härte angehen. *Profil* zitiert in einem kleinen Kästchen mit dem Titel „Zeitgeschichte“ die Kernaussage des Schlüssel-Interviews und bietet den LeserInnen die Möglichkeit, sich das diskursive Ereignis wieder ins Gedächtnis zu holen. Wie bereits in den anderen Artikeln des *Profils* werden auch in diesem Interview andere Diskursstränge behandelt, darunter insbesondere die Parteigeschichte der SPÖ und ÖVP.

8.1.4 Analyse der Publikationen in der Wochenzeitung *Falter*

Falter ist wie *Profil* ein österreichisches Medium, das vom Austria Forum als ein Wochenzeitung beschrieben wird, die aus „linksliberaler Perspektive über Politik, Medien und Kultur“ schreibt und „besondere Verdienste erwarb sich die Wochenzeitung mit solide recherchiertem Aufdeckungsjournalismus.“¹⁴⁹ *Falter* wurde 1977 von einer Gruppe Studierender und KünstlerInnen gegründet und definiert sich selbst als Zeitung, die „über aktuelle Themen aus Politik, Wirtschaft, Medien, Kultur, Stadt- und Landleben“ schreibt und „gibt seinen Leser*innen durch eine umfangreiche recherchierte Berichterstattung das Versprechen nach publizistischer Qualität, Unabhängigkeit und Verlässlichkeit.“¹⁵⁰

Die Beschreibung seiner JournalistInnen und LeserInnen fällt gleich aus, denn sie sollen kritisch sein und die Artikel sollen meinungsbildend wirken. Laut der *Falter*-Homepage hat die Stadtzeitung eine Reichweite von 3,1 Prozent und circa 231.000 LeserInnen (Stand 2018/19). Im Vergleich zur *Kronenzeitung* ist diese sehr gering, doch betrachtet man die Zielgruppe des Mediums, so erscheint dies logisch. Angegeben wird, dass 40,2 Prozent der LeserInnen einen Hochschul- oder Universitätsabschluss haben und mehr als die Hälfte ein

¹⁴⁹ Vgl. Austria Forum, *Falter* (Wochenzeitung), online unter <https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Falter_%28Wochenzeitung%29> (letzter Zugriff am: 7.1.2020).

¹⁵⁰ Vgl. Falter Verlag, *Falter: Die Wochenzeitung aus Wien*, online unter <https://cms.falter.at/b2b/falter_sonderbeilagen/falter/> (letzter Zugriff am 7.1.2020).

Nettoeinkommen von mehr als 3.450 Euro im Monat hat. Es kann davon ausgegangen werden, dass es sich beim *Falter* um ein Medium handelt, das bewusst gekauft wird und dessen LeserInnen aus einer privilegierten sozialen Schicht kommen. Hinzu kommt, dass *Falter* eine Zeitung ist, die vor allem in Großstädten wie Wien, Linz und Graz gelesen wird.¹⁵¹

Die Wochenzeitung veröffentlichte zwischen dem 15. November 2000 und dem 14. Februar 2001 sieben Artikel, die sich mit dem diskursiven Ereignis beschäftigten. Davon ausgehend gab es auch einige Artikel, die sich mit der Restitution beschäftigten und die wiederum eng mit der „Opfer-These“ in Verbindung stehen. Sechs der sieben Artikel wurden in der Rubrik „Politik“ veröffentlicht und reichen von kurzen Kommentaren wie „Dolm/Hero der Woche“ über längere Artikel bis hin zu einem Interview mit Bundeskanzler Schüssel. Der siebte Artikel wurde als „Vorwort“ von einem Dozenten am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Wien verfasst. Verglichen mit dem Nachrichtenmagazin *Profil* fällt auf, dass *Falter* dem diskursiven Ereignis weniger Aufmerksamkeit schenkte und diesem auch weniger Seiten widmete.

Falter publiziert in jeder Ausgabe in der Rubrik „Hero/ Dolm der Woche“ eine Person, die, gemäß der Meinung der Redaktion, etwas Gutes oder Schlechtes geleistet beziehungsweise getan hat. Ziel des Textes ist es, den LeserInnen kurz und bündig von Entscheidungen oder Aussagen zu berichten, die positive oder negative Konsequenzen für die jeweilige Person haben. In diesem Fall wurde Schüssel am **15. November 2000** aufgrund seiner Aussage in der *Jerusalem Post* zum „Dolm der Woche“ auserkoren. Der gesamte Text nimmt nur Bezug auf das diskursive Ereignis und streift auch aufgrund seiner Länge keine anderen Ereignisse. Der Text ist sehr kurz gehalten und thematisch eng an die jeweilige Person gebunden. So ist es nicht überraschend, dass die Kritik nur Schüssel, aber nicht die ÖVP oder die Regierung betrifft. Zwei Fragen zu Beginn werden direkt an den Bundeskanzler gestellt. Durch die zweifache Verwendung des Wortes „warum“ kann vermutet werden, dass ein Unverständnis über die Aussage im Medium herrschte. Der Autor kritisiert, dass es sich bei Schüssel um kein „außenpolitisches Nackerpatz!“¹⁵² handle und vertritt die Meinung, dass er grundsätzlich über genügend politische Erfahrung verfügen sollte, um zu wissen, dass solche Aussagen weder dem wissenschaftlichen Stand noch dem diplomatischen

¹⁵¹ Vgl. Ebenda.

¹⁵² Falter Redaktion, Dolm der Woche: W. Schüssel, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20001115/dolm-der-woche-w-schuessel/1814190010>> am 15.11.2000, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Handwerk entsprechen. Mit seinem Text richtet sich das Medium an eine durchaus kritische und auch interessierte LeserInnenschaft, denn es werden keine Zusatzinformationen geboten, die das diskursive Ereignis einbetten. Den Text sinngemäß zu deuten verlangt von den LeserInnen, dass sie sich anderweitig mit dem Ereignis beschäftigen und diesbezüglich Vorwissen besitzen.

Das von Siegfried Mattl verfasste Vorwort „Schüssel in Jerusalem“ in der Ausgabe vom **22. November 2000** steht in direkter Opposition zu Schüssels Behauptung, dass Österreich das „erste Opfer Hitlers“ war. Der Autor wirft ihm „Geschichtsfälschung“ zugunsten der Koalition vor. Diese scharfen Worte kommen von einem Historiker, der am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und als Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts tätig war. Deshalb ist schon von Anfang an davon auszugehen, dass kein Verständnis für den Kanzler aufgebracht und dieser kritisiert wird.

Bereits im ersten Satz geht Mattl auf die Situation in Jerusalem ein und beschreibt einen „posaunenden“¹⁵³ Bundeskanzler, der sich am Tag der Novemberpogrome zu Österreichs Vergangenheit äußert. Das Wort „posaunte“ ist ein Beweis für die kritische Haltung gegenüber Schüssel und wirkt schon beinahe abwertend. Er geht noch weiter und wirft dem Bundeskanzler vor die Mühen von Vranitzky im Jahr 1993 zunichtegemacht zu haben. Ein interessanter Aspekt ist, dass Mattl auf jenen Teil der österreichischen Medienwelt eingeht, der in Hinblick auf die politische Orientierung der ÖVP nahesteht. Er schreibt, dass

„über Schüssels Auftritt herrschte satte Zufriedenheit in den Leserbriefen der hiesigen rechtskonservativen Presse, und der mühsam erzielte Konsens unter Wissenschaftlern und Politikern über die innenösterreichischen Wurzeln und Vorleistungen für den „Anschluss“ wird in einem Gastkommentar der Presse vom 18.11 als „Kehrseite der Auschwitzlüge“ denunziert. Das Einbekenntnis der Überrepräsentation von Österreichern in den Rängen der NS-Mordbrigaden wie der Schwäche des Widerstands soll als Amtsdelikt behandelt werden.“¹⁵⁴

¹⁵³ Mattl Siegfried, Schüssel in Jerusalem, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20001122/schuessel-in-jerusalem/1953140006>> am 22.11.2000, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

¹⁵⁴ Ebenda.

Somit wirft er dem Kanzler vor, dass dieser für viel mehr als nur für die Aussage in der *Jerusalem Post* verantwortlich ist, nämlich auch für das zukünftige Narrativ der österreichischen Republik und für die Zerstörung von jahrelanger mühsamer Arbeit, im Rahmen welcher eine Auseinandersetzung mit der österreichischen Vergangenheit innerhalb der politischen Parteien erfolgte. Der Autor stellt sich anschließend auf eine sarkastische Weise auf die Seite der ÖVP und schiebt die Schuld mit dem Worten „Ganz ehrlich: Schuld tragen die Alliierten (...)“¹⁵⁵ auf politische AkteurInnen, die dem Nazi-Regime ein Ende brachten, doch vergisst er nicht jenen Teil der Moskauer Deklaration, in der Österreich auch seine Verantwortung für den Krieg tragen sollte. Durch die Erwähnung des Staatsgesetzblattes aus dem Jahr 1945 zeigt der Autor nicht nur, dass er historisch gebildet ist, sondern beruft sich auch auf ein Dokument, das eindeutig zeigt, dass der Opfer-Mythos ein von Österreich geschaffenes Narrativ ist und, dass die NationalsozialistInnen keine Minderheit waren.

Auffallend ist, dass sich Mattl zwischen seriöser Aufklärung und Kritik immer wieder direkt an den Kanzler wendet und ihm Tipps gibt. Mit den Worten „Das Dokument über die Wiedererrichtung Österreichs - Stück eins des Staatsgesetzblatts, Jahrgang 1945 - kann man dem Chef der österreichischen Diplomatie nur empfehlen.“¹⁵⁶ legt er dem Bundeskanzler ein notwendiges Dokument nahe, um die eigene Vergangenheit besser zu verstehen. Ähnlich wie die JournalistInnen des *Profils* stellt auch der Autor Verbindungen zu anderen Themen her. Die Rolle des Austrofaschismus/Ständestaat und auch die ÖVP und ihre parteipolitische Aufarbeitung werden angesprochen. Die kritische Auseinandersetzung mit dieser Zeit ist auch ein Beweis dafür, dass sich das Medium intensiv und ausgiebig mit der Vergangenheit des Landes auseinandersetzt. Dass nicht alle ÖsterreicherInnen mit dem Bundeskanzler einer Meinung waren, möchte Mattl sehr ausdrücklich betonen und schreibt: „Außerhalb von der Regierung und Ballhausplatz sieht man diesen österreichischen Hosenstoff so, wie er ist - fadenscheinig“. Der Hosenstoff ist eine Anspielung auf den Besuch von Alois Mock in Badehosen auf der Yacht des jordanischen Königs und gleichzeitig eine Anspielung darauf, dass der Versuch Österreich als erstes Opfer hinzustellen, eine ziemlich alte und nicht mehr glaubwürdige Ausrede ist.

¹⁵⁵ Ebenda.

¹⁵⁶ Ebenda.

In der Ausgabe vom **31. Jänner 2001** bat *Falter*-Journalist Armin Thurnher Schüssel, unter dem Titel „Jeder Wechsel schmerzt“, zum Gespräch. Er befragte ihn unter anderem zu seiner Aussage in der *Jerusalem Post*. Diese Sichtweise ist für die Darstellung wichtig, da sie den Betroffenen selbst zu Wort kommen lässt und nicht nur kritische Persönlichkeiten oder HistorikerInnen. Da die ÖVP-FPÖ Koalition sowohl im In- als auch im Ausland sehr kritisiert wurde, vor allem auch wegen der Nähe der FPÖ zum Nationalsozialismus, ist es für die Betrachtung von Interesse, wie der damalige Kanzler den Übergang der Regierungen gesehen hat. Er bezeichnete sie als „normalen Wechsel“¹⁵⁷ und nahm auch Stellung zu Österreich in der NS-Zeit. Auf Thurnhers Aussage „Es ist doch so, dass wir in Österreich gewisse Dinge nicht dürfen wie alle andern, weil wir mit Deutschland gemeinsam die Nazi-Vergangenheit haben“¹⁵⁸ antwortet Schüssel nicht und weicht aus. Er zitiert den deutschen Politikwissenschaftler Claus Leggewie, welcher behauptete, dass Österreich „ein stinknormales Land sei“¹⁵⁹. Für Schüssel ist Österreich ein Land, welches sich wenig von anderen Ländern in Europa unterscheidet. Mit dieser Behauptung schiebt er die Verantwortung Österreichs auf andere Staaten der Union. Auf die Frage, ob Österreich denselben Status in Europa habe wie Deutschland, reagierte Schüssel wie folgt: „Ich lehne es strikt ab, mich von irgendeinem deutschen Virus infizieren zu lassen.“¹⁶⁰ Zum Thema Restitution und Haider's antisemitischem Verhalten Ariel Muzicant gegenüber nimmt der ÖVP-Politiker nur sehr kurz Stellung und verweist auf eine reibungslose Zusammenarbeit, bei der man sich auf das Wesentliche konzentrieren müsste. Als Thurnher Schüssel direkt auf dessen „legendäres Interview“¹⁶¹ anspricht, reagiert dieser nicht mit einer Entschuldigung oder mit klärenden nachvollziehbaren Worten, sondern stellt sich selbst als Opfer dar und erklärt sein eigenes Interview als „Legende“.¹⁶² Er beschreibt die stressige Situation, den während des Interviews herrschenden Druck und, dass er Österreich sowohl als Opfer als auch als Täter sah, doch, dass nur der erste Teil seiner Aussage sofort weitergeleitet und veröffentlicht wurde. Ein Tonband sei, so Schüssel, der Beweis dafür, dass er nicht lüge. Er resultiert daher folgendermaßen:

¹⁵⁷ Profil Armin, Jeder Wechsel schmerzt, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20010131/jeder-wechsel-schmerzt/1952400012>> am 31.01.2001, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

¹⁵⁸ Ebenda.

¹⁵⁹ Ebenda.

¹⁶⁰ Ebenda.

¹⁶¹ Ebenda.

¹⁶² Ebenda.

„Ich habe weder etwas zurücknehmen noch korrigieren müssen, ich habe in der Jerusalem Post genau das gesagt, was jetzt übrigens auch in die Verträge mit Eizens-tat aufgenommen wurde - der Text der Moskauer Deklaration.“¹⁶³

Thurnher greift auf Vranitzkys Entschuldigung aus dem Jahr 1993 zurück und möchte von Schüssel wissen, ob seine Aussage inhaltlich identisch ist. Schüssel beantwortet dies nur mit „selbstverständlich“. Auffällig ist, dass der damalige Bundeskanzler erklärt, dass er sich nicht auf die Rede seines Vorgängers berufen konnte, da er nicht genau wusste, welche Worte Vranitzky gesagt hatte. Ferner versuchte er auch Verständnis zu erlangen, indem er sich als Mensch präsentierte, der ebenso Fehler macht und „kein wandelnder Computer [sei], der alle Erklärungen parat hat.“¹⁶⁴

Die Art und Weise wie der Journalist seine Fragen stellt zeigt, dass er sich kritisch mit der Person Schüssel und dessen Umgang mit der Vergangenheit auseinandersetzt. Er spricht sowohl die heftig diskutierte Koalitionsbildung als auch den Fortschritt in der Restitution an und widmet sich auch dem Thema der „Opferrolle“. Schüssel antwortet auf diese Fragen nur sehr kurz, womit der *Falter*-Herausgeber nicht zufrieden ist, weswegen er nachhackt. Bereits die Fragen selbst verraten, dass der Autor den Befragten und seine Sicht der Dinge nicht unterstützt, sondern großes Interesse daran hat, dass die Situation so genau wie möglich dargestellt wird. Es lässt sich auch herauslesen, dass das Interview für ein durchaus ÖVP-FPÖ skeptisches Publikum verfasst wurde, denn es wurden keine Fragen gestellt, die Schüssel verteidigen oder einen milden Umgang mit ihm fordern könnten.

8.1.5 Zusammenfassung der Reaktionen auf das *Jerusalem Post*-Interview

Die Analyse der Artikel zeigt, dass sich *Falter* und *Profil* sehr eindeutig positionierten und im Opfer-Täter-Diskurs eine kritische Haltung einnahmen. In jedem Bericht kam Kritik an Schüssels Aussage zum Ausdruck. Insgesamt zeigt sich, dass sich bei elf Artikeln eine sehr hinterfragende Reflexion des Schüssel-Interviews wiederfinden lässt, welcher von Beginn an viel Platz eingeräumt wurde. Die Argumentationsstrategie des *Falters* und *Profils* sind in der Causa eindeutig. Durch das Heranziehen von ExpertInnen (Anton Pelinka, Siegfried

¹⁶³ Ebenda.

¹⁶⁴ Ebenda.

Mattl) werden die wissenschaftlichen Erkenntnisse offenbart, die es erlauben, die von Schüssel in der *Jerusalem Post* getätigte Aussage zu relativieren. Faktenargumente bezeugen, dass der Ex-Bundeskanzler historisch durchaus Nachholbedarf hat. Darüber hinaus begeben sich die Medien offensichtlich in die ExpertInnenrolle und geben dem Bundeskanzler Nachhilfe in Sachen Zeitgeschichte. Sowohl *Falter* als auch *Profil* ziehen die Moskauer Deklaration als unumgehbare Dokument hinzu und berufen sich auf die historischen Tatsachen der Nachkriegszeit.

Profil ermöglicht es, zwei Oppositions-Politikern (Vranitzky und Gusenbauer) zu Wort zu kommen. Die SPÖ-Persönlichkeiten stellen somit das sozialdemokratische Geschichtsbild in den Vordergrund, das als Gegenstück zu jenem der ÖVP gesehen wird. Trotzdem bleibt auch die Kritik an der SPÖ nicht aus. *Falter* hingegen lädt den Bundeskanzler persönlich zum Gespräch und stellt dessen Sichtweise dar.

Die Analyse zeigt, dass die beiden Medien eine sehr ähnliche Herangehensweise an das Thema hatten. Es scheint, als würden sie oftmals die Rolle einer Nachhilfe einnehmen und Aufklärungsarbeit leisten. Hier ist es vor allem *Profil*, das mit sehr detaillierten Hintergrundberichten Klarheit schafft. Hinzu kommt, dass in den meisten längeren Beiträgen viele ExpertInnen zitiert werden, um die Stärke der Berichterstattung zu untermauern. *Falter* arbeitet auch viel mit satirischen Berichten. Der „Dolm der Woche“ ist ein gutes Beispiel dafür, dass sich die Redaktion über die Person Schüssel lustig macht.

Inhaltlich werden diverse andere Diskursstränge angesprochen, die mit der „Opfertheorie“ in Verbindung stehen, darunter die Jahre 1934 bis 1938, die Restitutionspolitik und auch die Vergangenheitsbewältigung der größten politischen Parteien.

8.2 FPÖ-Volksanwalt Ewald Stadler

8.2.1 Aussagen im ORF-Report im Juli 2002

Der von der FPÖ eingesetzte Volksanwalt Ewald Stadler sorgte im Juli 2002 für heftige innenpolitische und gesellschaftliche Aufregung, da er sich im ORF-Report zur Vergangenheit Österreichs sehr umstritten äußerte. *Der Standard* zitierte Stadlers Behauptung am 4. Juli 2002 wörtlich. Er sagte, dass „Österreich angeblich von Faschismus und der Tyrannei befreit worden sei.“¹⁶⁵ Mit diesen Worten setzte er die Zeit der Besatzung von 1945 bis 1955 mit jener der NS-Zeit gleich.

Die beiden zur Analyse herangezogenen Medien reagierten mit zahlreichen Artikeln, die zeigen welche Debatte durch Stadlers Äußerungen in Gang getreten wurde und welche Wichtigkeit die Auseinandersetzung mit dem Thema für die beiden Medien hat. *Profil* und *Falter* publizierten insgesamt 20 Artikel, die sich mit der Causa Stadlers und dem daraus entstandenen Diskurs beschäftigten. Die Recherche zeigt, dass Stadler bereits vor seiner Aussage im Juli 2002 aufgrund seiner Nähe zum Rechtsextremismus immer wieder in die Schlagzeilen kam. So titelt *Falter* beispielsweise im Mai 2002 „Mehr Mut zum Neonazi?“ und im Februar 2002 „Die Freiheit, die er meint“.

8.2.2 Analyse der Publikationen im Nachrichtenmagazin *Profil*

Zwischen dem 8. und dem 29. Juli erschienen im *Profil* elf Artikel, die Stadlers Meinungsäußerung als Ausgangspunkt hatten. Darunter befanden sich zwei Leitartikel, welche in den folgenden zwei Wochen publiziert wurden. Die Einbettung des Themas in den wichtigsten Teil einer Ausgabe zeigt, dass das Medium dem diskursiven Ereignis viel Platz und Aufmerksamkeit schenkt. Der erste Leitartikel wurde vom *Profil* Chefredakteur Sven Gächter geschrieben, der zweite von dem damaligen Leiter des Außenpolitik-Ressorts Georg Hoffmann-Ostenhof. Hinzu kamen zwei kurze Kommentare, zwei Artikel und ein Interview mit einem FPÖ-Politiker. Unter anderem wurde im *Profil* in der Ausgabe vom 15. Juli 2002 eine Sonderrubrik mit dem Titel „Der Fall Stadler“ eingeführt, in der sich zwei Artikel auf insgesamt neun Seiten mit der Causa Stadler befassten.

¹⁶⁵ DerStandard Redaktion, Angeblich -von RAU, online unter <<https://www.derstandard.at/story/999465/angeblich---von-rau>> am 4.7.2002, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Am **8. Juli 2002** erschien der unter dem Titel „Ist Stadler ein Nazi?“ verfasste Leitartikel von Gächter. Bereits durch die Wahl des Titels stellt dieser eine sehr provokante Frage in den Raum, welche mithilfe von verschiedenen Ansichten und Meinungen beantwortet werden soll. Der Autor zitiert die von Stadler getätigte Aussage und fügt hinzu, dass „er sich gegen die „Befreiungsideologie“, die uns übergestülpt wird“¹⁶⁶ wandte. Ein Teil des Artikels widmet sich den Reaktionen aus der österreichischen Politik und zeigt, dass sich sowohl die Opposition in Form der SPÖ als auch der Koalitionspartner ÖVP klar gegen Stadler stellten und ihn scharf zurückwiesen. In diesem Zusammenhang, so zitiert *Profil*, wird Stadler vor allem „Geschichtsrevisionismus“¹⁶⁷ vorgeworfen. Der Autor zitiert auch einige Stimmen aus der FPÖ, welche dieses Verhalten nicht dulden, der Generalsekretär Schweitzer sagt gegenüber dem *Profil*, dass „ein anderes Geschichtsbild als Herr Stadler“¹⁶⁸ vertreten wird. Der Autor kritisiert vor allem Stadler in seiner Funktion als Volksanwalt, der er nicht nachkomme, denn Gächter versteht unter den Pflichten eines Volksanwaltes „Missstände in der öffentlichen Verwaltung zu prüfen.“¹⁶⁹ Um trotzdem die Vorwürfe des falschen Umgangs mit der Geschichte mit seiner Tätigkeit in Zusammenhang bringen zu können, werden die Verfassung und die Interpretation von ÖVP-Klubchef Kohl herangezogen, welchem zufolge das „Dritte Reich“ offiziell als „Verbrecherstaat“¹⁷⁰ anerkannt wird und es die Aufgabe der österreichischen Politik sei, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um zukünftig ein ähnliches politisches System zu verhindern. Die Kritik des Autors gilt nicht Stadler als Privatperson; der Kernpunkt ist, dass dieser an seine Pflichten als Volksanwalt erinnert wird und aufgezeigt wird, dass er diesen nicht nachkommt. Weiterführend äußert er sich auch dem Staat Österreich und der Bundesregierung gegenüber sehr kritisch und beschreibt die Tatsache, dass Stadler nicht einfach so aus dem Amt geworfen werden kann als „ein trübes Licht auf die politische Verfasstheit dieser Republik.“¹⁷¹ Um die Deutlichkeit von Stadlers Aussage zu untermauern, bedient sich der Autor einer weiteren Aussage, in der Stadler bedauert, dass „wir alles niedergetrampelt [haben] an Werten, was unseren Vorvätern heilig war.“¹⁷² Gächter äußert sein Unverständnis durch eine Reihe an Fragen diese jedoch bewusst nicht und scheint damit einen Denkprozess bei seinen LeserInnen provozieren zu wollen. Gächter zieht am Ende seines Leitartikels folgendes Resümee:

¹⁶⁶ Gächter Sven, Ist Stadler ein Nazi?. In: Profil Jg.2002 Nr.28, 8.7.2002, S.9.

¹⁶⁷ Ebenda.

¹⁶⁸ Ebenda.

¹⁶⁹ Ebenda.

¹⁷⁰ Ebenda.

¹⁷¹ Ebenda.

¹⁷² Ebenda.

“Einer der prominentesten Honoratioren einer Regierungspartei darf ungestraft Meinungen vertreten, die im Widerspruch zu allem stehen, worauf das Selbstverständnis der Zweiten Republik substanziell fußt. Das ist in Wahrheit noch viel trauriger als jede ideologische Zumutung, die Ewald Stadler jemals verbreitete hat. Man muss keinen Nazi in Stadler sehen, um ihn weit weg zu wünschen.“¹⁷³

In derselben Ausgabe vom **8. Juli 2000** erschien der Artikel „Völkischer Anwalt“ von Christa Zöchling, einer Journalistin, die sich im Laufe ihrer Karriere viel mit Haider und Rechtspopulismus beschäftigt hat. Das im Artikel versteckte Wortspiel spielt auf das „völkische“ Gedankengut des Betroffenen an, der sich nicht entsprechend seiner Rolle als Volksanwalt verhält. Der zweiseitige Beitrag zeigt ein Foto des FPÖ-Politikers bei einer Sonnwendfeier und einen sehr „österreichisch aussehenden“ Mann mit Schnurrbart, Hut und einem Kind auf dem Arm. Die beiden wirken, als würden sie den Worten Stadlers gespannt lauschen. Die Autorin zitiert gleich im ersten Absatz vier Personen, die Stadlers Aussage widersprechen, darunter die Historikerin Erika Weinzierl, der FPÖ-Generalsekretär Peter Sichrovsky, der ÖVP-Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer und Muzicant. Mit diesen Persönlichkeiten hat sich Zöchling für verschiedene Perspektiven, aber auch für verschiedene politische Richtungen entschieden, die trotz ihrer unterschiedlichen Ansichten eines gemeinsam haben, nämlich, dass sie Stadlers Auffassungen nicht teilen. Der Artikel bezieht sich nicht nur auf die Debatte, welche ausgehend von Stadlers Behauptungen im ORF-Report entstanden ist, sondern erklärt auch deren Entstehungsgeschichte und wie das Filmmaterial beim ORF ankam.

Es wird aufgezeigt, dass Stadler in zwei auf den Bericht folgenden Interviews keine klare Erklärung liefern konnte und zu dem Vorfall nicht Stellung nehmen wollte. Obwohl auch kritische Töne vonseiten des Koalitionspartners kamen, zeigt die Autorin auf, dass die Karriere betreffende Konsequenzen ausblieben und Briefe der israelitischen Kultusgemeinde nicht beantwortet wurden. Im selben Absatz wird auch Kritik am generellen Umgang der FPÖ mit der NS-Zeit geübt, ferner wird Haiders Interview in der ZiB2 erwähnt. Es soll beispielhaft aufzeigen, dass es sich bei Stadler nicht um einen „Einzelfall“ handelt. Zu diesem Zweck hat die Autorin in einer extra Spalte einige andere Aussagen von Stadler veröffent-

¹⁷³ Ebenda.

licht, die mehr von ihm zeigen sollen als „bloß“ die Aussage im Report. Diese sind fett geschrieben und stechen deutlich ins Auge der LeserInnen. Zöchling räumt auch den UnterstützerInnen von Stadler Platz ein. So werden wichtige Persönlichkeiten aus der FPÖ zitiert, wie beispielsweise der ehemalige Abgeordnete John Gudenus, bereits des Öfteren unter öffentlicher Kritik standen. Trotzdem sind es vor allem die KritikerInnen, die den Artikel dominieren sowie deren Forderungen nach Konsequenzen. Die persönliche Meinung der Autorin wird deutlich als sie schreibt, dass Stadlers nachgebrachte Entschuldigung beziehungsweise Verharmlosung in ihren Augen „nicht nach ganz innerer Überzeugung“¹⁷⁴ klingt.

Um eine Antwort auf Stadlers Einstellung zu finden, befasst sich der Artikel mit der Vergangenheit des Politikers. Es wird festgehalten, dass bereits dessen Eltern in der FPÖ waren und, dass die Ideologie später über eine Burschenschaft weitergegeben wurde Stadler in dieser Zeit enger Vertrauter Haider wurde. Bereits zu diesem Zeitpunkt, so zeigt die Autorin auf, war

„er als Rechtsaußenstürmer aufgefallen, der wehrhaftes Christentum, Arbeitsdienst für Frauen oder krude Verschwörungstheorien propagierte; der Haider beistand, wenn der Chef SS-Veteranen gewürdigt oder die „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ gelobt hatte.“¹⁷⁵

Auch vonseiten der Republik und der Verfassung wird Bedauern ausgesprochen, dass es „leider“ keine Möglichkeiten gibt, einen Volksanwalt mit diesem Gedankengut einfach so abzusetzen. Dies darf als Appel wahrgenommen werden, um die grundlegenden Abläufe in der Republik zu überdenken und sich besser gegen rechtsextremes Gedankengut in der Politik zu schützen.

Am **15. Juli 2002** publizierte *Profil* in seiner Rubrik „profil-Umfrage“ die Meinung der ÖsterreicherInnen zu Stadlers Rücktritt. Demnach sprachen sich 30 Prozent für einen Rücktritt aus, 39 Prozent fanden dies nicht notwendig und 21 Prozent gaben an, dass er/ sie dazu keine Meinung dazu hat. *Profil* veröffentlichte auch, dass Stadler in „seiner neuen Heimat Niederösterreich“ mehr Rückenwind bekäme und sich nur 32 Prozent der Befragten seinen

¹⁷⁴ Zöchling Christa, Völkischer Anwalt. In: Profil Jg. 2002 Nr. 28, 8.7.2002, S.30-31.

¹⁷⁵ Ebenda.

Rücktritt wünschen. Auch am **15. Juli 2002** erschien unter dem Titel „Bewusste Tabuverletzung“ ein Interview mit FPÖ-Generalsekretär Sichrovsky, der Stadler öffentlich für sein Verhalten kritisierte. Sichrovsky verurteilt in diesem Gespräch nicht nur Stadler selbst, sondern auch die eigene Partei; ihm gehe „es auf die Nerven, dass die Österreicher als einziges Volk in Europa nicht imstande sind, drei Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg diese Zeit historisch in korrekter Weise auszuarbeiten.“¹⁷⁶ Der Journalist Otmar Lahodynsky ergänzte, dass Stadler in einer Ausgabe der Wochenzeitschrift *Format* darauf hinwies, dass „die NS-Zeit und die Besatzungszeit (...) wie Pest und Cholera“¹⁷⁷ seien. Die Reaktion des Befragten ist für einen Parteikollegen ziemlich überraschend, denn er wirft Stadler bewusste Provokation oder ein Missverständnis von Demokratie vor. Für Sichrovsky selbst liegt das Problem jedoch nicht in der FPÖ alleine, denn er prangert auch die Grünen sowie den Minister Dieter Böhmdorfer an. Er vermerkt, dass es ein gesamtgesellschaftliches Phänomen sei, das vor Parteigrenzen nicht Halt machen würde und, dass es sich um ein in Europa einmaliges Problem handeln würde. Die weiteren Interviewfragen beziehen sich auf Haider sowie auf dessen Freundschaft zum Irak und streifen die Affäre Stadler nicht mehr. Jedoch wird in dem Interview deutlich, dass die FPÖ nicht geschlossen hinter jedem Parteimitglied steht. Innerparteilich wird von einigen doch auch Kritik an Personen geübt, die einen „falschen“ Umgang mit der Vergangenheit pflegen.

Am **15. Juli 2002** erschien in der eigens eingerichteten Rubrik „Der Fall Stadler“ der von Zöchling verfasste Artikel „Verdrängungswettbewerb“. Das Hauptthema des Textes ist der Umgang der FPÖ mit dem Nationalsozialismus. Die am häufigsten erwähnten Politiker sind Stadler und Haider. Hierzu wird die Hälfte des dreiseitigen Berichts für eine Reihe von Zitaten von FPÖ-Politikern, ausgehend von Haider bis Stadler genutzt, die das Geschichtsverständnis der Partei widerspiegeln. Anhand von 16 Beispielen, die aus der Zeit zwischen 1985 und 2002 stammen, soll der LeserInnenschaft gezeigt werden, dass es sich um eine fortlaufende Problematik innerhalb der Partei handelt, die sich nicht mit dem mühsam erarbeiteten Geschichtsbild der 1990er Jahre anfreunden kann oder möchte. Die Zitate sind fett gedruckt und dominieren den Artikel eindeutig. Nebenbei zeigen einige Bilder den Überfall der NS-Truppen auf Polen im September 1939, den englischen Premierminister Winston Churchill sowie Haider am Ulrichsberg. Dem Artikel nach habe die FPÖ ein „Problem mit

¹⁷⁶ Lahodynsky Otmar, Bewusste Tabuverletzung. In: Profil Jg.2002, Nr.29,15.7.2002.

¹⁷⁷ Ebenda.

deutscher Kriegsschuld, Kriegsverbrechen, Widerstand, Wehrmacht und Befreiung.“¹⁷⁸ Zu Beginn erwähnt die Autorin Stadlers Distanzierung zu seiner Aussage, sie betont jedoch, dass er keinen Abstand zu seiner Gleichsetzung von NS-Zeit und Besatzungszeit nach 1945 einnehmen würde. Haider's Unterstützung wird im Text als Schulterschluss dargestellt und da es sich mit Haider um einen der wichtigsten Politiker handelt, kann es mit dem Rückhalt der gesamten FPÖ gleichgesetzt werden. Doch räumt die Autorin auch kritische Stimmen ein und zitiert Peter Westenthaler, dessen Meinung sie eindeutig versteht, indem sie schreibt: „Und man kann es Westenthaler nicht verdenken, dass er kurzfristig eine neue Partei durchsetzen versucht (...).“¹⁷⁹

Zöchling kritisiert nicht nur Stadler, sondern richtet sich vielmehr gegen die ganze FPÖ. Sie nimmt Bezug auf Ereignisse, die eine ähnliche Diskussion hervorbrachten. Sie nennt unter anderem Haider's provozierende Aussage und schreibt, dass es sich beim „heutigen Grundkonsens der Zweiten Republik (...) um ‚antifaschistisches Geschwätz‘“¹⁸⁰ handelt und, dass Haider Claus Schenk Graf von Stauffenberg nicht als Held sehe. Sie versucht eine Erklärung für die aktuellen Probleme zu finden und beginnt mit ihrer Suche in den Anfängen der Partei nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Sie kommt zum Schluss „die Freiheitlichen [haben] als einzige Nachkriegspartei den ohnehin sehr ambivalenten Grundkonsens der Zweiten Republik nie akzeptiert. Sie haben sich als Gegenthese dazu gegründet und geschworen den ehemaligen Nazis eine Stimme zu geben.“¹⁸¹ Im gleichen Atemzug richtet Zöchling ihre Kritik aber auch gegen die anderen Parteien. Diesen wirft sie vor, dass sie auch die eigene Geschichte nicht ordentlich aufgearbeitet haben. Das Aufzeigen von anderen Parteisituationen belegt, dass sich die Autorin um ein Bild bemüht, welches die FPÖ nicht als „Einzeltäterin“ darstellt, sondern, welches auch ihre NebenbuhlerInnen in die Verantwortung holt.

Ein wichtiges Indiz für die Haltung der FPÖ-Politiker, so die Autorin, ist die Prägung vonseiten der Familie und der Freiheitlichen Bildungsakademie. Letztgenannte hätten bis in die 1990er Jahre falsche Informationen und einseitige Narrative gelehrt. Stadler und Haider verbinden familiäre Parallelen, denn beide wurden von Kindheitstagen an in einer Welt erzogen, in welcher dem Gedankengut der FPÖ viel Platz eingeräumt wurde. Bei Stadler

¹⁷⁸ Zöchling Christa, Verdrängungswettbewerb. In: Profil Jg.2002 Nr.29, 15.7.2002, S.20-22.

¹⁷⁹ Ebenda.

¹⁸⁰ Ebenda.

¹⁸¹ Ebenda.

kommt der interessante Aspekt hinzu, dass seine Eltern eigentlich Nazi-GegnerInnen waren, sich jedoch auch schnell der FPÖ zuwandten. Ferner steht für die Autorin fest, dass sich durch den Einzug der FPÖ in die Regierung die Wahrnehmung der Geschichte verändert hat. „Ob es um Entschädigungen für Kriegsgefangene oder Sudetendeutsche geht, man wird keinen freiheitlichen Bierzeltredner finden, der diese Forderung nicht mit Verweis auf die Restitution der Juden oder Zwangsarbeiter anheizt.“¹⁸² Resümierend stellt Zöchling fest, dass die freiheitliche Partei ihren Umgang mit der Geschichte veränderte, dass die ideologischen Muster dahinter jedoch dieselben geblieben sind. Die FPÖ hätte sich zu einer Partei entwickelt, die nicht nur die ehemaligen NationalsozialistInnen beherbergt, sondern, die ihre Türen auch für „alle Opfer der sogenannten Siegermächte“¹⁸³ geöffnet hat.

Ein mit dem Artikel erschienenenes Interview mit dem Zeithistoriker Gerhard Jagschitz unter dem Titel „Rechter Rand“ stellt Stadlers Aussage und die FPÖ aus einem anderen Blickwinkel dar. Für den Historiker ist Stadler ein Politiker, der „die Tradition des Geschichtsbildes der FPÖ“¹⁸⁴ fortsetzt und „Geschichtsrevisionismus“¹⁸⁵ betreibt. Die Einstufung von Jagschitz geht sogar so weit, dass er Stadlers Ansichten mit jenen von „verschiedenen Neonazigruppen“ vergleicht. Die *Profil*-Journalistin stellt die in den Medien von Stadler getätigte Aussage dar und die damit verbundene Theorie, dass er keine Vergleiche ziehen möchte. Dem widerspricht der Historiker und wirft Stadler vor, dass er dies durchaus tut. Durch die Perspektive aus der er spreche, nämlich jene der Opfer, ziehe er einen Vergleich zwischen dem Nazi-Regime und der Besatzungszeit Österreichs. Der Experte gibt der Partei am Schluss den Tipp, dass sie sich von ihrem immer wiederkehrenden Geschichtsbild trennen sollte, um an Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Durch den kritischen Ton und Erklärungen anhand von sich wiederholenden historischen Mustern innerhalb der Partei zeigt das Interview deutlich, dass sich der Historiker als Kritiker Stadlers positioniert.

8.2.3 Analyse der Publikationen in der Wochenzeitung *Falter*

Im Zeitraum vom 10. Juli bis zum 30. Oktober 2002 erschienen im *Falter* acht Artikel, die sich mit der Causa Stadler beschäftigten. Darüber hinaus wurde Stadler in einem *Falter*-

¹⁸² Ebenda.

¹⁸³ Ebenda.

¹⁸⁴ Jagschitz Gerhard, Rechter Rand. In: *Profil* Jg.2002 Nr.29, 5.7.2002, S.22.

¹⁸⁵ Ebenda.

Extra vom 18. Dezember 2002 in der Rubrik „Die 100 bösesten Österreicher“ aufgrund seiner Auffassung der Geschichte auf Platz 15 gewählt. Unter den acht Publikationen fanden sich fünf Artikel in der Rubrik „Politik“, ein Sommergespräch mit der FPÖ-Chefin und Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer sowie ein Vorwort und ein Kommentar in einem *Falter*-Extra. Im Vergleich zum Nachrichtenmagazin *Profil* fällt auf, dass *Falter* dem Ereignis weniger Aufmerksamkeit schenkte und, dass sich kein Leitartikel dem Thema gewidmet hat.

Am **10. Juli 2002** erschien in der Rubrik „Politik“ der Artikel „STANDPUNKT: Stadler, die Ente“. Er nimmt Bezug auf den im *Profil* erschienen Leitartikel „Ist Stadler ein Nazi?“ vom 8. Juli desselben Jahres. Die Redaktion macht sich offensichtlich über den FPÖ-Politiker lustig, indem sie zu Beginn auf folgenden „erkenntnistheoretischen Grundsatz“ zurückgreift: „Was aussieht wie eine Ente, watschelt wie eine Ente und quakt wie eine Ente, ist eine Ente.“¹⁸⁶ Als Einstieg wird die von Stadler vertretene Ansicht eingebracht, dass er die Verbrechen grausamer Regime ablehnt. *Falter* zeigt jedoch auf, warum dem nicht so ist und welche Einstellungen Stadler teilt. Thema ist seine Interpretation der Befreiung Österreichs durch die Alliierten 1945 und die daraus resultierende falsche Sichtweise der historischen Ereignisse. Ein Vergleich mit dem deutschen Neonazi Horst Mahler soll zeigen, welche schwerwiegenden Ansichten der FPÖ-Volksanwalt vertritt und wie gravierend falsch seine Einstellung gegenüber der österreichischen Vergangenheit ist. Die Aussagekraft der Behauptung wird durch Zitate Mahlers unterstrichen, denn die „Vernichtung der Juden“ und die „Überfremdung des Volkskörpers“¹⁸⁷ gehören zu dessen Sprachgebrauch.

Das Fazit des Beitrages ist eindeutig: „Er sieht aus wie eine braune Ente, watschelt wie eine braune Ente, quakt wie eine braune Ente. Ewald Stadler ist eine braune Ente.“¹⁸⁸ Durch die bewusste Verwendung des Adjektivs „braun“ wird Stadler vom *Falter* eindeutig als Neonazi angesehen, auch wenn dies nicht ausgesprochen wird. Die Personifikation Stadlers kann in verschiedene Richtungen interpretiert werden, denn eine Ente hat sowohl niedliche und unschuldige wie auch dumme, einfältige und achtlose Charakteristika. Ausgehend von dieser Schlussfolgerung darf davon ausgegangen werden, dass sich *Falter* als klarer Gegner Stad-

¹⁸⁶ Falter Redaktion, STANDPUNKT: Stadler, die Ente, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20020710/standpunkt-stadler-die-ente/1922030008>> am 10.7.2002, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

¹⁸⁷ Ebenda.

¹⁸⁸ Ebenda.

lers positioniert und diesen für sein Verhalten kritisiert. In dem kurzen Kommentar wird Stadlers BefürworterInnen kein Platz eingeräumt. Aufgrund der Länge werden im Laufe des Beitrags keine anderen diskursiven Ereignisse angesprochen.

Am **17. Juli 2002** erschien unter dem Titel „Schlacht der Ideologien“ der Kommentar von Erich Klein, der sich intensiv mit der Besetzung Österreichs nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in seinem Werk „Die Russen in Wien - die Befreiung Österreichs“ beschäftigte. 2013 erhielt er den Staatspreis für Literaturkritik, daher kann er als kritischer Geist gesehen werden.

Bevor der Autor auf das diskursive Ereignis eingeht, spricht er sich bereits im zweiten Satz seiner These für die Schaffung von einem „Haus der Geschichte“ aus und signalisiert, dass die Aufarbeitung der Historie in Form eines eigens dafür geschaffenen Museums von gesellschaftlicher Notwendigkeit ist. Interessant ist, dass sich Klein von Anfang an nicht namentlich auf die Causa Stadler bezieht, sondern diese mit der „Diskussion um durch die Befreiung durch die Alliierten“¹⁸⁹ betitelt. Um zu zeigen, dass Wien beziehungsweise Österreich tatsächlich von den GegnerInnen des NS-Regimes befreit wurde, zieht er nationalsozialistische Plakate zur Hand, die im April 1945 massenhaft in Wien angebracht wurden und zitiert: „Wehrt Euch! Kampf bis zum Sieg! Kapitulation niemals!“¹⁹⁰ Der Autor äußert von Beginn an seinen Unmut über die Diskussion. Provokativ leiht er sich für die Beurteilung der Gesamtsituation ein Zitat des Schriftstellers Karl Kraus aus und schreibt: „Die wahre Metaphysik besteht darin, dass einmal Ruhe sein wird. Die Auferstehung der Fleischer widersteht ihr.“¹⁹¹ Mit Hilfe dieser Wörter analysiert und beurteilt er die Geschichtspolitik der Zweiten Republik. Auffallend ist, dass er hierbei auf keine Partei speziell eingeht. Unter anderem wirft er der Republik nach 1945 vor, dass das Bild von Leopold Figl nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages erfunden wurde. Der Bezug zu anderen diskursiven Strängen, die sich vor allem mit einem korrekten Umgang mit der Vergangenheit beschäftigen, wird mehrfach hergestellt und zeigt, dass es sich um ein Thema handelt, welches für viele Kontroversen und Debatten in der Öffentlichkeit gesorgt hat. Neben der Kritik an der allgemeinen Geschichtsinterpretation nimmt der Autor speziell Stellung zu jener der FPÖ und zeigt auf, dass

¹⁸⁹ Klein Erich, Schlacht der Ideologien, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20020717/schlacht-der-ideologien/> 1840400016> am 17.7.2002, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

¹⁹⁰ Ebenda.

¹⁹¹ Ebenda.

sich diese mit einigen historischen Ereignissen sehr abmüht und diese anders interpretiert. Er nennt sie „Geschichtsspekulationen“¹⁹² und deutet damit bereits an, dass er diese Narrative als nicht wissenschaftlich korrekt ansieht. Für die Freiheitlichen, so schreibt Klein, handelt es sich bei „Hitlers Überfall auf die Sowjetunion, um den größten Vernichtungskrieg aller Zeiten, als einen Teil des Präventivkrieges gegen den Bolschewismus“ oder „Stalingrad ist nach dieser Logik „ein Walkürenritt für europäische Kultur und Werte.“¹⁹³ In diesem Sinne deutet die Partei heutige Gedenktage um.

In seiner Argumentation arbeitet der Verfasser mit Zahlen und Fakten, dadurch gelingt es ihm, die historischen Momente klar darzustellen. Aus diesem Begriff macht er eine Eroberung, denn in den Augen der Sowjets handelte es sich nicht um eine Befreiung, sondern um eine Eroberung, wie anhand von Medaillen der Roten Armee gezeigt werden kann. Damit zeigt er, dass Geschichtsbilder auch immer eine Frage der Perspektive sind und bringt einige davon ins Spiel. Vonseiten der FPÖ würde immer wieder versucht den Sowjets den Prozess zu machen. Auch Klein sieht in ihnen nicht nur Heilige, doch kritisiert er diese Versuche scharf, da die von der Roten Armee getätigten Übergriffe „angesichts der tatsächlichen Opfer (...) nicht nur zweifelhaft; zumeist sind sie auch falsch.“¹⁹⁴ In einem weiteren Teil widmet sich der Kommentar der österreichischen Politik und ihres „instinktiv“ vorsichtigen Umgangs, besser gesagt Nicht-Umgangs, mit der Vergangenheit. Klein erklärt die politischen Strategien, die es ermöglichten, das Thema möglichst wenig zu behandeln und sich stattdessen auf andere und für Österreich durchaus positivere historische Ereignisse zu stützen. Er bemängelt eine grundsätzliche Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges und beschreibt auf ironische Art die Begeisterung Karl Renners 1945 für den Sozialismus. Dafür zitiert er einen Teil eines Briefs von Renner an Josef Stalin. Kleins Resümee fällt sehr reflektiert und doch ein wenig pessimistisch aus, denn er zieht aus der Debatte folgenden Schluss:

„Provokationen, so dumm sie auch sein mögen, funktionieren immer wieder gut und so lange, solange Österreich nicht jenes Maß an rationaler Aufarbeitung von Geschichte leistet, in der nicht durch abwechselnden Perspektivenwechsel eine Opfergruppe gegen die andere ausgespielt wird. Kriegstote gegen Opfer der Repression,

¹⁹² Ebenda.

¹⁹³ Ebenda.

¹⁹⁴ Ebenda.

politischer Widerstand gegen Opfer des Holocaust, tote Zivilisten gegen Vertriebene.“¹⁹⁵

Der Schluss des Kommentars widmet sich erneut dem Ruf nach einem Haus der Geschichte, in dem es zu einer Darstellung der gesamten Ereignisse kommt. Der Autor appelliert an die Verantwortlichen, dass sie endlich die notwendigen Schritte setzen sollen, um einen konkreten Plan etablieren zu können. Auffällig ist, dass vor allem Faktenargumente verwendet werden, um die Aussagen und Ansichten der FPÖ sowie der österreichischen Politlandschaft zu entkräften und die historischen Ereignisse aus einer Sichtweise darzustellen, in welcher Österreich Täter war und vom Nazi-Regime im Jahr 1945 befreit wurde.

Am **17. Juli 2002** publizierte Armin Thurnher das Vorwort der Ausgabe und betitelt sie „Rülpser mit System“. Hierzu lässt sich sagen, dass es der direkteste und kritischste Beitrag ist, der im Zusammenhang mit der Causa Stadler zur Analyse herangezogen wurde, denn die Wortwahl ist sehr scharf und prägnant gewählt. *Falter* wählte das Thema für sein Editorial und zeigt somit, dass dieses für die Wochenzeitung von großer Bedeutung ist. Bereits die erste Erwähnung Stadlers zeigt die Meinung des Autors in Bezug auf den FPÖ-Volksanwalt. Der Gebrauch des Adjektivs „fürchterlich“ ist ein eindeutiges Indiz dafür, dass *Profil* sich nicht schützend vor Stadler stellt oder dessen Aussagen verteidigt. Ganz im Gegenteil, es wirkt, als wolle er der österreichischen Bevölkerung zeigen, welche Gefahr der Volksanwalt und die dahinterstehende Partei für den Umgang mit der Vergangenheit bedeutet. Die ersten drei Sätze des Artikels beginnen mit „wir“ und vermittelt den LeserInnen das Gefühl, dass viele Personen die Meinung des Verfassers vertreten. Gleichermäßen symbolisiert das verwendete „wir“ auch eine große Opposition. Der Chefredakteur stellt fest, dass die FPÖ immer wieder versucht die „Linie des Sagbaren“¹⁹⁶ zu überschreiten. Er spricht in diesem Zusammenhang von einem „Treibsand der österreichischen Zeitgeschichte“ in dem die Linie „ohnehin nur unklar (...) im Sand erkennbar war.“¹⁹⁷ Damit spielt er darauf an, dass es in der österreichischen Gesellschaft keine eindeutige Trennlinie gibt, welche die symbolische Kraft hat nicht überschritten zu werden.

¹⁹⁵ Ebenda.

¹⁹⁶ Profil Armin, Rülpser mit System, online unter <https://www.falter.at/zeitung/20020717/ruelpser-mit-system/_1840400004> am 17.7.2002, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

¹⁹⁷ Ebenda.

Schritt für Schritt entkräftet der Autor die von Stadler vertretene Meinung, indem er sowohl auf Fakten basierend argumentiert, aber auch indirekte Argumente einbringt und Stadler und dessen Aussagen angreift und seine Ansichten widerlegt. Den von Stadler gebrachten Vergleich des NS-Regimes mit der Besatzungszeit durch die Rote Armee hebt er auf, indem er vor allem den systematischen Charakter der NS-Vernichtungsmaschinerie betont. Die Schuld an der Situation in Europa während des Zweiten Weltkrieges wird dem „Dritten Reich“ zugeschrieben. Er erwähnt auch den „Vernichtungskrieg, die industrielle Massenvernichtung von Juden, politischen Gegner und unliebsamen Minderheiten“¹⁹⁸ und zieht somit eine klare Linie zwischen den NationalsozialistInnen und der Roten Armee. Der Sowjetunion schreibt er die Rolle des Eroberers und Befreiers zu, das Wort „Besatzung“ kommt in *Profils* Vorwort nicht vor. Die Argumentation wird durch eine genaue Beschreibung der Situation nach 1945 untermauert und vergleicht deren Vorgehensweise mit jener der NationalsozialistInnen im Jahr 1938. So erlaubten die Sowjets „freie Wahlen“ und waren auf demokratischem Weg zur Unterzeichnung der österreichischen Neutralität gebracht worden.

Der Autor zitiert unter erneuter Verwendung des Adjektivs „furchtbar“ Stadlers Brief an den Bundespräsidenten, in dem er behauptet:

„Im Vertrauen auf die Moskauer Deklaration aus 1943 haben sich aber viele Österreicher durch die alliierten Mächte für unser Land eine Befreiung erwartet, wie sie anderen besetzten europäischen Staaten zuteil wurde, etwa Frankreich...“.¹⁹⁹

Auch hier bedient sich der Autor einer historischen Korrektur und zeigt auf, dass sich die beiden Länder dem NS-Regime gegenüber unterschiedlich verhalten haben. Österreich wehrte sich nicht militärisch, sondern „man hörte nur, von Linz bis Wien, den Jubel der Massen.“²⁰⁰ Die Ansichten Stadlers werden mit „landläufigem Biertischgerülpse“²⁰¹ verglichen, die als unreflektierte und einfache Meinungen gesehen werden, mit dem Unterschied, dass Stadler ein Volksanwalt ist. Die UnterstützerInnen und KritikerInnen aus der freiheitlichen Partei werden genannt, jedoch wird den unterstützenden Stimmen mehr Platz eingeräumt und die Glaubhaftigkeit von FPÖ-Politikern wird hinterfragt. Um die Ambivalenz deutlich zu

¹⁹⁸ Ebenda.

¹⁹⁹ Ebenda.

²⁰⁰ Ebenda.

²⁰¹ Ebenda.

machen, wählt der Autor das Beispiel von Ernest Windholz, der für die Verwendung des SS-Mottos von der Partei als unmündig erklärt wird, sich in der Causa Stadler jedoch schützend vor den Beschuldigten stellt. Die provokante Frage *Profils* „Jetzt auf einmal kann er Geschichte?“²⁰² soll die LeserInnen zum Nachdenken anregen und zeigt gleichzeitig, dass der Autor nicht vom Wandel von Windholz überzeugt ist. Die Tatsache, dass die FPÖ in der Regierung ist nennt der Autor „Peinlichkeit“, jedoch „mehr als peinlich, dass die ÖVP sich nicht aus deren Geiselhaft befreit“; und als „unerträglich“²⁰³ bezeichnet er, dass die RepräsentantInnen der FPÖ und ihre Aussagen ungestraft bleiben und, dass sie ihre Ämter immer noch ausführen. Hierzu bedient er sich der Komparation. *Profil* zieht folgendes Fazit: „Der schwarze Zwang zum erheuchelten Konsens ermöglicht den Blauen, ihre verlogenen Dissens aufrechtzuerhalten. Dafür brauchen sie ihren Revisionismus. Genieren für ihn dürfen sich die ändern.“²⁰⁴

Die *Falter* Ausgabe vom **24. Juli 2002** setzte mit dem Vorwort „Geschichte, revisionisted“ von Hannes Swoboda das zweite Vorwort, welches die Causa Stadler als Hauptthema und Ausgangspunkt für eine Diskussion wählte. Bei dem Verfasser handelt es sich um den Leiter der SPÖ-Delegation zum Europäischen Parlament, der auch die Rolle des Vizepräsidenten der SozialdemokratInnen im Europäischen Parlament innehatte. Dieser Gastkommentar zeigt, dass *Falter* der Opposition, in diesem Fall nicht nur der journalistischen, sondern auch der politische, sehr viel Platz einräumt und Swobodas Meinung an die Spitze der Ausgabe stellte. Mit dem Satz „Hätte die FPÖ nicht 27 Prozent der Wählerstimmen, könnte man ihr Geschichtsverständnis als skurrile Dummheit abtun“²⁰⁵ beginnt Swoboda seine Argumentation und wirft der Partei als Gesamtheit vor die Phase der Besatzung von 1945 bis 1955 als „Tyrannei“ zu deuten. Der Autor wagt einen speziellen historischen Vergleich verschiedener Situationen, um zu erklären, warum Stadlers Aussagen nicht der historischen Wahrheit entsprechen. So kommt es in diesem Beitrag zur Vermischung von Diskurssträngen, die trotzdem ähnliche Themen behandeln und für die Aufarbeitung von Vergangenem von großem Interesse sind. Er wählt das Beispiel der Vertreibung in Europa im 20. Jahrhundert und erklärt, basierend auf verschiedensten Ereignissen, unter anderem basierend auf der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei oder auch der Griechen und der Türken,

²⁰² Ebenda.

²⁰³ Ebenda.

²⁰⁴ Ebenda.

²⁰⁵ Swoboda Hannes, Geschichte, revisionisted, online unter <https://www.falter.at/zeitung/20020724/geschichte-revisionisted/_2021050006> am 24.7.2002, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

dass eine ähnliche Situation dank des europäischen Fortschritts heute nicht mehr möglich sei. Der Autor führt an, dass „der Fortschritt in der Geschichte (...) niemals dazu verwendet werden [kann], Geschichte rückgängig zu machen.“²⁰⁶ Dies hätte zur Folge, dass Wunden aufgerissen werden, die nicht geheilt werden können. In diesem Zusammenhang kritisiert er die FPÖ, welche die Beneš-Dekrete als „Völkermorddekrete“ bezeichnet, denn solche Aussagen würden nicht zu einer korrekten Aufarbeitung der Vergangenheit führen. Spricht er von der österreichischen Geschichte, so ist folgende Charakterisierung besonders zu beachten:

„Jeder einigermaßen ehrliche und geschichtsbewusste Österreicher müsste zuallererst an die Vernichtung und Vertreibung durch Nazideutschland, zu dem ja auch „Österreich“ gehört hat, denken.“

Die FPÖ wurde in dem Artikel bereits mehrmals kritisiert und nun wird ihr auch zum Vorwurf gemacht, dass ihre Politiker keine ehrlichen und geschichtsbewussten Personen wären. Ansonsten wüssten sie richtig mit dem NS-Regime und der damit zusammenhängenden historischen Verantwortung umzugehen. Im selben Atemzug erwähnt er mit der Restitutionspolitik eines der Prestigeprojekte der Schwarz-Blauen Regierung. Er schreibt ihr aber nur einen geringen Wert an „Wiedergutmachung“ zu, denn „was ein verbrecherisches Regime unschuldigen Menschen angetan hat“²⁰⁷ ist in seinen Augen nicht wiedergutzumachen. Die Verwendung des Adjektivs „unschuldig“ kann so gedeutet werden, dass der Autor besonders großen Wert darauf legt, dass der meist unbewaffnete Charakter der Zivilbevölkerung unterstrichen wird. Dass sich die freiheitliche Spitze ein anderes Geschichtsbild angeeignet hat, belegt der Autor durch das Beispiel des 8. Mai, den sie nicht als Tag der Befreiung, sondern als „Tag der totalen Niederlage“²⁰⁸ feiern. Grundsätzlich lautet der Vorwurf, dass Stadler und dessen politisch Gleichgesinnte viele historische Fakten nicht berücksichtigen wollen. Erneut dienen die Beneš-Dekrete als Beispiel. Anhand dieser zeigt der Autor auf, dass sie eine andere Entstehungsgeschichte haben, welche nicht einfach umgedeutet werden kann. Deshalb müssten sich die FPÖ-Politiker des Geschichtsrevisionismus bedienen - so wird Österreich kurzerhand zum Opfer und die Tschechen werden für schuldig erklärt.

²⁰⁶ Ebenda.

²⁰⁷ Ebenda.

²⁰⁸ Ebenda.

Um dieses Verhalten nicht ohne Konsequenzen zu lassen, setzte sich Swoboda für ein Gutachten im Europäischen Parlament ein, welches zeigen soll, ob die Beneš-Dekrete noch Auswirkungen bis in die Zukunft haben. Er zeigt somit auf, welche Möglichkeiten es gibt, um „tatsächliche Wahrheitsfindung“²⁰⁹ durchzuführen. Das Resümee des Autors fällt sehr nüchtern aus und erinnert bezüglich der Wortwahl an diverse andere Reaktionen der beiden Medien in Bezug auf die Causa Stadler. „Wer aber die Wahrheit gar nicht kennen möchte und sie propagandistisch ins Gegenteil verkehrt, verliert jeden Anspruch, an diesem Dialog teilzunehmen.“²¹⁰

Am **7. August 2002** baten die damaligen *Falter* JournalistInnen Nina Horaczek und Gerald John die FPÖ-Chefin und Vizekanzlerin zum Falter-Sommergespräch, welches im Volksgarten Pavillon in Wien stattfand. In der *Falter*-Ausgabe erschien das Interview unter dem Titel „Muss nichts ausbaden“. Die Hauptthemen des Interviews sind die Causae Gauggs, Stadler und Haider. Die Vizekanzlerin bezeichnet sich selbst als Person, die Ruhe ausstrahlt, was eine Anspielung auf die hitzige Debatte um den Volksanwalt sein kann. Im Verlauf des Gesprächs versucht sie Stadler zu verteidigen, verweist auf dessen offizielle Entschuldigung und behauptet er „hat sich so ausgedrückt, dass er bewusst missverstanden werden konnte.“²¹¹ Es geht darum, dass Österreich seine Nachkriegszeit ebenso wenig aufgearbeitet hat wie seine „Kriegsvergangenheit.“²¹² Das gebrachte Argument ist in der doch sehr langen und intensiven medialen Auseinandersetzung sehr interessant, denn in keinem Artikel wurde von einer FPÖ-Persönlichkeit, welche sich für Stadler einsetzte, die nicht vorhandene Bewältigung der Besatzungszeit als Interpretation von dessen Aussage herangezogen.

Die Autorin und der Autor geben trotz der kurzen Erklärung nicht nach und zitieren Stadlers Vergleich um die Eindeutigkeit seiner Aussage zu unterstreichen. Damit zeigen sie, dass es schwer ist, diese Wörter anders zu deuten. Auch die Vizekanzlerin schafft es nicht, sich klar zu positionieren und sich von Stadlers Weltbild zu distanzieren. In ihren Augen kann man die Besatzungszeit und den Nationalsozialismus nicht miteinander vergleichen, trotzdem

²⁰⁹ Ebenda.

²¹⁰ Ebenda.

²¹¹ Horaczek Nina, John Gerald, Muss nichts ausbaden, online unter <https://www.falter.at/zeitung/20020807/muss-nichts-ausbaden/_1901360012> am 7.8.2002, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

²¹² Ebenda.

hat „Beides (...) großes Leid über die Menschen gebracht.“²¹³ Auf die Opfer vom „Dritten Reich“ geht sie in ihrer Erklärung nicht weiter ein, vielmehr sympathisiert sie mit der österreichischen Bevölkerung nach 1945 und unterstreicht erneut, dass diese „sehr gelitten hat.“²¹⁴ Die Art der Fragestellung zeigt, dass auch Horaczek und John nicht sehr von Riess-Passers Positionierung überzeugt sind. Sie fragen Riess-Passer: „Halten Sie die alliierte Besatzungszeit nun für eine Tyrannei?“²¹⁵ Die Antwort fällt ähnlich aus wie jene zuvor. Obwohl eindeutig von Besatzung gesprochen wird, steht das Leid der österreichischen Bevölkerung im Vordergrund und die „echte“ Befreiung Österreichs symbolisiert das Jahr 1945 für die FPÖ-Politikerin nicht. Der Rest des Interviews streift diskursive Ereignisse, die mit der Vergangenheitsbewältigung zu tun haben und fokussiert sich stark auf die Person Haider und dessen provokative Aussagen. Horaczek und John zeichnen sich dadurch aus, dass sie den Fall Stadler kritisch hinterfragen und sich nicht mit kurzen Antworten zufriedengeben. Mit Riess-Passer hat *Falter* ähnlich wie bei Schüssels Interview in der *Jerusalem Post* eine der wichtigsten FPÖ-VertreterInnen zu Wort kommen lassen und präsentiert der Leserschaft eine direkte Konfrontation mit den Verantwortlichen.

8.1.4 Zusammenfassung der Reaktionen auf die Causa-Stadler

Die nähere Auseinandersetzung mit den Artikeln der beiden Medien ergibt, dass Stadler in allen Beiträgen heftig kritisiert wird und ihm kein Verständnis für seine Aussage entgegengebracht wird. Es zeigt sich, dass die Causa von großer Bedeutung ist, denn *Profil* widmet ihr eine eigene Rubrik mit dem Titel „Der Fall Stadler“ und publiziert diesbezüglich gleich zwei Leitartikel.

Um der Causa Stadler viel Bedeutung für den allgemeinen Umgang mit der Vergangenheit in der FPÖ einzuräumen, arbeiten diverse Artikel der beiden Medien mit bereits gebrachten Aussagen und zitieren diese in den Texten. Optisch werden sie oftmals außerhalb des Fließtextes fett gedruckt dargestellt, wodurch sie deutlich mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Darüber hinaus spielen Zahlen und Fakten eine wichtige Rolle in der Richtigstellung der Aussage. Anhand von traurigen Beispielen werden die Gräueltaten der NationalsozialistInnen dargestellt, um aufzuzeigen, dass Stadlers Geschichtsbild nicht der historischen Wahrheit entspricht. *Falter* zitiert beispielsweise auch in Wien hängende Plakate aus dem Jahr

²¹³ Ebenda.

²¹⁴ Ebenda.

²¹⁵ Ebenda.

1945, die beweisen, dass in der Bevölkerung der Einmarsch der Roten Armee nicht durchgehend als „Befreiung“ wahrgenommen wurde. Grundsätzlich wurden die Kritikerinnen Stadlers mehrfach zitiert und es wurde ihnen eindeutig mehr Aufmerksamkeit geschenkt als den BefürworterInnen, doch auch VerteidigerInnen aus der FPÖ finden Einzug in die Berichterstattung. Für Überraschung sorgt das Interview im *Profil* mit dem FPÖ-Politiker Sichrovsky, der Stadler für sein Verhalten kritisiert. Der Kommentar des SPÖ-Politikers Swoboda im *Falter* zeigt, dass das Medium eindeutig die Meinung der Opposition in den Vordergrund stellt.

Erneut dienen ExpertInnenmeinungen (Gerhard Jagschitz und Erich Klein) dazu, die in den Artikeln aufgestellten Theorien wissenschaftlich zu untermauern und ihre Glaubwürdigkeit zu stärken. Ferner beschäftigt sich die *Profil*-Journalistin Zöchling intensiv mit der Aufarbeitung der Causa. Als studierte Historikerin ist sie eine Spezialistin auf dem Gebiet der Zeitgeschichte. Natürlich steift auch die Diskussion rund um Stadler viele andere Diskursstränge, darunter vor allem die „richtige“ Aufarbeitung der Zeit von 1945 bis 1955 und das FPÖ-Geschichtsverständnis. Darüber hinaus werden die gesamte österreichische Nachkriegspolitik und die daraus entstandenen Narrative kritisch betrachtet und hinterfragt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass beide Medien vor allem Stadler in seiner Funktion als Volksanwalt hinterfragen und die Mängel des österreichischen Rechtsstaates aufzeigen. Weitergehend wird auch die Koalitionspartei ÖVP nicht außer Acht gelassen, die den Medien zufolge zu wenig auf die Vorfälle reagierte.

8.3 Die Haider-Muzicant-Affäre im Jahr 2001

8.3.1 Jörg Haiders Aschermittwochrede am 28. Februar 2001

Die Aschermittwochrede von Haider am 28. Februar 2001 sorgte national, aber auch international für Empörung, denn der FPÖ-Chef attackierte Muzicant, den Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde, und bediente sich antisemitischer Aussagen. Haider sagte folgendes:

„Und weil die Österreicher nicht mehr mitgespielt haben, sind sie dann international an ihre Freunde herangetreten und haben gesagt: „Liebe Freunde, bitte schön macht's die Sanktionen gegen Österreich“ und der Herr Muzicant von der Kultusgemeinde in Wien hat noch sein übrigens gemacht, hat in ganz Amerika Rundschreiben mit dem jüdischen Weltkongreß geschickt, wo er gesagt hat: „Jetzt müssen wir schon sammeln, weil unsere Mitbürger sind wieder bedrängt und müssen Österreich verlassen“ Der Herr Ariel Muzicant. Ich verstehe überhaupt nicht wie, wenn einer Ariel heißt, so viel Dreck am Stecken haben kann.“²¹⁶

Zeitschriften wie der *Spiegel Online* und auch der *Standard* titelten „Jörg Haiders offener Antisemitismus“, „Dreck am Stecken“ - Haiders Rede als Prototyp des Antisemitismus“. Für die Germanistin Constanze Spieß²¹⁷ handelt es sich bei dieser Rede um „Verunglimpfung“ und „Namenspolemik“. Daraus resultiert sie, dass es sich um „direkten Antisemitismus durch Vorwurfshandlungen“²¹⁸ hält. Da bei der Rede vor allem das „wie“, also die Art der Präsentation Haiders wichtig ist, um seine antisemitischen Codes zu verstehen, unterzog Spieß die Rede einer textlinguistischen Analyse. Diese präsentierte sie am „Zentralen Seminar“ von der Organisation *erinnern.at* im November 2019 im Schloss Seggau in der Südsteiermark. Die Analyse zeigt, dass sich die antisemitischen Elemente vor allem in folgenden drei Textpassagen finden: „(...) der Herr Muzicant von der Kulturgemeinde in Wien (...); Der Herr Ariel (0,5 sec) Muzicant (1 sec) (...); wenn einer Ariel heißt, so viel Dreck am Stecken haben kann.“²¹⁹

²¹⁶ PowerPoint, Spieß, Sprachliche Gewalt in öffentlichen Diskursen, S.9.

²¹⁷ Verwendung der PowerPoint von der Autorin genehmigt.

²¹⁸ PowerPoint, Spieß, Sprachliche Gewalt in öffentlichen Diskursen, S.9.

²¹⁹ Ebenda, S.9.

Die absichtliche Verwendung des bestimmten Artikels „der“ und die Angabe seiner Funktion in der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) offenbaren, dass Muzicant jüdisch ist. Ferner spricht Haider den Namen von Muzicant falsch aus. Er nennt ihn „Mutsikant“ und macht vor und nach dessen Namen eine bewusste Pause. Als letzten Punkt nennt die Germanistin, dass die Zuschreibung er habe „viel Dreck am Stecken“ eine Prädikation ist. Haiders Aussagen stellen auch für den Rechtsextremismus-Forscher Heribert Schiedel „massive Angriffe“²²⁰ dar. Er liefert eine detaillierte Erklärung darüber, welche genauen Vorwürfe sich hinter Haiders Aussage verstecken. Einerseits wirft Haider Muzicant vor, dass dieser in seiner Tätigkeit als Immobilienmakler krumme Geschäfte abwickeln würde, ein weiterer Vorwurf besteht in „fahrlässige finanzielle Gebarung“²²¹ in seiner Rolle als Präsident der IKG. Da sich Muzicant als Kritiker der Freiheitlichen Partei sieht und auch die Restitutionspolitik in Form der Entschädigung geraubten jüdischen Eigentums bemängelt, wird er als „personalisierte Unversöhnlichkeit“²²² gesehen.

Wie Schiedel zeigt, folgten auf die Attacken in der Aschermittwochrede noch weitere Wortmeldungen und Provokationen gegen Muzicant. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) und Muzicant selbst reagierten mit Anzeigen, wobei diese weiterführende Debatte im Rahmen dieser Arbeit nicht bearbeitet werden kann. Es ist deshalb auch davon auszugehen, dass es ein Thema ist, das in den Medien sehr lange und intensiv kommentiert und analysiert wurde und weit über den ersten Konflikt hinausgeht. In der Analyse soll vor allem auf die Äußerungen vom 28. Februar 2001 eingegangen werden, wobei die weiteren Ereignisse nicht vollkommen unbeachtet bleiben können.²²³

Insgesamt veröffentlichten die beiden Medien 23 Artikel innerhalb eines sehr knappen Zeitraums. In Bezug auf die Angelegenheit war es jedoch eindeutig das Nachrichtenmagazin *Profil*, welches sich intensiver mit Haiders Aschermittwochrede beschäftigte. Dies lässt sich an der Anzahl der Artikel sowie an deren Seitenanzahl festmachen. Im *Falter* handelte es sich überwiegend um kurze Beiträge oder längere Artikel, die sich jedoch nur teilweise mit der Causa beschäftigten. *Profil* hingegen machte die „Dreck am Stecken“-Aussage zum Mittelpunkt der Diskussion und reagierte mit Beiträgen mit bis zu fünf Seiten.

²²⁰ Schiedel, Die FPÖ und der Antisemitismus, S.2.

²²¹ Ebenda, S.2.

²²² Ebenda, S.2, zitiert nach news 11/2001.

²²³ Vgl. Ebenda, S.1-14.

8.3.2 Analyse der Publikationen im Nachrichtenmagazin *Profil*

Profil reagierte auf Haiders Aschermittwochrede mit einer großen Menge an Artikeln und widmete dem Thema deutlich mehr Seiten als *Falter*. Insgesamt wurden alleine im Zeitraum zwischen dem 5. März und dem 2. April 2001 17 Beiträge veröffentlicht, die sich mit der Aschermittwochrede und der daraus entstehenden Debatte beschäftigen. Darunter waren drei Leitartikel, Interviews mit FPÖ-Politikern und dem Wiener Bürgermeister Dr. Michael Häupl sowie ein Interview mit dem *Krone*-Chef Hans Dichand. In kurzen Beiträgen mit Titeln wie „Lauter Trotteln“ oder „Psssst“ macht sich die Wochenzeitung über die Causa lustig und arbeitet viel mit Witz und Ironie.

Am **5. März 2001** titelte *Profil* „Jörg Haider ist ein Antisemit“ und zeigte durch diese Wortwahl eindeutig, dass die Redaktion Haiders Aschermittwochrede nicht als Faschingsscherz versteht. Chefredakteur Lackner positioniert sich auch im ersten Satz eindeutig und unterstreicht, dass es sich inhaltlich um ein sehr heikles Thema handelt, denn eine mögliche Klage gegen das Blatt sei nicht ausgeschlossen. Er argumentiert jedoch, dass es sich bei Haiders Verhalten um „jüngste Exzesse“ handelt und deren politische Auswirkungen „keine Unklarheiten“²²⁴ darstellen. Mittelpunkt des Leitartikels sind Haiders Auftritte bei einer Wiener-FPÖ Wahlveranstaltung und die Aschermittwochrede in Ried. Zur Verdeutlichung der Aussagen werden die Kernthesen zitiert und auch die Reaktionen des Publikums in Klammer wiedergegeben, um zu zeigen, wie die Ansichten Haiders aufgenommen wurden. Es werden grundsätzlich nur positive Reaktionen wie „lautes Lachen“, „tosender Applaus“ oder „Gelächter und Applaus“²²⁵ wiedergegeben, die deutlich zeigen, wie sehr das Publikum mit Haiders Meinung übereinstimmte. Damit zeigt das Nachrichtenmagazin auf, dass es sich nicht um einen „Störfall“ handelt, sondern um ein in der FPÖ weit verbreitetes und vor allem akzeptiertes Gedankengut. Darüber hinaus nimmt der Autor Bezug auf die in den Reden verwendeten antisemitischen Codes und legt deren Bedeutung offen. Er nennt diese „leicht verständliche Codes“²²⁶, was eine mögliche Anspielung darauf ist, dass es nicht schwer ist, Haiders Antisemitismus zu erkennen und, dass der Journalist die naive Wortwahl belächelt. Lackner zeigt auch auf, welche Reaktionen aus der FPÖ kamen, lässt anklingen, dass es vielen sehr peinlich ist. Dafür zitiert er entschuldigende Aussagen, die wie folgendes klingen:

²²⁴ Lackner Herbert, Jörg Haider ist kein Antisemit. In: *Profil* Jg.2001 Nr.10, 5. März 2001, S.15.

²²⁵ Ebenda.

²²⁶ Ebenda.

„(...) vor seinem Publikum, gehe es manchmal mit ihm durch (...) man könnte ihn wohl nicht mehr ändern.“²²⁷ Bezugnehmend auf einen Titel aus *dem Standard*, dass Haider mit Antisemitismus spielt, beschreibt der Autor Haiders Verhalten als „frivol und aggressiv“²²⁸ und beschäftigt sich mit der Theorie von Hans Rauscher. Er stellt die These auf, dass es Haider unmöglich ist, kein Antisemit zu sein und erklärt dies folgendermaßen:

„Es widerspräche jeder Logik, dass ein Politiker, der nicht Antisemit ist, sondern dessen Gegner - *terbium non datur* -, bei seinen Anhängern systematisch fortgesetzt antisemitische Gefühle zu wecken oder zu verstärken suchte.“²²⁹

Dieses Argument ist insofern interessant, da es zeigt, wie Haider sich zu verhalten hätte, wenn er kein Antisemit wäre. Ein weiteres Argument, welches vom Chefredakteur gebracht wird, um AntisemitInnen zu erkennen, ist nicht notwendig dessen Gefühlslage zu kennen, sondern ihn oder sie anhand seiner oder ihrer Worte und Taten zu messen. Er beurteilt Haiders Verhalten als „eindeutig“. Durch das Aufstellen einer weiteren Hypothese, welcher zufolge Haider nur antisemitische Parolen schwingt, um für Konflikte innerhalb seiner Partei zu sorgen, wird gezeigt wie unwahrscheinlich diese Annahme ist. Das Fazit fällt sehr eindeutig aus und der Autor unterstreicht dabei seine von Anfang an vertretene Meinung: „Ich bleibe dabei: Jörg Haider ist einfach ein Antisemit.“²³⁰ Der Autor arbeitet mit einem klar auf Fakten basierenden Zugang, der es ihm erlaubt, das Verhalten Haiders scharf zu kritisieren und der Öffentlichkeit zu zeigen, warum Haider antisemitisch agierte. Ferner streift er andere Diskursstränge und nimmt Stellung zu anderen Reden. Diese Erwähnung ermöglicht es ihm, der Theorie eines „Einzelfalls“ vorzubeugen.

Am **12. März 2001** erschien „e-mail für dich“, ein sarkastischer Beitrag, der eine E-Mail Konversation von Schüssel und Haider zeigt, obwohl die Namen der beiden Politiker nicht genannt werden. Dies ist aus dem Kontext zu erkennen. Der Bundeskanzler wird nur wolfi@bka.t genannt und Haider schreibt unter simplythebest@kaernten.at.²³¹ Inhaltlich dreht sich die Korrespondenz um Haiders Aschermittwochrede und um geheime politische

²²⁷ Ebenda.

²²⁸ Ebenda.

²²⁹ Ebenda.

²³⁰ Ebenda.

²³¹ Nikowitz Rainer, e-mail für dich. In: Profil Jg.2001 Nr.11, 12. März 2001, S.11.

Absprachen in der Regierung. Schüssel wirft Haider vor, dass sich dieser nicht korrekt verhalten würde, schreibt „mit dir hat man echt nur wickel“ und nennt Haiders antisemitische Äußerungen „waschmittelwitz“.²³² Die Antwort Haiders fällt nicht überraschend aus, sie spiegelt die politische Realität wider. Mit „das ist mir so wurscht, wie wenn in china ein radl umfällt. die arielwuchtel ist super angekommen.“²³³ zeigt Haider welche Macht er hat und suggeriert, dass sein Verhalten keine Konsequenzen haben wird. Der Autor des Textes macht sich in der Unterhaltung vor allem über die Rolle Schüssels als Bundeskanzler lustig und zeigt auf, dass dieser wenig Einfluss auf Haider . Anspielungen auf den Beinamen Schüssels, „der Schweigekanzler“, werden gemacht und zeigen, dass der Beitrag sich auch an politischem Klatsch und Tratsch orientiert. Die gewählte Sprache spiegelt jene einer privaten Konversation wider. Da weder Groß- noch Rechtschreibung beachtet werden, wirkt es, als würde die Stadtzeitung Geheimnisse an die Öffentlichkeit bringen.

In der Ausgabe vom **12. März 2001** erschien ein Beitrag von Christof Spörk mit dem Titel „Dreck am Stecken? Umfrage. Wie die ÖVP mit Haiders „Ariel“-Sager umgeht.“ Dabei handelt es sich um eine Erhebung, die von *Profil* selbst in Auftrag gegeben wurde, da Haider „weder zum Rücktritt aufgefordert - mit Ausnahme der Oppositionsparteien und einiger Medien - nie ernsthaft kritisiert wurde.“²³⁴ Rund 24 SpitzenpolitikerInnen wurden mit drei Haider-Aussagen konfrontiert und um ihre Meinung gebeten. Spörk verwendet die Bezeichnung „Anwalt der Anständigen“²³⁵ für Haider und zeigt damit, dass er auf dessen unanständiges antisemitisches Verhalten anspielt. Dies lässt vermuten, dass sich der Autor sehr kritisch mit der Causa auseinandersetzt und kein Unterstützer Haiders ist. Durch diese Umfrage zeigt *Profil* die Macht der Medien und welchen Druck Berichterstattungen auf PolitikerInnen ausüben können. Es führte dazu, dass sich Schüssel deutlich von Haider distanzierte, einige Befragte ihre Meinung änderten und andere trotzdem eine verteidigende Haltung beibehielten.

Der Autor veröffentlichte die für die Umfrage verwendeten Behauptungen im Artikel und zitierte sehr lange Textpassagen, um den LeserInnen zu zeigen welches Material die Basis für die Mini-Studie darstellte. Die Reaktionen der einzelnen PolitikerInnen wiederum wurden

²³² Ebenda.

²³³ Ebenda.

²³⁴ Spörk Christof, Dreck am Stecken?. In: Profil Jg.2001 Nr.11, 12.März 2001, S.54-55.

²³⁵ Ebenda.

in fünf Kategorien geteilt, darunter „Was geht mich das an ...“, „Jeder ist für sich selbst verantwortlich“, „Sowas darf man nicht sagen“, „Muzicant ist selber schuld“ und „Nicht in der Wertung“.²³⁶ Auch verweigerter Aussagen wurden veröffentlicht. So bezogen wichtige MinisterInnen wie Ernst Strasser und Benita Ferrero-Waldner und auch der ÖVP-Klubobmann Kohl keine Stellung. Die Umfrage war breit gefächert, es wurden Landeshauptfrauen und -männer, BürgermeisterInnen und StadträtInnen aus der ÖVP befragt. Überraschend ist, dass sich nur sechs Personen gegen Haider stellen und dessen Aussagen verurteilen. Unter ihnen findet sich auch Schüssel, dessen Aussage zitiert wird. Er revidiert seine erste Reaktion, kommt zum Schluss, dass es sich nicht um einen unbedeutenden „Faschingsscherz“ handelte und spricht sich klar gegen Antisemitismus aus. Durch die Bestandsaufnahme der politischen Situation hat *Profil* eine Vielzahl an Meinungen zusammengeführt und aufgezeigt, dass es Uneinigkeit in der ÖVP gibt und nicht alle befragten Personen hinter dem Bundeskanzler standen. Darüber hinaus gibt es den LeserInnen die Möglichkeit, sich ein Bild von der Situation zu machen. Interessant ist, dass keine FPÖ-PolitikerInnen .

Am **19. März 2001** befragte der damalige Chefredakteur Lackner den Wiener Bürgermeister Häupl zur Causa Haider-Muzicant. Damit gab *Profil* einem Oppositionspolitiker die Möglichkeit, um die eigene Meinung in Bezug auf die Angelegenheit öffentlich zu äußern. Hauptthemen waren die Wien-Wahl und Haiders grundsätzliches Verhalten. Für Häupl repräsentiert der FPÖ-Politiker „(...) die unverfälschteste Form des gescheiterten Rechtspopulismus.“²³⁷ Er bedient sich einer Kritik, indem er sich auf die Präambel des Koalitionspaktes beruft und sieht in der Aschermittwochrede „blanken Antisemitismus“.²³⁸ Gleichzeitig wird das Interview auch als Werbepattform verwendet, denn Häupl resümiert, dass „die Ausländer, neuerdings auch die Juden und nachbarlich ‚die Roten‘“²³⁹ die Feindbilder der FPÖ sind und zeigt somit auf, dass seine Partei ein politischer und auch moralischer Gegenpol zu den Meinungen der freiheitlichen Partei darstellt. Darüber hinaus wird der oft kritisierte Bundeskanzler nicht verschont. Mit einer Anspielung auf dessen Schweigen in vielen Situationen äußert sich der Wiener Bürgermeister besorgt und gibt zu verstehen, dass man nicht vor der Unschuld bewahrt wird, wenn man sich nicht zu gewissen Vorfällen äußert. Auch in seiner Beziehung zu Muzicant distanziert er sich deutlich zu Haiders Einstellung. Für Häupl ist der Angegriffene eine wichtige Persönlichkeit, die einen großen Beitrag für die Stadt Wien

²³⁶ Vgl. Ebenda.

²³⁷ Lackner Herbert, Wer schweigt wird mitschuldig. In: *Profil* Jg. 2001 Nr.12, 19 März 2001, S.26.

²³⁸ Ebenda.

²³⁹ Ebenda.

leistet. Anhand der Fragen lässt sich erkennen, dass der Journalist auf bestimmte Aspekte der Haider-Muzicant-Affäre eingeht und an der persönlichen Meinung des SPÖ-Politikers interessiert ist. Neben dem Interview mit Riess-Passer stellt das Häupl-Interview einen wichtigen Aspekt der Berichterstattung zu dieser Angelegenheit dar.

Ferner fällt der Kommentar von Heinz Marecek auf, welches den Titel „Trauriger Sonntag“ trägt, denn obwohl auch dieser von der Haider-Muzicant-Affäre ausgeht, widmet sich seine Kritik vor allem Schüssel. Für ihn steht fest, dass sich Haider's Verhalten nicht veränderte, jenes des Kanzlers aber verschlechterte. Trotzdem bezeichnet er die antisemitischen Vorwürfe in der Aschermittwochrede als „dumpf-primitive Ausritte eines österreichischen Landeshauptmanns“.²⁴⁰ Die Reaktion des Bundeskanzlers beschreibt er als „kein Hauch von Empörung“ und „nicht der leiseste Unmut“²⁴¹ und wirft ihm vor, dass er sich nicht genügend gegen Haider stellen würde. Der Autor spielt mit der Ironie und kritisiert Schüssel, indem er sich über sein Verhalten lustig macht und dieses als lächerlich darstellt. So wirft er die Frage in den Raum „Wieso allerdings der christliche Kanzler und bekennende Katholik auf die Idee kommt, dass am Aschermittwoch Faschingsreden gehalten werden, ist dem bekennenden Agnostiker ein Rätsel.“²⁴² Damit versucht er gewisse nicht nachvollziehbare Verhaltensmuster aufzudecken und diese den LeserInnen vor Augen zu führen. Darüber hinaus bemängelt er Schüssels Umgang mit dem Präsidenten der IKG und zitiert seine Aussage nach einer Forderung, dass Haider sich entschuldigen sollte. In diesem Fall nutzt er den Artikel als Sprachrohr und ändert Schüssels getätigte Aussage in eine, die dem Weltbild des *Profils* und des Autors entspricht. Der Autor wirft Schüssel dadurch vor, dass sich dieser in seiner Rolle als Bundeskanzler nicht genug von antisemitischen Aussagen distanzieren und diese nicht aufs Schärfste verurteilen würde. Ferner wirft Marecek einen Blick in die Vergangenheit und fragt sich, ob Schüssel in einer anderen politischen Konstellation den Inhalt der Aschermittwochrede akzeptiert hätte. Er vertritt die Meinung, dass „die Reaktion jedenfalls deutlich anders ausgefallen [wäre].“²⁴³

²⁴⁰ Marecek Heinz, Trauriger Sonntag. In: Profil Jg. 2001 Nr.12, 19. März 2001.

²⁴¹ Ebenda.

²⁴² Ebenda.

²⁴³ Ebenda.

Der Verfasser des Kommentars zieht eine „traurige Bilanz“, als gravierend bezeichnet er, „dass der Kanzler Schüssel die vulgär-antisemitischen Bierzeltwitze und Attacken des Landeshauptmannes herunterspielt, relativiert und verharmlost.“²⁴⁴ Der Kommentar ist ein gutes Beispiel dafür, dass „Störfälle“ nicht nur in einer Partei ausgetragen werden, sondern, dass sich diese auch in der Koalition zeigen und, dass die Reaktionen der Koalitionspartei für die kritische Presse ein wichtiges Zeichen sind. In diesem Fall agiert Schüssel verteidigend und zieht den Unmut der Medien auf sich.

8.3.3 Analyse der Publikationen in der Wochenzeitung *Falter*

Zur Causa Haider-Muzicant publizierte *Falter* zwischen dem 7. März und dem 23. Mai 2001 sechs Artikel. Darunter waren Artikel, ein Interview, ein Beitrag im Kulturteil und ein Porträt eines FPÖ-Politikers. Zu beachten ist, dass sich einige andere Artikel im selben Jahr mit fortlaufenden Entwicklungen beschäftigten. Diese Artikel werden in der Analyse nicht beachtet, da sie in erster Linie die Reaktionen auf die Aschermittwochrede vom Februar 2001 ins Auge fassen.

Am **7. März 2001** veröffentlichte *Falter* den von John verfassten Artikel „Haiders Wahrheit“. Die Wahl des Titels kann als Anspielung darauf verstanden werden, dass der FPÖ-Politiker eine eigene Wahrheit beziehungsweise einen eigenen Blick auf diverse Situationen hat, die nicht unbedingt mit den geschichtswissenschaftlichen Erkenntnissen des 21. Jahrhunderts übereinstimmen müssen. Obwohl das diskursive Ereignis im Artikel nicht die Aschermittwochrede von Haider ist, sondern ein „Gedenken an die ersten Blutopfer“, nimmt der Autor Stellung zu Haiders Äußerungen während seiner Rede in Ried. Die Vorwürfe gegen Muzicant bezeichnet er als antisemitisch, der Ton des Autors ist sehr kritisch und bringt wenig Verständnis für den FPÖ-Politiker auf. Vielmehr nutzt er die Möglichkeit um auf andere antisemitische Codes Haiders einzugehen und dessen Geschichtsverständnis zu offenbaren, das er als „blamabelste historische Bildungslücke“²⁴⁵ bezeichnet. Nebenbei kritisiert er auch

²⁴⁴ Ebenda.

²⁴⁵ John Gerald, Haiders Wahrheit, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20010307/haiders-wahrheit/1920330018>> am 7.3.2001, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Haiders Wunsch nach einer Entschädigung für die vertriebene sudetendeutsche Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg, denn auch die „emigrierten Juden“²⁴⁶ würden diese bekommen. Hier kontert der Autor mit der Tatsache, dass „emigriert“ und „vertrieben“ - ein feiner, aber wesentlicher Unterschied“²⁴⁷ ist und zeigt mit welchen Methoden Haider eine Gleichstellung der Opfergruppen fordert. John argumentiert, dass Haider einige für ihn wichtige und relevante Ereignisse besonders betont, siehe die „grausame Vertreibung nach 1945“²⁴⁸. Auf andere, wie die 500.000 verfolgten und ermordeten TschechInnen während der NS-Zeit geht der Politiker nicht ein. Die Vorgehensweise des Artikels arbeitet wie die meisten mit der Entkräftung von freiheitlichen Aussagen, indem die Fakten auf den Tisch gelegt und richtig dargestellt werden. Ferner dienen Beispiele zur Relativierung der Geschichtsinterpretation der Partei, indem die Schicksale einzelner Opfergruppen sowie von Menschen präsentiert werden, die dem NS-Regime wahrhaftig zum Opfer gefallen sind.

Am **14. März 2001** wird in der Rubrik „Was war/kommt/fehlt“ Haiders Aschermittwochrede unter „Was war“ in den Mittelpunkt gestellt und kommentiert. Dafür werden die Kernaussage und diverse Reaktionen aus den Regierungsparteien zitiert. Auf der einen Seite wird Schlüssel genannt, der sich zwar vom Inhalt der Aussage distanziert, trotzdem zeigt *Falter*, dass er sich der Tragweite der Aussage nicht bewusst ist und diese, so Zitat, als „Faschingsrede“²⁴⁹ herunterspielt. Als zweite Person wird der FPÖ-Generalsekretär Westenthaler zitiert, der Haider nicht verteidigt, aber zu erkennen gibt, dass man ihn auch des Öfteren schon mit einem falsch ausgesprochenen Nachnamen ansprach. Er spricht in diesem Zusammenhang von „Humorlosigkeit“, wobei es offen bleibt, auf wen oder was dies anspielt. Etwa, dass antisemitische Aussagen auch Humor sind und nicht mit voller Absicht ihre Wirkung entfalten sollten? Die beiden Aussagen wirken so, als würden sich die Politiker nicht mit der Doppeldeutigkeit und dem antisemitischen Charakter der Aussage beschäftigen und die Hysterie abschwächen wollen. *Falter* zeigt darüber hinaus, dass es keine klaren Konsequenzen für Haiders Aschermittwochrede gibt, weder innerparteilich noch innerhalb der Koalition.

²⁴⁶ Ebenda.

²⁴⁷ Ebenda.

²⁴⁸ Ebenda.

²⁴⁹ Falter Redaktion, Was war/kommt/fehlt, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20010314/was-war-kommt-fehlt/1809310007>> am 14.3.2001, (letzter Zugriff: 25.1.2020).

Am **14. März 2001** beschäftigte sich der „Standpunkt“ mit der Aschermittwochrede und titelte „Juden im Fasching“. Der erste Satz „Es war kein Fasching mehr“²⁵⁰ gibt eindeutig zu erkennen, dass die *Falter*-Redaktion die Ereignisse als nicht lustig, sondern als zu tiefst beunruhigend empfindet. Die Aussage Haiders wird von der Redaktion nicht als Faschingscherz empfunden. Kritik hagelt es aber auch für Schüssel, dessen Verteidigungsstrategie als „untauglich“²⁵¹ bewertet wird. Der Standpunkt befasst sich zudem mit Haiders Antisemitismus und nennt Situationen, in denen er sich eindeutig antisemitisch äußert, um zu zeigen, dass es sich nicht um einen „Störfall“ handelt, sondern, dass seine Aussagen Teil seiner politischen Weltanschauung sind. Ferner zeigt *Falter* auf, dass die ParteigenossInnen Haiders Aussagen nicht zurückweisen. Zur besseren Darstellung wird eine Situation herangezogen, welche die Stimmung innerhalb des Publikums darstellt und in der „Blaue Mitglieder der Regierung (...) laut und herzlich - in der ersten Reihe der Kurhalle aufgelacht“²⁵² haben.

Die Redaktion zitiert die antisemitischen Codes, die in diversen Reden verwendet wurden und übersetzt sie in einen für sie unausgesprochenen Wunsch Haiders: „Die Message ist klar: Die Juden sollen endlich die Goschen halten!“²⁵³ Mit dieser Interpretation widersetzt sich *Falter* dem FPÖ-ÖVP-Verhalten und stellt ein starkes Pendant dar. Das Medium ergreift Partei für Muzicant, der als Kritiker der Restitutionspolitik gilt. Das Fazit des Beitrags ist eindeutig, die größte Kritik gilt dem Bundeskanzler, der in seiner Position als „Schweizekanzler“²⁵⁴ in diesem Fall nicht schwieg und sich nicht gegen Haider stellte. Das Medium hätte sich jedoch gewünscht, dass Schüssel in dieser Causa geschwiegen hätte.

Am **2. Mai 2001** erschien in der Rubrik „Kultur“ der Beitrag „Dramolett: Jörg Haider arbeitet an seiner Aschermittwochrede“, verfasst von Antonio Fian, der für seine Dramolette bekannt ist. Mit einem Zitat des Koalitionspolitikers Kohl beginnt der Autor sein Werk und macht sich über dessen Einstellung lustig, denn er gab in einem Interview mit dem *Falter* an, dass er „Haider nicht antisemitisch erlebt“²⁵⁵ hat. Der Aufbau des Textes ist einem Drama in Mini-

²⁵⁰ Falter Redaktion, Standpunkt: Juden im Fasching, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20010314/standpunkt-juden-im-fasching/1809320009>> am 14.3.2001, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

²⁵¹ Ebenda.

²⁵² Ebenda.

²⁵³ Ebenda.

²⁵⁴ Ebenda.

²⁵⁵ Fian Antonio, Dramolett: Jörg Haider arbeitet an seiner Aschermittwochrede, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20010502/dramolett-joerg-haider-arbeitet-an-seiner-aschermittwochrede/2100110031>> am 2.5.2001, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Format treu geblieben, es handelt sich um einen Einakter, der mit dem Fall des Vorhanges beendet wird. Der Autor nimmt die LeserInnenschaft mit in das Studierzimmer von Haider und eröffnet dessen Planung seiner Aschermittwochrede. Die zweite Stimme ist der „Chor der Einflüsterer“²⁵⁶, der dem Politiker seine Wünsche offenbart. Diese sind vor allem von Hass und Hetze geprägt. Die Szene zeigt wie Haider versucht seine antisemitische Einstellung in seine Rede einfließen zu lassen, jedoch ohne diese zu offensichtlich zu machen. Hierfür überlegt er wie er den Namen „Muzicant“ verwenden könnte und ist sich bewusst, dass er sich keinen Fehler erlauben darf. Der Autor gibt mögliche Gedanken des Freiheitlichen wieder: „Antisemitismus nein Zu allgemein zu angreifbar zu wenig Sorgfalt Keine Fehler Muzicant.“²⁵⁷ Der Chor wirft aus dem Hintergrund immer wieder antisemitische Vorurteile ein, angefangen bei „Der Jud ist schuld“ über „Schulden, Schulden Muzicant Der Jud hat immer Schulden Der Jud hat immer Geld An allem ist der Jud nur schuld“ bis zu „der Jud hat immer Dreck am Stecken“.²⁵⁸ Somit ist der für die Masse stehende Chor auch dafür verantwortlich, welches Gedankengut Haider von sich gibt. Denn er hat in dieser Szene eine sehr drängende und fordernde Rolle, die gierig nach Antisemitismus schreit. Die Idee der Verwendung von „Dreck am Stecken“ stammt ebenfalls von der Masse. Als Haider diese Idee aufnimmt, verfällt der Chor förmlich in Ekstase, denn die Forderung nach öffentlichem „Judenhass“ wird immer größer und durch Adjektive in Klammer untermauert: „(freudig, crescendo), (forte)“²⁵⁹. Trotz des offensichtlich antisemitischen Vokabulars und den verwendeten Vorurteilen lässt der Autor Haider nicht einsichtig werden und kritisiert dadurch die von Haiders Aschermittwochrede ausgelöste Debatte, die viele uneinsichtige und einseitige Reaktionen hervorbrachte. Mit den Worten „Gusch ich muss mich konzentrieren Antisemitismus nein und größte Sorgfalt keine Fehler ich weiß schon wie ichs mach“ spielt Fian sowohl auf die Rede Haiders als auch auf Kohls Interview an, indem er Haider verteidigt und ihm ein sorgfältiges Verhalten zuschreibt, bei welchem keine „antisemitischen Fehler“ begangen werden. Die in der Dramolette verwendete Sprache ist sehr simpel, es fehlen jegliche Satzzeichen und es fallen immer wieder dieselben Äußerungen. Es handelt sich vor allem um Klischees, die bereits zu Zeiten von Karl Lueger aktuell waren. Durch die Verwendung des Nomen „Väter“ macht der Autor eine Anspielung auf Haiders nationalsozialistische Familiengeschichte.

²⁵⁶ Ebenda.

²⁵⁷ Ebenda.

²⁵⁸ Ebenda.

²⁵⁹ Ebenda.

Am **23. Mai 2001** befasste sich der Artikel „Zeigs den Hosenscheißern“ mit dem FPÖ-Generalsekretär Sichrovsky, der auch als „Haiders Jude“ bekannt war. Inhaltlich gehen die JournalistInnen Florian Klenk und Nina Weissensteiner auf viele Aspekte des freiheitlichen Politikers ein und arbeiten stark mit dessen Aussagen. Der erste Absatz besteht fast nur aus Zitaten, die offenlegen sollen welche Aussagen sich Sichrovsky leisten kann. So wird er als „engster Verbündeter im Spiel mit dem Antisemitismus“²⁶⁰ von Haider gesehen und anhand von Beispielen wird untermauert, dass er sich gegenüber Opfern beleidigend und nicht verständnisvoll äußert. Ferner werden sein politischer Werdegang und seine Einstellung zur NS-Zeit dargestellt. Ein wichtiger Punkt ist die Beziehung zwischen Haider und Sichrovsky, welche ausführlich beleuchtet wird. So wird der kritische Schriftsteller Rabino-vici zitiert, der schon in den 1990er Jahren vor Sichrovsky warnt.

In Bezug auf Haiders „Dreck am Stecken“-Aussage wird gezeigt, dass sich Sichrovsky schützend vor Haider stellte und ihn verteidigte. Dazu wird dessen Stellungnahme zitiert und der FPÖ-Politiker attackiert gleichzeitig die politische Opposition in Form der SPÖ. *Falter* zeigt auf, dass die Vorwürfe Haiders „ohne jeden Beweis“²⁶¹ stattfanden und beschreibt den Wandel von Sichrovsky. Dabei lässt sich aus der Beschreibung herauslesen, dass die JournalistInnen die Arbeit des FPÖ-Politikers in den 1980er Jahren, als dieser noch kritisch mit der NS-Zeit und der FPÖ umging, durchaus sehr interessant und lobenswert fanden.

Grundsätzlich arbeitet der Artikel mit zahlreichen Beispielen und Zitaten, welche der Öffentlichkeit die Person Sichrovsky sowie das Unverständnis der *Falter*-Redaktion darüber, wie sich eine politische Person so viel leisten kann ohne mit Konsequenzen rechnen zu müssen näher bringen sollen.

²⁶⁰ Klenk Florian, Weissensteiner Nina, Zeigs den Hosenscheißern, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20010523/zeigs-den-hosenscheisern/1733030012>> am 23.5.2001, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

²⁶¹ Ebenda.

8.3.4 Zusammenfassung der Analyse der „Aschermittwochrede“

Die Berichterstattung des *Profils* ist in der Haider-Muzicant-Affäre mit Abstand die aufwendigste und intensivste innerhalb der untersuchten Fälle. Haiders Geschichtsbild dominiert die Meldungen innerhalb der des Nachrichtenmagazins. Erstmals kommt neben ExpertInnen und PolitikerInnen der Chef einer anderen österreichischen Tageszeitung zu Wort. *Profil* übt damit nicht nur Kritik an Haider selbst, sondern auch an der medialen Berichterstattung innerhalb des Landes. Die in den Medien vertretene Meinung und die vorgebrachten Vorwürfe in Hinblick auf Antisemitismus stimmen mit den in der Literatur aufgestellten Theorien (Heribert Schiedel und Ruth Wodak) überein. Es lässt deshalb daher darauf schließen, dass die JournalistInnen in den beiden Medien sich sehr intensiv und ausgiebig mit Haiders Antisemitismus beschäftigten und eine detaillierte und intensive Recherche im Zuge der Berichterstattung nicht scheuten.

Die beiden Medien attackieren Haider sehr offensichtlich und nennen ihn einen Antisemiten. Diese Bezeichnung zeigt eindeutig, dass sich die JournalistInnen eindeutig positionieren und den FPÖ-Politiker bis ins kleinste Detail für seine Aussage kritisieren. Der Chefredakteur des *Profils* lässt auch persönlich keinen Zweifel daran und geht so weit mit seiner Titelvahl, dass er ein mögliches gerichtliches Verfahren riskiert. Die journalistische Arbeit scheint ihm in diesem Fall allerdings wichtiger. Grundsätzlich kommen in den meisten Artikel kritische Stimmen zu Wort, die sich nicht mit Haider identifizieren können und nicht bereit sind seine getätigte Aussage zu akzeptieren. Wie auch schon bei den anderen diskursiven Ereignissen, als ein SPÖ-Politiker in der Person des Wiener Bürgermeisters Michael Häupl, die Opposition vertritt und den von Haider angegriffenen Ariel Muzicant aus einer anderen politischen Perspektive beschreibt.

Daneben spielt auch die Figur des Bundeskanzlers Schüssel eine wichtige Rolle, der dafür kritisiert wird, mit der FPÖ zu koalieren und sich nicht von Beginn an eindeutig genug von Haider zu distanzieren.

Profil bedient sich einer journalistischen Methode, die in der restlichen Berichterstattung nicht verwendet wurde und veröffentlicht eine eigens in Auftrag gegebene Umfrage, die sich mit den ÖVP-Meinungen beschäftigt. Dadurch zeigt es, welchen Druck Medien ausüben können und stellt seine journalistischen Fähigkeiten und den Willen nach Aufklärung unter Beweis.

Falter wiederum arbeitet Großteils mit ähnlichen journalistischem Werkzeug, fällt jedoch mit Beiträgen wie dem Dramolette mehr auf.

8.4 Die FPÖ und ihr Umgang mit der Vergangenheit im Gedenkjahr 2005

8.4.1 John Gudenus Aussagen im ORF-Report

Das Jahr 2005 hatte für den Staat Österreich gleich zwei wichtige Gedenken inne. Einerseits wurde das 60. Jubiläum des Endes des Zweiten Weltkrieges gefeiert, andererseits der 50. Geburtstag der Zweiten Republik. Die beiden vorherigen Analysen haben gezeigt, dass die ÖVP-FPÖ Regierung oft für ihren Umgang mit der Vergangenheit kritisiert wurde. Die Forderungen waren immer dieselben: ein korrekter Umgang mit ihr. Im Jahr 2005 sorgten die Bundesräte Siegfried Kampl und John Gudenus für die, wie Ruht Wodak und Jakob Engel es nennen, „signifikantesten Fälle“²⁶². Die beiden sprechen bei den getätigten Aussagen im speziellen Zusammenhang mit dem Gedenkjahr von „Störfällen“, die folgendermaßen definiert werden:

„Dies bedeutet, dass bestimmte Politiker durch ihre Wortmeldungen - möglicherweise bewusst oder zunächst auch unbewusst - versuchten, den allgemeinen in der Zweiten Republik bestehenden zeitlichen Konsens im Rahmen dieser bestens vorbereiteten und durchgeplanten Feierlichkeiten und Gedenkveranstaltungen in Frage zu stellen bzw. zu untergraben.“²⁶³

Die Aussage von Gudenus führte zu einer langen Debatte und wurde vor allem in den Medien intensiv diskutiert, denn bei Gudenus handelte es sich nicht um ein unbeschriebenes Blatt der Freiheitlichen und zudem um einen wichtigen Repräsentanten der Republik. Hinzu kommt, dass seine Aussage kurz vor den Feierlichkeiten stattfand und sich daraus eine nicht unbedeutende Störung der Inszenierungen und auch des öffentlichen Diskurses ergab. Seine Causa führte zu einem „expliziten Hinterfragen und Infragestellung der offiziellen Geschichtsschreibung“²⁶⁴. Am 26. April 2005 strahlte der ORF-Report ein Interview mit Gudenus aus, welches der Ausgangspunkt für die Debatte um seine Person war. In diesem Gespräch wurde er zu einer Aussage, welcher er bereits 1995 getätigt hatte, befragt. Damals behauptete er „Gaskammern? Ich halte mich da raus! Ich glaube alles, was dogmatisch

²⁶² Engel/ Wodak, Kalkulierte Ambivalenz, S.79.

²⁶³ Ebenda, S.79.

²⁶⁴ Ebenda, S.79.

vorgeschrieben ist.“²⁶⁵ Seine Meinung hatte sich 2005 im Vergleich zu 1995 nicht maßgeblich geändert. Ein Interview mit ORF-Journalist Klaus Dutzler gestaltete sich folgendermaßen:

Dutzler: Wie sehen Sie die Debatte heute?

Gudenus: Ich glaube, ich habe damals nicht falsch reagiert. Und ich glaube Charles Popper hat gesagt man soll nicht Tabus aufstellen, sondern man soll sie physikalisch und wissenschaftlich prüfen.

Dutzler: Aber die Grundfrage ist: Hat es Gaskammern im Dritten Reich gegeben, oder ist dogmatisch vorgeschrieben diese Existenz zu ...

Gudenus: Ich glaube, man sollte dieses Thema ernsthaft debattieren und nicht auf eine Frage „du musst es ja oder nein beantworten.“ sollen wir, prüfen wir das. Ich bin der Meinung, ich fordere immer wiederum eine Prüfung.²⁶⁶

Dieses Interview zeigt, dass Gudenus, wie bereits 1995, die Existenz von Gaskammern im „Dritten Reich“ nicht leugnet, diese trotzdem hinterfragt und fordert, dass der Tatbestand geprüft wird. Durch diese Äußerung zeigt er, dass er nicht von den Ergebnissen der bisherigen Forschung überzeugt ist und lässt die Möglichkeit offen, dass neue Forschungsergebnisse zu einem anderen Resultat kommen könnten. Für Wodak und Engel handelt sich bei den Behauptungen von Gudenus um eine „intendierte und gezielte Provokation“²⁶⁷. Das Verhalten des FPÖ-Politikers blieb nicht ohne Konsequenzen, am selben Tag noch trat er aus der FPÖ aus und der Grüne Wiener Stadtrat David Ellensohn verfasste eine Sachverhaltsdarstellung für die Wiener Staatsanwaltschaft. Darin forderte er eine Überprüfung aufgrund des Verbotsgesetzes.²⁶⁸

Mit diesen Aussagen und einem späteren Verfahren wegen Wiederbetätigung sorgte Gudenus für viel Unmut in Österreich und ließ die Wogen in den Medien hochgehen. Insgesamt erschienen im *Profil* und *Falter* 20 Beiträge, die sich mit Gudenus beschäftigten. Auffallend ist, dass *Profil* innerhalb der ersten zwei Wochen mit einer so hohen Zahl an Beiträgen reagierte, wie es bei keinem der anderen diskursiven Ereignisse der Fall war.

²⁶⁵ Ebenda, S.89.

²⁶⁶ Ebenda, S.90.

²⁶⁷ Ebenda, S.90.

²⁶⁸ Vgl: Ebenda, S.79-95.

8.4.2. Analyse der Publikationen im Nachrichtenmagazin *Profil*

Profil publizierte zwischen dem 2. und dem 9. Mai 2005 neun Artikel, die sich mit der Causa Gudenus und auch der Causa Kampel beschäftigten. Alleine in der Ausgabe vom 2. Mai 2005 fanden sich acht Publikationen. Sowohl der Brief der Redaktion als auch der Leitartikel und ein langer Artikel widmeten sich dem diskursiven Ereignis. Dies zeigt, dass es für das Nachrichtenmagazin von großer Bedeutung ist und das Thema in den Mittelpunkt der Tagespolitik gestellt werden soll. Ferner erschienen ein Interview mit einem ÖVP-Politiker und eine satirische Unterhaltung zwischen Kampel und Gudenus mit dem Titel „Geschichte-Erzähler“.

Am **2. Mai 2005** erschien das von Rainer Nikowitz verfasste imaginäre Gespräch zwischen Gudenus und Kampel unter dem Titel „Geschichte Erzähler“. In dieser kurzen Publikation werden zwei diskursive Ereignisse miteinander verbunden und thematisiert. Die Wahl des Titels erinnert an den Terminus „Geschichtenerzähler“, durch die Verwendung des Wortes „Geschichte“ ist erkennbar, dass es sich um eine bestimmte historische Epoche handelt und auch um eine gewisse Perspektive auf diese. Der Autor gibt den LeserInnen Einblick in ein privates banales und offenes Gespräch zwischen den beiden Politikern, die sich über den Zweiten Weltkrieg, aber auch über den Umgang mit der Historie unterhalten. Die gewählten Dialekte der beiden Personen zeigen, dass sie aus verschiedenen Bundesländern Österreichs kommen. Ferner haben sie nicht ein homogenes Geschichtsverständnis, sondern wollen einander ihr jeweiliges Verständnis als das „Wahre“ verkaufen, merken jedoch innerhalb des Gesprächs, dass sie historisch nicht ganz sattelfest sind. Für Gudenus scheint die Verantwortung am Zweiten Weltkrieg nicht bei den NationalsozialistInnen zu liegen, seine Einstellung wird stattdessen folgendermaßen formuliert: „Das alles wär ja gar net passiert, wenn uns der Pole net angriffen hätt.“²⁶⁹ Durch die Verwendung des Personalpronomen „uns“ zeigt Nikowitz, dass sich Gudenus als Teil der Angreifer, in seiner Welt als Teil der Angegriffenen, sieht und sich als Opfer des Krieges stilisiert. Weitere Feindbilder, wie die Europäische Union (EU) und die USA, werden thematisiert und es kommt der Vorwurf auf, dass der Krieg eine „Vorwegnahme der EU“²⁷⁰ war. Das von Gudenus und Kampel losgetretene Kapitel des Geschichtsrevisionismus und der Verharmlosung der NS-Gräueltaten wird

²⁶⁹ Nikowitz Rainer, Geschichte-Erzähler. In: *Profil* Jg.2005 Nr. 18, 2.5.2005, S.15.

²⁷⁰ Ebenda.

durch folgende Aussage klar gezeigt und soll der LeserInnenschaft vor Augen halten, welches Gedankengut in der FPÖ sehr lange toleriert wurde:

„Gudenus: Und die Gschicht mit den Juden, die stimmt ja überhaupt net.“²⁷¹

Der Autor verpackt in wenige Zeilen die maximale Wirkung, indem er zeigt, wie mit Geschichte und Narrativen umgegangen werden kann. Dadurch, dass wird, nimmt er sich kein Blatt vor den Mund und präsentiert die Einstellungen auf dem Silbertablett. Ein Großteil des Gesprächs besteht darin, dass die „Deutschen“ als arme und unschuldige Menschen dargestellt werden und JüdInnen und der „Bolschewismus“ als Feinde stigmatisiert werden. Diese Mittel erinnern auch an die Causa Stadler und bestätigen das in der FPÖ immer wiederkehrende Muster. Ein wichtiger Aspekt ist auch die Beschönigung der Konzentrations- und Vernichtungslager der NS-Tötungsmaschinerie. Die Lebenssituation in diesen Lagern wird von Gudenus mit jenen in „Feriencamps“ verglichen und er unterstreicht die „Tapferkeit“²⁷² der deutschen Soldaten:

„Und während unsere Landser tapfer die Heimat gegen den Bolschewismus verteidigt ham, sind sie in ihren Feriencamps gessen und ham si's vielleicht gut gehen lassen.“²⁷³

Das Wort „vielleicht“ spielt eine große Rolle, denn es fasst die Causa Gudenus und dessen Zweifel an den Gaskammern gut zusammen. In dem Gespräch werden die Brutalität der Nazis und der Angriffskrieg gegen die Sowjetunion nicht erwähnt. Die LeserInnen lernen eine unreflektierte naive Geschichtsinterpretation kennen, die sich selbst dadurch in Frage stellt, dass Kampl und Gudenus nicht bei allem dieselbe Opfer- beziehungsweise TäterInnenzuordnung haben. Für Kampl war es Tito, der den Krieg begann, für Gudenus „der Pole“²⁷⁴.

Der Leitartikel vom **2. Mai 2005** trägt den Titel „Restbräune“ und thematisiert das Problem innerhalb der FPÖ und auch des BZÖ, dass „die Ewiggestrigen sterben angeblich aus. (...)“

²⁷¹ Ebenda.

²⁷² Ebenda.

²⁷³ Ebenda.

²⁷⁴ Ebenda.

nur warum werden dann immer wieder welche in Machtpositionen gespült?“²⁷⁵ Der Autor analysiert den Werdegang, der absolviert werden muss, um in der FPÖ Karriere zu machen und sieht die möglichst schnelle Anpassungsfähigkeit der eigenen Meinung als eines der Hauptkriterien hierfür. Dies zeigt er anhand des Beispiels von Kurt Scheuch, welcher Kampl's Rede im ersten Augenblick lobte, diese kurze Zeit später aber kritisierte und Kampl den Rücktritt nahelegte. Neben Scheuch wird auch Herbert Scheibner für sein Verhalten „gelobt“, denn er findet, dass Gudenus' Aussagen jene von Kampl in ihrer Tragweite übertreffen. Die beiden Verteidiger zeigen demnach, dass es, wie der Autor schreibt, „böse und gute Revisionisten“²⁷⁶ gibt und, dass man, je nachdem, ob man bei der FPÖ oder dem BZÖ ist, zugeteilt wird, denn Schüssel findet deutliche „Worte der Abscheu“²⁷⁷ für Gudenus, der der FPÖ treu geblieben ist und nicht in dessen Koalitionspartei sitzt.

Gächter spricht sich für verschiedene Herangehensweisen in Bezug auf die „Störfälle“ aus und stellt zufrieden fest, dass „revisionistische Ausfälle mittlerweile offiziell einhellige Ablehnung hervorrufen - die demokratischen Selbstreinigungsmechanismen Österreich scheinen endlich zu greifen.“²⁷⁸ Trotz dieser positiven Feststellung muss hinterfragt werden, warum es FPÖ-Politiker, die der Autor „einschlägig Argumentierende“²⁷⁹ nennt, immer wieder schaffen mit einer solch fragwürdigen Einstellung Karriere zu machen. Resümierend wirft der Autor die Frage auf, ob die FPÖ-Karriereleiter nun geändert wird oder ob er davon ausgehen darf, dass der Tradition nach nun auch der BZÖ-Bundesrat folgen wird. Inhaltlich unterscheidet sich der Artikel, im Vergleich zu den anderen Beiträgen, vor allem dadurch, dass vorwiegend auf den politischen Werdegang innerhalb der Partei eingegangen wird. Die Kritik ist jedoch weniger eindeutig. Sie versteckt sich hauptsächlich in der Darstellung der Hierarchie und zeigt, dass Personen wie Gudenus und Kampl für ihr Verhalten und ihre Ansichten Unterstützung bekommen haben müssen. Ansonsten wäre es ihnen unmöglich gewesen, derart hohe politische Positionen zu besetzen. Da der Fall Gudenus oft zusammen mit Kampl betrachtet wird, spielt dieses diskursive Ereignis in der Berichterstattung keine unwichtige Rolle und wird auch in diesem Artikel thematisiert.

²⁷⁵ Gächter Sven, Restbräune. In: Profil Jg. 2005 Nr. 18, 2.5.2005, S.13.

²⁷⁶ Ebenda.

²⁷⁷ Ebenda.

²⁷⁸ Ebenda.

²⁷⁹ Ebenda.

Am **2. Mai 2005** erscheint ein von Zöchling verfasster Artikel mit dem Titel „Gespenster der Gegenwart“, welcher sich auf sechs Seiten intensiv mit dem NS-Revisionismus im Gedenkjahr beschäftigt. Zu Beginn bedient sich die Autorin einer Redewendung, die sich auf diverse Vorfälle innerhalb der FPÖ übertragen lässt: „Ist der Ruf erst mal ruiniert, lebt sich’s gänzlich ungeniert.“²⁸⁰ Die erste Kritik, die sie zu Wort kommen lässt ist jene des Bundeskanzlers, der sich im Rahmen der öffentlichen Feiern gegen Gudenus ausspricht. Seine Stimme wird als „etwas brüchig“²⁸¹ beschrieben, als er von den Bildern der Befreiung des Konzentrationslagers (KZ) Mauthausen spricht. Zöchling kritisiert jedoch Schüssels Verhalten, denn er sei es, der mit der FPÖ koaliere. In Bezug auf die Bezeichnung „die alten und die neuen Freiheitlichen“²⁸² kann interpretiert werden, dass trotz zweier Parteien keine große Veränderung in den Köpfen der PolitikerInnen stattfand. Hauptthema des Artikels sind die verschiedensten Störfälle, welche die FPÖ und ebenso das 2005 neu gegründete BZÖ immer wieder heimsuchen. Diese untermauert die Journalistin mit Aussagen der jeweiligen Person, ferner greift sie häufig, wie im Falle Gudenus, auf Vorgeschichten zurück. Ein Mittel zum Aufzeigen der Probleme innerhalb der FPÖ/BZÖ Gesinnung scheint die Darstellung von paradoxen Situationen zu sein. So lässt Haider auf der einen Seite aufkommen, dass man sich von der „allgemeinen Historiografie“ distanzieren müsse, kurze Zeit später lobt er jedoch wieder SS-Veteranen. Dies erlaubt es, die Glaubwürdigkeit einzelner Entschuldigungen oder nachgebrachten Meinungsänderungen kritisch zu hinterfragen. Dass sich hinsichtlich der Aufarbeitung der Vergangenheit zwischen FPÖ und BZÖ nicht viel geändert hat, wird durch die verschiedenen Einzelfälle wie jenen von Strache, Haider oder Kampl unterstrichen. Trotz einiger weniger kritischer Stimmen aus der ÖVP, wie jener von Josef Pröll, spricht die Autorin von allgemeinem Schweigen und berichtet unter anderem auch vom freiheitlichen Einfluss an der Universität Wien in Form eines Universitätsrats der FPÖ, welcher nach Begründung des Innenministeriums rechtsextreme Aussagen tätigte. Durch externe Einschätzungen zeigt die Autorin, dass sie eine intensive Recherche durchgeführt hat, um so objektiv wie möglich berichten zu können. Bezugnehmend auf die Causa Stadler äußert die Autorin durch „das klingt nach innerer Überzeugung“²⁸³ ihre eigene Meinung und lässt durchkommen, dass sie selbst nicht sehr von Stadler überzeugt ist, der angibt sich an die in Österreich geltende Rechtsordnung zu halten. Die folgende Beschreibung verwendet Zöchling im Zusammenhang mit dem familiären und gesellschaftlichen Umfeld vieler BZÖ-

²⁸⁰ Zöchling Christa, Gespenster der Gegenwart. In: Profil Jg.2005 Nr.18, 2.5.2005, S.16-20.

²⁸¹ Ebenda.

²⁸² Ebenda.

²⁸³ Ebenda.

und FPÖ-Politiker und erklärt anhand von Beispielen den Umgang mit Vergangenheit, der im offiziellen Diskurs gar nicht möglich ist.

„Fast können sie einem leidtun, die Söhne und Töchter der ehemaligen NS-Blutordensträger und illegalen Nazis, die sich emotional und intellektuell nicht aus ihren familiären Verstrickungen lösen können.“²⁸⁴

Als Grund für deren Einstellung sieht die Autorin, dass sich die PolitikerInnen²⁸⁵ Sehr schnell wird klar, dass *Profil* solche Publikationen nicht als wissenschaftlich glaubwürdig anerkennt und gegen die dort aufgestellten Meinungen schreibt. Abseits der FPÖ wird auch ein österreichischer Journalist der *Kronen Zeitung* dafür verantwortlich gemacht, falsche Informationen und ein verzerrtes nicht den Fakten entsprechendes Bild zu verbreiten. Einem seiner Artikel aus dem Jahr 1992 zufolge seien „verhältnismäßig wenig der jüdischen Opfer tatsächlich vergast worden, die anderen sind verhungert oder erschlagen worden.“²⁸⁶ Dass es keine Konsequenzen für den Journalisten gab, sieht Zöchling als Problem, denn Beispiele wie dieses zeigen, dass ein solches Verhalten unbestraft bleibt und somit auch keine gesellschaftliche Änderung stattfinden kann.

Im Zusammenhang mit Zöchlings Bericht erschien von der Journalistin Marianne Enigl der Kurzartikel „Brillen und Rosenkränze“. Die Autorin lässt einen Zeitzeugen sprechen, der in Mauthausen für die Vergasung der Insassen verantwortlich war. Seine Erzählungen sollen vor allem sensibilisieren und da es sich um einen SS-Hauptscharführer handelt, als Beweis für die UnterstützerInnen von Gudenus dienen, denn die Erzählungen stammen von einem Nationalsozialisten und damit von einem Täter. Obwohl keine der im Mauthausen Prozess angeklagten Personen ihre Mitschuld eingestand, so wurde dennoch von niemandem die Existenz der Gaskammern verneint. Zusätzlich werden Dokumente aus der NS-Zeit vorgelegt, die den Ausbau der Tötungsmaschinerie in Mauthausen belegen, Forschungsergebnisse von zwei Historikern bestätigen ferner, dass „der Massenmord nach der Räumung des Vernichtungslagers Auschwitz Ende 1944 in Mauthausen fortgeführt werden sollte.“²⁸⁷ Dass die SS ihre Gräueltaten vertuschen wollte, ist allseits bekannt. Die Gaskammern wurden

²⁸⁴ Ebenda.

²⁸⁵ Ebenda.

²⁸⁶ Ebenda.

²⁸⁷ Enigl Marianne, Brillen und Rosenkränze. In: *Profil* Jg.2005 Nr.18, 2.5.2005, S.19.

neu gefliert und einen Großteil des Inventars abmontiert. Dabei handelt es sich um ein unbekanntes Detail, welches herangezogen wird um zu zeigen, welche Methoden die NationalsozialistInnen verwendeten, um ihre Gräueltaten zu vertuschen und sich aus der Verantwortung zu ziehen. Mit dem Amerikaner Jack H. Taylor erwähnt Enigl einen weiteren Zeugen, der die Konzentrationslager aus der Sicht eines Gefangenen wahrgenommen hat. Er ist einer der wichtigsten Beweislieferanten, denn er dokumentierte die Inhalte der Gaskammern auf Fotos, bevor sie von den SS-Männern demontiert wurden.

Für Aufklärungszwecke schreckt die Autorin auch nicht davor zurück um auf die Gaswagen einzugehen, welche „mindestens 10.200 Mauthausener Häftlinge durch Giftgas“²⁸⁸ töteten. Der sehr detaillierte und persönliche Zugang zu der Beschaffenheit einer Gaskammer und den damit verbundenen Schicksalen zielt darauf ab, die LeserInnen über Kleinigkeiten zu informieren und ihnen die persönlichen Schicksale und die in diesem System herrschende Brutalität nahe zu bringen. Persönliche Gegenstände von Menschen, die in der „Euthanasie-Anstalt“ Hartheim ermordet wurden werden in der Gedenkstätte aufbewahrt und sollen zeigen, wie wenig von Menschen übrig blieb, wenn sie dem NS-Terror zum Opfer gefallen sind.

In derselben Ausgabe erschien ein Kommentar in der Rubrik „Lingens“ von Peter Michael Lingens, der den Titel „Gudenus ist kein Problem ...“ trägt. Inhaltlich unterscheidet er sich auf den ersten Blick von der restlichen Meinung des *Profils*. Beim Lesen des Untertitels wird klar, dass sich der Autor wundert, warum Gudenus überhaupt noch Mitglied der FPÖ ist und, dass er klar den Umgang der FPÖ mit den „Störfällen“ bemängelt. Im Vergleich zu vielen anderen JournalistInnen bleibt Lingens Empören aus, vielmehr argumentiert er, dass es die Debatte um Gudenus schon in den 1990er Jahren gegeben hat, ferner setzt er sich mit der Anwendbarkeit und Sinnhaftigkeit des Wiederbetätigungsgesetzes auseinander.

Hierfür greift er auf einen der wichtigsten Paragraphen des Gesetzes zurück und zitiert, ab wann man gegen das Verbotsgesetz vorgeht. Zu den möglichen Gründen zählen unter anderem „bereits“ Verharmlosung, Leugnung, Gutheißung und Rechtfertigung. Der Autor selbst schreibt, dass er es „für ein nicht besonders weises Gesetz“²⁸⁹ hält und bemängelt vor allem, dass sich VertreterInnen der Staatsanwaltschaft bereits vor Beginn einer Untersuchung in die Richtung äußern, dass es womöglich nicht zu einer seriösen Behandlung

²⁸⁸ Ebenda.

²⁸⁹ Lingens Peter Micheal, Gudenus ist kein Problem In: Profil Jg.2005 Nr.18, 2.5.2005, S.160.

kommen würde, da der Tatbestand der Wiederbetätigung nicht erfüllt wird. In seiner weiteren Argumentation bekräftigt und stützt der Autor erneut die These, dass Gudenus nicht das Problem ist. Charaktere wie er gehören für Lingens ins „Raritätenkabinett“, vielmehr sind es „die Mölzers“, denn deren Meinung sei durch die „größten“ und „besten Zeitungen“²⁹⁰ vertreten. Das Hauptproblem, so Lingens, sei die Tatsache, dass Gudenus seit Jahrzehnten immer noch Mitglied in der FPÖ ist, dass er sich steigere und erkenne, dass das „noch größere Problem“²⁹¹ in den 27 Prozent der WählerInnenstimmen liegt. Damit möchte der Autor nicht alle FPÖ-WählerInnen zu LeugnerInnen von Gaskammern oder zu SS-UnterstützerInnen machen. Er stellt fest, dass es viel zu wenig Reaktionen auf die „Störfälle“ gibt und „die ernste Irritation“ innerhalb der WählerInnenschaft vorhanden ist. Diese Irritation vermisst der Autor nicht nur bei der WählerInnenschaft, sondern auch beim Bundeskanzler und er zieht einen nicht uninteressanten Vergleich mit dem Ex-Bundeskanzler Vranitzky. Dieser sei „emotional einfach nicht in der Lage gewesen“²⁹² mit der FPÖ in eine Regierung zu treten und hätte sie „inhaltlich völlig zu Recht“²⁹³ abgelehnt. Bei dieser kritischen Aussage bleibt es nicht, denn Lingens wirft Schüssel folgendes, sarkastisch und unterschwellig, vor:

„Allerdings hätte ich gedacht, dass sie nicht derart seicht ist, dass er ohne Not zum zweiten Mal mit dieser Un-Partei koalitiert. Insofern geschieht ihm im höchsten Maß recht, dass er jetzt an ihr scheitert.“²⁹⁴

Hinter der Kritik an Gudenus wittert der Autor nur politisches Kalkül, um die FPÖ im Gegensatz zum BZÖ schlecht dastehen zu lassen. Ferner ist der durch die Gedenkfeiern entstandene Druck zu groß, um die Causa unkommentiert zu lassen. Das Fazit des Kommentars stellt die Reaktionen Schüssels erneut in Frage:

„Laut glaubwürdigen Berichten hat Schüssel seine Distanzierung mit Tränen in den Augen vorgetragen - hoffen wir, dass sie nicht in erster Linie der zunehmend tragischen eigenen Lage gegolten hat.“²⁹⁵

²⁹⁰ Ebenda.

²⁹¹ Ebenda.

²⁹² Ebenda.

²⁹³ Ebenda.

²⁹⁴ Ebenda.

²⁹⁵ Ebenda.

8.4.3 Analyse der Publikationen in der Wochenzeitung *Falter*

Zwischen dem 5. Mai und dem 21. Dezember 2005 wurden im *Falter* elf Berichte Gudenus betreffend veröffentlicht, darunter unter anderem ein Leitartikel, Artikel zum Verbotsgesetz und Rechtsextremismus und zwei Mal die Ernennung zum „Dolm der Woche“. *Falter* reagierte zwar nicht mit vielen Artikeln innerhalb kürzester Zeit, doch beschäftigte er sich über einen längeren Zeitraum mit der Angelegenheit und berichtete auch sehr intensiv über die Anklage gegen Gudenus gegen das Wiederbetätigungsgesetz.

Die erste Reaktion mit dem Titel „Das sind keine Outsider“ kam am **4. Mai 2005**. Dazu wurde der Zeitgeschichte-Historiker Gerhard Botz interviewt, welcher vom *Falter* als „einer der renommiertesten Zeithistoriker Österreichs“²⁹⁶ beschrieben wird. Zu Beginn wird die aktuelle Situation in Österreich beschrieben, die Hauptaussagen von Kampl und Gudenus werden zitiert und die daraus entstandenen Konsequenzen werden erläutert. Der Verfasser kommt jedoch zum Schluss „(...) Kampl trat zurück, doch das Problem bleibt, vor allem im dritten Lager.“²⁹⁷ Um zu zeigen, dass es sich bei den von Gudenus und Kampl vertretenen Meinungen nicht um „Einzelfälle“ handelt, zieht der Artikel eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Fessel-GfK* (Grow from Knowledge) zu und zeigt, welche Einstellungen die FPÖ- und BZÖ-WählerInnen zum Thema Zweiter Weltkrieg und Nationalsozialismus haben. Die Ergebnisse zeigen eindeutig, dass diese WählerInnengruppen der Aussage, dass „der Nationalsozialismus für Österreich sowohl Gutes als auch Schlechtes gebracht“²⁹⁸ hat mehr Zustimmung schenken als Nicht-FPÖ- BZÖ-WählerInnen. Die Zahlen werden auch in Relation mit den österreichweiten Umfragen gesetzt, um zu zeigen, dass ein deutlicher Unterschied zwischen WählerInnen von FPÖ und BZÖ und jenen der anderen politischen Parteien besteht. Ein Interview zu einer so heiklen Thematik hat für die Zeitung den großen Vorteil, dass es sich um eine redaktionsexterne Meinung handelt, die der LeserInnenschaft die Thematik näher bringt, obwohl man davon ausgehen kann, dass sich das *Falter*-Publikum grundsätzlich mit der im Medium vertretenen Meinung identifizieren kann. Für den Historiker handelt es sich bei den Vorfällen Kampl und Gudenus nicht um „Einzelfälle“. Laut ihm sind es „keine Outsider oder Verrückte“²⁹⁹, sondern sie übernehmen nur die Funktion

²⁹⁶ Botz Gerhard, Das sind keine Outsider, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20050504/das-sind-keine-outsider/1536280014>> am 4.5.2005, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

²⁹⁷ Ebenda.

²⁹⁸ Ebenda.

²⁹⁹ Ebenda.

eines Sprachrohres und spiegeln die Einstellung vieler ÖsterreicherInnen wider. Botz fügt hinzu, dass es sich um ein Phänomen handelt, das vorrangig in der FPÖ auftritt.

Das Interview dient zur Erklärung, warum es in Österreich immer wieder zu „Störfällen“ kommt, in denen die NS-Vergangenheit anders interpretiert wird als es von offizieller Seite der Fall ist. Als Hauptursache wird die breite Akzeptanz des Nationalsozialismus in Österreich gesehen. Ein „österreichisch-national motivierter Widerstand“³⁰⁰ war kaum vorhanden, so der Historiker. Zudem zweifelt Botz, ob die Befreiung im Jahr 1945 bejubelt wurde, da diese das Ende des NS-Regimes bedeutete oder die Tatsache, dass „die Kriegsgräuel vorbei waren“³⁰¹. Hinzu kommen ein schwaches Demokratiebewusstsein und der vordergründige Wunsch nach Identität. Für den Historiker liegt das Problem darin, dass „die Österreicher (...) [nie] mit ihrer komplizierten Geschichte (...) ins Reine gekommen [sind]. Sie wollen nicht anerkennen, dass sich viele von ihnen einst als Deutsche fühlten und konstruieren nach 1945 rückwirkend eine durchgehende Identität.“³⁰² Dieser Auszug zeigt, dass der Historiker die Schuld nicht bei der FPÖ alleine sucht, sondern einen komplexeren historischen Zugang wählt. Die politischen Entscheidungen der Nachkriegszeit haben immer noch Auswirkungen darauf, wie Geschichte im 21. Jahrhundert gedeutet werden kann. Dass es so weit kommen kann, zeigt auch, dass Österreich bis heute keine einheitliche Lösung für sein Problem gefunden hat und die Vergangenheit nicht richtig aufgearbeitet wurde. Botz nennt als eindeutiges Indiz dafür den Umstand, dass auch in offiziellen Gedenkfeiern die Begeisterung der ÖsterreicherInnen für den Nationalsozialismus keine Erwähnung gefunden hat. Im richtigen Umgang mit Personen wie Gudenus schlägt der Historiker vor, dass die bereits „bestehenden Gesetze“ angewendet werden, denn seiner Meinung nach „könnte Gudenus' Aussage gegen das Wiederbetätigungsgesetz verstoßen.“³⁰³ Doch das alleine reicht nicht, es bedarf auch einer offenen Diskussion der Ereignisse. Das Interview mit dem Historiker geht sehr stark auf das Verhalten der ÖsterreicherInnen in der NS-Zeit ein und zeigt auf, dass die Bevölkerung mehrheitlich für die Nazis war.

In der gleichen Ausgabe wird Gudenus zum „Dolm der Woche“ gewählt. Mit dem ersten Satz „Der Mann ist und bleibt ein Überzeugungstäter“³⁰⁴ zeigt *Falter*, dass es sich bei der

³⁰⁰ Ebenda.

³⁰¹ Ebenda.

³⁰² Ebenda.

³⁰³ Ebenda.

³⁰⁴ Falter Redaktion, John Gudenus, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20050504/john-gudenus/1536280010>> am 4.5.2005, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Causa Gudenus nicht um einen „Einzelfall“ handelt und stützt sich im weiteren auf die von Gudenus getätigten Aussagen aus den Jahren 1995 und 2005. Diese werden im Text zitiert, um die Wirkung zu unterstreichen und zu zeigen, dass der Bundesratabgeordnete seine Meinung innerhalb von zehn Jahren nicht geändert hat. Die Redaktion lässt nur kritische Stimmen aus der FPÖ zu Wort kommen, die sich für dessen Rücktritt aussprechen und zitiert Gudenus, welcher es als „würdelos“³⁰⁵ bezeichnet. Die Kritik bleibt bis auf den letzten Satz aus, die Haltung der Reaktion ist neutral und äußert sich nicht zu dessen Verhalten. Doch mit „Über die Würde der NS-Opfer verliert er kein Wort.“³⁰⁶ wird eine Anspielung auf das allgemeine Schweigen in Österreich zum „Opfermythos“ gemacht. Möglich ist auch, dass die Kritik der allgemeinen Berichterstattung dient, die sich überwiegend mit Gudenus beschäftigt und die Opfer des NS-Regimes zu wenig in den Mittelpunkt stellt. Da sich FPÖ-Politiker immer wieder in die Rolle des Opfers begeben, ruft der Beitrag dazu auf, dass man sich mehr mit dem Begriff des Opfers beschäftigt und die Narrative Österreichs kritisch hinterfragt.

Am **15. Juni 2005** erschien der Artikel „Schamlos, aber schuldig?“, verfasst vom Rechtsanwalt und Universitätsdozent für öffentliches Recht und Rechtslehre Alfred J. Noll. Der Autor schreibt den Artikel aus der Rolle eines Juristen und macht dies durch die Verwendung des Wortes „uns“ deutlich. Die angesprochenen Themen sind komplex und sollen den Zusammenhang und Unterschied zwischen dem herrschenden Gesetz in der Theorie und dessen Auslegung in der Praxis aufzeigen. Der Artikel ist eindeutig an ein Publikum adressiert, welches über ein grundlegendes Rechtsverständnis und einen hohen Bildungsgrad verfügt. Dafür beschreibt Noll zu Beginn eine fiktive Vorgehensweise der Causa Stadler, die möglich wäre, wenn man das „Besteck strafrechtlicher Verfolgung“³⁰⁷ außen vor lassen würde. „Und ab die Post: Tatbegehungsgefahr, Untersuchungshaft, Anklage! Hauptverhandlung, unbedingte Freiheitsstrafe wegen mangelnder Reue, Gefängnis! - Schluss, aus, Ende?“³⁰⁸ Dieses Beispiel soll zeigen, dass Gesetze auch angeklagte Menschen schützen, vor allem vor „politischer Empörung“, die Noll für angebracht hält, und außerdem vor „moralischer Überlegenheit.“³⁰⁹ Notwendig dafür ist eine unabhängige Staatsanwaltschaft, die belastendes

³⁰⁵ Ebenda.

³⁰⁶ Ebenda.

³⁰⁷ Noll Alfred J., Schamlos, aber schuldig?, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20050615/schamlos-aber-schuldig/1834130013>> am 15.6.2005. (letzter Zugriff: 30.12.2019).

³⁰⁸ Ebenda.

³⁰⁹ Ebenda.

wie auch verteidigendes Material prüft und entscheidet, ob es zu einer Anklage kommt. Der Autor geht auch auf ein in den Medien viel diskutiertes Paradoxon der Causa Stadler ein: „Darf man sagen, was man meint? Soll Gudenus sagen dürfen, was er glaubt?“³¹⁰ Um seine objektive Rolle zu stärken, informiert der Autor die LeserInnenschaft zu Beginn sehr allgemein über die Meinungsfreiheit^[OBJ], und fügt hinzu, dass es in ihrem Sinne eine mögliche Einschränkung gibt, um eine demokratische Gesellschaft zu schützen. Im Falle Österreichs handelt es sich um das Verbotsgesetz, welches „den historischen Besonderheiten Österreichs“³¹¹ zugrunde liegt. Es verbietet der in Österreich lebenden Bevölkerung „sich für den Nationalsozialismus zu betätigen.“³¹² Noll zitiert immer wieder aus den österreichischen Gesetzestexten, aus der Verfassung und den Verfassungsgerichtshof. Dieser bestätigte 1985, dass es eine Absicht hinter dem Verbotsgesetz gibt und, dass dieser somit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie leistet. Der Jurist verweist jedoch auf die Unterschiede zwischen Theorie und Praxis und bezweifelt, dass sich jede/r an die Gesetze immer so hält, wie es sein sollte. Er zieht den Schluss, dass „das Recht sagt uns aber nicht, was ist sondern es sagt uns (bestenfalls) nur, was sein soll.“³¹³ Bezugnehmend auf Gudenus und dessen „Brüder im Geiste“³¹⁴ zeigt er auf, dass auch die „Schranken“ nicht ganz festgelegt sind, sondern von Strafgerichten bestimmt werden und, dass diese wiederum von der Staatsanwaltschaft abhängig sind. Kommt es zu keiner Anzeige, so können die Schranken auch nicht individuell angepasst werden. Somit hinterfragt Noll in der Causa Stadler das Vorgehen der Staatsanwaltschaft und lässt deren Entscheidungen in Zusammenhang mit vielen Fragen Revue passieren. Seiner Einschätzung nach „schrammte“ Gudenus am Verbotsgesetz gerade noch vorbei, er schreibt jedoch trotzdem, dass „er damit implizit die Gaskammern leugnet“, doch „seine Semantik hat Gudenus gerade noch gerettet.“³¹⁵

Da der Artikel einige Zeit nach Gudenus Aussage im ORF-Report publiziert wurde, kann der Autor auf darauffolgende Ereignisse reagieren. Er analysiert dessen Aussage, dass es nur in „Polen“ und nicht im „Dritten Reich“ Gaskammern gegeben haben soll. Dazu zitiert er einen Zeitungsartikel aus dem *Standard*, in welchem der Historiker Botz Gudenus Drauf-

³¹⁰ Ebenda.

³¹¹ Ebenda.

³¹² Ebenda.

³¹³ Ebenda.

³¹⁴ Ebenda.

³¹⁵ Ebenda.

gabe für falsch erklärt. Noll spricht von einem „historischen, politischen und staatsrechtlichen Schwachsinn“³¹⁶ und scheut auch nicht davor zurück, die Einschätzungen der Staatsanwaltschaft Wien in seinem Artikel öffentlich zu kritisieren. Dies begründet er durch ein langes und ausführliches Zitat aus dem § 3h Verbotsgesetz, welches im Fall Gudenus angewendet werden kann. Obwohl es zu einem Verfahren kommen kann, verweist der Autor erneut auf die weiteren Schritte und die Entscheidungen der Institutionen, welche schlussendlich das letzte Wort haben. Trotzdem ruft er die Zivilbevölkerung und die kritischen Stimmen des Landes auf und zeigt ihnen, dass etwas bewirkt werden könne. Der letzte Satz offenbart erneut die persönliche Meinung des Autors, der sich nun bewusst an seine KollegInnen in der Justiz wendet und sie auffordert schnell zu handeln. Dies tut er kurz und prägnant mit folgenden Worten: „Die Justiz soll arbeiten - jetzt.“³¹⁷

Am **22. Juni 2005** veröffentlichte der *Falter*-Chefredakteur Florian Klenk einen Artikel mit dem Titel „Das kann nicht stimmen“, indem er sowohl Gudenus Aussage im ORF-Report als auch eine weitere Äußerung im Zusammenhang mit dem Konzentrationslager Mauthausen analysiert und kommentiert. Der Journalist fasst zu Beginn die wichtigsten Aussagen von Gudenus zusammen und zitiert den damaligen Bundespräsidenten Heinz Fischer, der sich deutlich distanziert und dem FPÖ-Politiker rät ins Konzentrationslager Mauthausen zu fahren, um sich selbst von der Existenz der Gaskammern ein Bild zu machen. Das Hauptthema des Artikels ist der protokollierte Besuch von Gudenus im KZ-Mauthausen. Ausgehend von diesem dem *Falter* vorliegenden Dokument beschreibt Klenk den Besuch als „beschämend und unerträglich“³¹⁸ und kommentiert Gudenus Verhalten. Durch die detaillierte Beschreibung der Besichtigung ist es dem Journalisten möglich, das respektlose Verhalten Gudenus aufzuzeigen und dieses der Öffentlichkeit zu präsentieren. Der Weg führte Gudenus in Mauthausen zuerst in eine Fotoausstellung, dort dürfte er, so zitiert *Falter*, festgestellt haben, „dass jugendliche Häftlinge auf einem Bild eigentlich ganz gut aussehen würden (in Bezug auf ihren körperlichen Zustand) und er (Gudenus, Anm. Der Red.) schlechter aussehe.“³¹⁹ Ferner wird davon berichtet, dass während des Besuches immer wieder über die sogenannte „Auschwitzlüge“ diskutiert wurde und er dem Rabbiner erklären wollte, dass es auch israelische WissenschaftlerInnen gab, welche die Zahl der jüdischen Opfer kritisch

³¹⁶ Ebenda.

³¹⁷ Ebenda.

³¹⁸ Klenk Florian, Das kann nicht stimmen, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20050622/das-kann-nicht-stimmen/1710050015>> am 22.6.2005, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

³¹⁹ Ebenda.

hinterfragt haben. Der Verfasser des Protokolls drückt sein Unverständnis für diese respektlosen Gespräche in der Gedenkstätte durch drei Rufzeichen aus als er schreibt: „Ein Herr erklärte anhand einer Zeichnung (!!!), auf der eine Gaskammer und die Tür abgebildet sind, dass man hier sehen könne, dass eine Vergasung hier nicht funktionieren hätte können.“³²⁰ Im Artikel wird auch die Wiener Staatsanwaltschaft genannt und die Einschätzung eines Staatsanwaltes, der Gudenus als „verrückt“³²¹ bezeichnet. Am Ende des Artikels findet sich ein kurzer Überblick über die Zahl der in Mauthausen gestorbenen Menschen und die von den Nazis angewendeten Methoden, um die Menschen zu töten. Der Autor nennt den Steinbruch, die Genickschussanlage und die 1941 installierte Gaskammer. Mit dem Satz „Das Lager wurde am 5. Mai 1945 von den Amerikanern befreit.“³²² endet der Artikel. Damit wird auch ein starker Fokus auf die AmerikanerInnen als Symbol für das Ende des NS-Regimes gelegt.

Am **21. Dezember 2005** wurde Gudenus in der *Falter*-Extraausgabe „Bösterreich ist frei“ als Person ausgewählt, die als „böse“ wahrgenommen wurde. Bereits das Wort „Bösterreich“ spielt auf eine kritische Haltung der Stadtzeitung an. In drei Zeilen wird sein Zweifel an den Gaskammern angesprochen und er wird dafür wie ein kleines Kind gemahnt. „Das ist erstens ganz, ganz dumm und zweitens ganz, ganz böse.“³²³ Dieses Zitat zeigt, dass *Falter* als Medium eine besonders ablehnende und kritische Meinung Gudenus gegenüber einnimmt und dessen Verhalten schwer verurteilt.

8.4.4 Zusammenfassung der Analyse von John Gudenus

Die Analyse der Berichterstattung von *Profil* und *Falter* zeigt, dass sich beiden Medien klar positionieren und Gudenus heftig kritisieren. Der Fall bekommt von Seiten der JournalistInnen viel Aufmerksamkeit und wird auf den verschiedensten Niveaus heiß diskutiert. Darunter fallen Kommentare aber auch Einschätzungen von Fachleuten, die anhand des Wiederbetätigungsgesetzes zeigen, wo sich Gudenus mit seiner Aussage befand.

³²⁰ Ebenda.

³²¹ Ebenda.

³²² Ebenda.

³²³ Falter Redaktion, Bösterreich ist frei, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20051221/boesterreich-ist-frei/1837530025>> am 21.12.2005, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Es wird vor allem das freiheitliche Geschichtsbild hinterfragt und dank intensiver Hintergrundarbeit des *Profils* die Gründe dafür erläutert. Interessant ist, dass die meisten JournalistInnen keinen ideologischen Unterschied zwischen der FPÖ und dem BZÖ machen, die Kritik gilt auch nach der Spaltung in zwei parlamentarisch gewählten Parteien. Die Artikel von Christa Zöchling, welche auch bei den anderen diskursiven Ereignissen eine wichtige Stellung in *Profil* einnahm, zeigen das Bemühen nach Aufklärungsarbeit des Mediums. Ferner bestätigt es die Kompetenz der Journalistin sich mit ähnlichen Themen zu beschäftigen. Die vielen Artikel haben eines gemeinsam: sie arbeiten alle gegen die Theorie des „Einzel-falles“, indem vor allem viele Beispiele gebracht werden, Zitate von anderen FPÖ- und BZÖ-Politikern wurden abgedruckt und deren Ansichten mithilfe von historischen Fakten entkräftet.

Darüber hinaus verwendet ein Artikel des *Profils* mit ZeitzeugInnen-Aussagen, die die Annahme Gudenus widerlegen und zur Sensibilisierung der LeserInnenschaft beitragen sollen. Grundsätzlich bleibt auch die Kritik an der ÖVP als Koalitionspartner nicht aus, so zeigt ein Vergleich von Schüssel und Vranitzky, dass eine FPÖ und die damit verbundenen Probleme nicht mit jeder österreichischen Partei möglich gewesen wären. Zur Entkräftung Gudenus Aussage sind vor allem die vielen historischen Fakten zu nennen, die im Laufe der Bericht-erstattung genannt werden, um den LeserInnen eine andere, historisch wahre Perspektive zu bieten.

Da sich die Causa Kampl kurz vor der Ausstrahlung des ORF-Reports ereignete, werden die beiden diskursiven Ereignisse oft zusammen behandelt und kritisch analysiert.

9 Experteninterviews zur Schwarz-Blauen Koalition und ihrem Umgang mit Vergangenheit

Im Zuge der Analyse wurden zwei Experten zu den diskursiven Ereignissen und den allgemeinen Umgang mit Vergangenheit während der Schwarz-Blauen Regierungszeit befragt. Die ausgewählten Personen sind der am Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes arbeitende Rechtsextremismusforscher Andreas Peham und der Schriftsteller und Historiker Doron Rabinovici. Beide haben einen wichtigen Beitrag geleistet um ein umfassenderes Bild der Umstände zu gewinnen und viele Hintergrundinformationen geliefert. Die Kernaussagen der Gespräche sollen im folgenden Kapitel kurz dargestellt werden und dürfen als Ergänzung zur Analyse gesehen werden.

Bei den beiden Befragten handelt es sich, genau wie bei *Falter* und bei *Profil*, um zwei sehr kritische Persönlichkeiten, die sich mit der Schlüssel Regierung sehr kritisch auseinandersetzen.

9.1 Experteninterview mit dem Rechtsextremismusforscher Andreas Peham

Das Gespräch mit Andreas Peham fand am 10. Dezember 2019 im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes statt und wurde mit seinem Einverständnis aufgezeichnet und darf für die vorliegende Diplomarbeit verwendet werden. Ein großer Dank gilt daher Andreas Peham, der sich viel Zeit für das Interview nahm und mir mit Rat und Tat zur Seite stand.

Ein wichtiger Aspekt, der sich auf alle vier diskursive Ereignisse bezieht, ist jener, dass Peham in gar keiner Art und Weise verwundert war, dass die ÖVP, FPÖ und BZÖ-Politiker mit keinen Konsequenzen rechnen mussten und gibt an, dass er „eher im Gegenteil überrascht ist, wenn es anders wäre“³²⁴. Geschichtsrevisionismus und Geschichtsklitterung Bezugnehmend auf die Causa Stadler spricht Peham von Geschichtsklitterung- und Relativierung, die vor allem möglich ist, weil in Österreich viel zu wenig Widerstand herrschte. Darüber hinaus unterstreicht er, dass die Politiker die Grenzen der Strafbarkeit gut genug

³²⁴ „Umgang mit Vergangenheit und Holocaust unter Schwarz-Blau 1“, Interview mit Andreas Peham am 10.12.2019 im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Verwendung für die Diplomarbeit von der interviewten Person bestätigt.

kennen, um zu wissen, in welchem Rahmen sie sich äußern können, ohne das Verbotsgesetz zu streifen. Der Experte kritisiert deshalb auch das in Österreich bestehende Gesetz und schreibt ihm eine „kontraproduktive Funktion“³²⁵ zu, da es in der Hand der Gerichte liegt zu entscheiden, was strafbar ist und was nicht. So sieht er in den Urteilen der Gerichte gleichzeitig die politische Zulässigkeit. Genau aus diesen Gründen wird die Verantwortung der Gesellschaft angesprochen, die die grundsätzliche Aufgabe hat sich kritisch mit der Politik auseinanderzusetzen und notwendige Grenzen des Sagbaren zu ziehen.

Peham spricht an, dass die Waldheim-Affäre 1986 und auch Haider die Debattierkultur des Landes veränderte, da in den 60er und 70er Jahren noch viel aggressivere Vorgehensweisen in den Medien möglich waren. Als Beispiel nennt er die in der *Kronenzeitung* erschienen Beiträge mit dem Titel „Die Juden in Österreich“, die sich bewusst antisemitischen Klischees und Stereotypen bedienten. Solche Publikationen waren ab 1986 nicht mehr möglich.

Deshalb nennt er die oben genannten Politiker auch „unfreiwillige Aufklärungsмасchinen“³²⁶, da sie eine Veränderung in Bezug auf die politische Kultur und die Sagbarkeitsgrenze brachten. Diesen Wandel sieht Peham durchaus positiv, trotzdem beschreibt er den Mechanismus als „Pendel“, der auch wieder in die andere Richtung ausschlagen kann. Für die letzten Jahre sieht er eindeutig, dass die Grenze des Sagbaren wieder sinkt und nennt als Beispiel die vielen „Einzelfälle“ der FPÖ.

Im Interview wurden auch einzelne Artikel näher besprochen, unter anderem der Beitrag aus dem *Profil*, der den provokanten Titel „Ist Stadler ein Nazi“ trägt. Die Frage an den Experten lautete, wie er die Frage beantworten würde und ob er Stadler als Nazi bezeichnen würde. Der Rechtsextremismusforscher geht einen Schritt zurück und erklärt, dass es in Österreich nicht verboten ist ein Nazi zu sein, sondern vielmehr die Betätigung im neonazistischen Sinn strafbar ist und auch nicht alle Aspekte des Nationalsozialismus gesetzeswidrig sind.

Deshalb kann er den ehemaligen FPÖ-Volksanwalt im strafrechtlichen Sinne nicht als Nazi bezeichnen, doch er „spricht wie einer und adressiert ein spezielles Milieu“, das vor allem im rechtsextremen Einflussbereich agiert. Stadler, so Peham, kann als Rechtsextremer bezeichnet werden und als „Hardliner“ in der FPÖ gesehen werden. Interessant ist, dass er den FPÖ-Politiker dem „österreichischen Rechtsextremismus“ zuordnet unter dem er eine Mischung aus deutschnationalem und austrofaschistischem Rechtsextremismus versteht,

³²⁵ Ebenda.

³²⁶ Ebenda.

der viele Elemente des katholischen Extremismus beinhaltet. Den innerparteilichen Rückhalt führt der Experte auf die persönliche Ebene zurück und verweist auf biographische, persönliche Betroffenheit.

In der Causa Stadler wird vor allem der semantische Unterschied zwischen der „Befreiung“ und der „Besatzung“ in der medialen Berichterstattung sehr intensiv diskutiert, da sie verschiedene historische Sichtweisen widerspiegeln. Auf der einen Seite war es eine Befreiung der von den NationalsozialistInnen Verfolgten und der im Untergrund tätigen. Denen gegenüber stand ein Großteil der österreichischen Bevölkerung, die das NS-Regime unterstützen, und zwar ein Ende des Krieges, aber keine Befreiung von der NS-Herrschaft wollten. Aus dieser Perspektive heraus Fall bezeichnet der Experte die Ankunft der Roten Armee im Jahr 1945 nicht „Befreiung“ vom Nationalsozialismus, da diese für die Mehrheit keine „richtige“ Befreiung war. In Stadlers Aussagen spiegelt sich demnach die „subjektive Aufrichtigkeit“³²⁷ jener wider, die sich das Ende der NS-Zeit nicht wünschten. In den darauffolgenden Jahren wurde der Begriff hauptsächlich verwendet, um die „Opfertheorie“ zu stützen und wird von dem Experten als „integraler Moment“³²⁸ des historischen Narratives gesehen.

Peham vertritt die Auffassung, dass Stadlers und auch die anderen aus der FPÖ kommenden Aussagen keine Überraschung sind, da die FPÖ die Seite der TäterInnen vertritt und sich mit ihrer Erfahrung identifiziert. Die Freiheitliche Partei stand somit immer neben dem politischen Konsens und wurde erst von den anderen Großparteien salonfähig gemacht.

Hinter den diversen Aussagen sieht der Rechtsextremismusforscher drei Ebenen. Die erste ist die Provokation mit dem Ziel sich als Opfer von Verfolgung darzustellen. Danach kommt ein direkter, gezielter Angriff auf eine bestimmte Sichtweise der Vergangenheit. Bei der dritten Ebene handelt es sich um die „subjektive Ehrlichkeit“³²⁹, die die Ansichten der Personen zeigt. Wichtig ist auch, welches Publikum angesprochen wird und zu wem die Person in welchem Rahmen spricht. Im Fall Stadler handelt es sich vor allem um Provokation und das direkte Adressieren an den „rechten Rand“.

In der Causa Gudenus teilt der Experte die Meinung der zur Analyse ausgewählten Medien, denn auch für ihn ist der FPÖ-Politiker bereits „viel zu lange ein Problem der Partei.“³³⁰

³²⁷ Ebenda.

³²⁸ Ebenda.

³²⁹ Ebenda.

³³⁰ Ebenda.

Darüber hinaus sieht Peham Fälle wie Gudenus als große Motivation an seine Arbeit im DÖW auszuführen und macht sich über die Aussage Gudenus lustig. Aus seinen Aussagen lässt heraushören, dass er sich über den Ausgang der Causa freut und äußert schadenfroh, dass „sich Gudenus verkalkulierte.“³³¹

Ein sehr interessanterer Punkt betrifft die Arbeit der politischen Opposition, die Peham als nicht ausreichend bezeichnet, denn die SPÖ und die Grünen sind Teil der „medialen Aufregungsmaschinerie“ und erst durch das „Aufschwappen der Empörung“ wurde es der FPÖ ermöglicht Aufmerksamkeit zu bekommen und sich solche Aussagen auch leisten zu können. Er wirft ihnen auch vor die wissenschaftlichen Ergebnisse nicht in ihren politischen Diskurs einzubauen, indem sie das Adjektiv „rechtsextrem“ mit der FPÖ in Verbindung setzen, da die Parteien Angst haben, dass die Gesellschaft mit dem Begriff des Rechtsextremismus automatisch auch an den Neonazismus denken. Nachdem die Zivilgesellschaft auch Teil der „medialen Welt“³³² ist, können auch Veränderungen durch sie ausgelöst werden und eine Änderung des Diskurses hervorzubringen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Peham die Annahme unterstützt, dass die beiden ausgewählten Medien in ihrer Vorgangsweise nicht die ÖVP-FPÖ Koalition sehr stark kritisieren. Er teilt die kritischen Gedanken der JournalistInnen und stand der ÖVP-FPÖ Regierung immer sehr kritisch gegenüber. Wobei er den *Falter* deutlich linker positioniert als *Profil*. Darüber hinaus sieht er beide als notwendige Mittel um Aufklärungsarbeit zu betreiben, die grundsätzlich die Aufgabe des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks wäre. Er sieht den Bildungsauftrag als Verantwortung der Medien, da die politisch-historische Bildung in Österreich kaum vorhanden ist und nennt dies sogar einen „historischer Analphabetismus“.³³³ Da es sich aber bei *Falter* und *Profil* um Medien handelt, die nicht für die breite Masse verfasst werden, stellt sich der Experte die Frage nach der Sinnhaftigkeit. Boulevardmedien wie *Österreich* arbeiten in seinen Augen in die andere Richtung und stellen historische Ereignisse sehr einseitig dar.

³³¹ Ebenda.

³³² Ebenda.

³³³ Ebenda.

9.2 Experteninterview mit dem Schriftsteller und Historiker Doron Rabinovici

Das Interview mit Doron Rabinovici fand am 18. November 2019 im Café Korb in der Wiener Innenstadt statt und wurde mit seinem Einverständnis aufgezeichnet und darf für die vorliegende Diplomarbeit verwendet werden. Ein großer Dank gilt daher Doron Rabinovici, der sich viel Zeit für das Interview nahm und mit vielen interessanten Erzählungen einen wichtigen Beitrag zur Fertigstellung meiner Diplomarbeit leistete. Das Gespräch dauerte sehr lange und beinhaltete viele verschiedene Schwerpunkte. Die folgenden Seiten sollen die wichtigsten Aussagen kurz zusammenfassen.

Zu Beginn erklärte Rabinovici die Entstehung der Freiheitlichen Partei, die wie er sagt auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein Teil des „Dritten Lagers“ bleiben wollte, da es sich bei ihr um die „Nachfolger der Vorgänger der Nazis“³³⁴ handelte. Darüber hinaus wollten ihre Mitglieder nicht Teil der demokratischen Parteienlandschaft Österreichs sein.

Die Bemühungen der FPÖ sich in eine liberale Richtung zu entwickeln, sieht der Experte kritisch, da für ihn der Begriff in Österreich eine andere Bedeutung als in anderen Ländern hat. Er versteht unter „freiheitlich“ eine „antiklerikale, historisch betrachtet antihabsburgische und auf jeden Fall antisemitische“³³⁵ Einstellung, die sich darüber hinaus gegen die Gewerkschaften stellt.

Die Regierungsbildung 2000 beschreibt Rabinovici als Moment der Zugeständnisse gegenüber der FPÖ, die zuvor in der Zweiten Republik nicht gemacht werden mussten. Er erkennt die Leistungen der Restitutionspolitik an, merkt trotzdem an, dass die Zahlungen als Notwendigkeit dargestellt wurden, nicht, weil diese einen Beitrag zur Gerechtigkeit leisten würde, sondern um Kritik zu vermeiden. Er sieht in den Entschädigungszahlungen einen Fortschritt beziehungsweise ein Eingeständnis, das über den „Opfermythos“ hinausgeht und ein Eingeständnis der „nicht pekuniären Schuld“³³⁶ symbolisiert.

Schüssels Interview in der *Jerusalem Post*, die Aussagen Stadlers, aber auch die offiziellen Feiern bezeichnet der Experte als „Relativierung“. Deshalb ist gerade das Gedenkjahr 2005, das der Schriftsteller als „Jahr der Unschärfe“ bezeichnet von großer Bedeutung, denn es

³³⁴ „Umgang mit Vergangenheit und Holocaust unter Schwarz-Blau 1“, Interview mit Doron Rabinovici am 18.11.2019 im Café Korb in Wien. Verwendung für die Diplomarbeit von der interviewten Person bestätigt.

³³⁵ Ebenda.

³³⁶ Ebenda.

ist unklar, ob dem Jahr 1945 oder 1955 gedacht wird. Welches Jahr wird als Moment der Befreiung verstanden?

Anhand des EU-Beitritts Österreichs wird der Umgang mit der Vergangenheit deutlich, denn die Länder, die in den 90er Jahren der Union beitreten wollten, mussten „in der Phase der Integration eine Entwicklung der Demokratisierung durchgehen und sich geschichtspolitisch klar positionieren.“ Deshalb legte Österreich vor seinem Beitritt unter dem damaligen Bundeskanzler Vranitzky ein besonderes Wohlverhalten an den Tag. Nach der Aufnahme in die Union war es den Ländern aber erneut möglich ihre Geschichtsauffassung zu verändern.

Den großen Fehler den Schüssel am 8. November 2000 beging, sieht Rabinovici in der Tatsache, dass er diese Aussage in der *Jerusalem Post* tätigte. Persönlich sieht er einen Rückschritt und wirft Schüssel vor sich hinter der Behauptung zu verstecken, dass er Österreich als Staat meinte. Als einfaches Beispiel bringt der Schriftsteller folgendes:

„Wenn der Fernsehsprecher sagt: ‚Meine Damen und Herren, Österreich hat gewählt. Dann meint er eben nicht nur den Staat, sondern die Bevölkerung‘³³⁷

Er begründet weiter, dass ein großer Teil des deutschen Nationalsozialismus aus Österreich stammt und die radikalsten NationalsozialistInnen und AntisemitInnen auch aus diesem Land kamen.

Um die Meinung der beiden befragten Experten vergleichen zu können, wurden auch er zu dem *Profil* Artikel „Ist Stadler ein Nazi“ befragt. Um überhaupt eine Antwort geben zu können, bedarf es zuerst zweier Begriffsdefinitionen, da für den Schriftsteller ein semantischer Unterschied zwischen „Nazi“ und „Nationalsozialist“ vorherrscht. Unter einem/r NationalsozialistIn versteht er eine Person, die die Ideologie der NSDAP teilt und das „Dritte Reich“ wiederhergestellt haben möchte. Die betroffene Person würde ihre Wünsche jedoch nicht aussprechen, da die Demokratie ausgenutzt werden kann, um schleichend eine Diktatur zu etablieren. Ein Nazi hingegen ist in den Augen eines Nationalsozialisten/ einer Nationalsozialistin kein „vollwertige/r NationalsozialistIn.“ Darüber hinaus ist Nazi auch in der Alltagssprache ein Schimpfwort, das nicht automatisch mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht wird, sondern eine eher verbrecherische Deutung hat.

³³⁷ Ebenda.

Rabinovici sieht die große Problematik im Vorwurf selbst, da man sich selbst in eine Situation begibt aufgrund derer es möglich ist wegen Rufschädigung angeklagt werden könnte. Darüber hinaus sieht er einen großen Unterschied zwischen Stadlers Ansichten und jenen der NationalsozialistInnen. Demnach konnte er die Frage weder mit ja noch mit nein beantworten, durch seine Erklärungen jedoch aufzeigen welche Methoden von Stadler verwendet wurden, um das Verbotsgesetz zu umgehen.

Das zweite Thema, welches im Rahmen des Interviews intensiv besprochen wurde ist die Rolle der politischen und zivilgesellschaftlichen Opposition während der Schwarz-Blauen Regierung. Rabinovici war eine der führenden Persönlichkeiten, die sich zu den Vorkommnissen kritisch äußerte und die FPÖ in der Regierung nicht akzeptieren wollte.

Die Arbeit der Opposition bezeichnet der Schriftsteller als teilweise gelungen, schreibt die richtige Opposition jedoch der Zivilgesellschaft zu. Damit meint er die Gedanken, die sich die GegnerInnen machen und sich in der Donnerstagsdemo manifestierten. Die Organisation, der Rabinovici angehörte, nannte sich „die demokratische Offensive“ und entsprang dem Republikanischen Club und anderen Organisationen. Die „richtige“ Arbeit für diese Gruppierung begann erst mit dem Ende des Wahlkampfes, da ihnen die Präsenz der internationalen Medien, wie *CNN*, *Le Monde* oder *New York Times*, die Möglichkeit bot ihre Ideen der Welt zu präsentieren. Dies ermöglichte ihnen als Gruppe die mediale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Die Manifestationen und der Unmut über die Wahlen nennt der Experte eine „Erneuerung der Zivilgesellschaft“³³⁸ und sorgte auch für Probleme in der Schwarz-Blauen Regierung. Die internationale Kritik war auch ein für einen nationalen Schulterschluss innerhalb der Koalition und erinnert an die „Waldheim-Affäre“.

Nachdem sich die Gruppe etablierte, sah sie sich im Widerstand tätig, hatte jedoch zu Beginn große Zweifel diesen historischen Begriff zu verwenden. Rabinovici erklärt dies wie folgt:

„Wir nannten uns Widerstand und im strengen Sinn waren wir das nicht. Widerstand bedeutet ja, dass ein Gesetz gebrochen wird im Namen des höheren Rechts. Dennoch die *Donnerstagsdemos* waren natürlich ein Bruch, denn sie waren unangemeldet. Die *Donnerstagsdemos* waren Ausdruck eines widerständigen Verhaltens. Sie haben uns auch immer gesagt ‚meldet die Demos an‘ und wir haben gesagt ‚Nein, das tun wir nicht, denn wir haben einen Ausnahmezustand.‘ Der Widerstand wurde

³³⁸ Ebenda.

von uns als Parole verwendet, ich war übrigens am Anfang echt erschrocken, dass man diese Parole verwendet, weil als Historiker war ich damals zunächst einmal schockiert, dass wir uns so nennen. Es dauerte ungefähr fünf Minuten, weil die Gegenseite hatte ja mit dem Nationalsozialismus kokettiert ... hatte ja gefeiert ... Dinge die wir als schrecklich empfinden und betrauert den Sieg über Hitler. All diese Dinge bewiesen ja, die spielen mit der Vergangenheit und wir berufen uns dagegen... auf das Vermächtnis des Widerstandes. (...) Auch, wenn es durchaus Widerstandskämpfer gab, die meinten wir dürfen das nicht.“³³⁹

Die größten Kritikpunkte waren, dass sie in der FPÖ eine Partei sahen, die ein Problem mit der parlamentarischen Demokratie hat und ihr ungeklärtes Verhältnis zur Vergangenheit. Diese Punkte waren für Rabinovici ausschlaggebend um die Kritik voranzutreiben und die Gesellschaft aufzurufen sich der Koalition entgegenzustellen.

Das Gespräch mit Herrn Rabinovici zeigt eindeutig, dass es sich um ein sehr komplexes Thema handelt, das sich quer durch die Gesellschaft zieht und für viel Diskussion sorgte. Mit ihm als Gesprächspartner wurde mir ein Blickwinkel präsentiert, der sich eindeutig gegen die Koalition stellte und die FPÖ in ihrem Umgang mit der Vergangenheit aktiv heftig kritisierte. Die Erzählungen und persönlichen Erfahrungen finden sich in der Fachliteratur nicht wieder und boten eine weitere Perspektive auf die Schüssel-Regierung.

³³⁹ Ebenda.

10 Fazit der Analyse und Ausblick

Die vier diskursiven Ereignisse beschäftigen sich grundsätzlich mit verschiedenen Themen, haben jedoch den Umgang mit der Vergangenheit gemeinsam. Es zeigt sich, dass unter der Regierung von Schüssel diverse „Störfälle“ für Aufmerksamkeit sorgten und ausgehend davon eine grundlegende Debatte über Österreichs Rolle im Zweiten Weltkrieg und auch danach entstand. Die beiden Medien *Falter* und *Profil* leisteten im Umgang mit den diskursiven Ereignissen eine wichtige Rolle zur Aufarbeitung und Klarstellung und lieferten einen kritischen Blick auf die PolitikerInnen und das gesamte Regierungsteam.

Die Analyse hat gezeigt, dass es unterschiedliche Herangehensweisen an die Thematiken gab, wobei sich die beiden Medien jedoch eindeutig positionierten. Sowohl *Falter* als auch *Profil* nahmen zu den vier verschiedenen Ereignissen eine der ÖVP-FPÖ Regierung gegensätzliche Meinung ein. Die Berichterstattung stand somit in journalistischer Opposition zu den ÖVP- und FPÖ-PolitikerInnen. In den untersuchten Zeiträumen erschien kein einziger Artikel, der sich nicht kritisch mit den diskursiven Ereignissen beschäftigte. Darüber hinaus wurden die „beschuldigten“ Personen niemals verteidigt und ihre Aussagen wurden nicht abgeschwächt. Betrachtet man die Anzahl der Artikel, so fällt auf, dass *Profil* eindeutig mehr Berichte veröffentlicht hat, die sich auch um einiges intensiver mit den diskursiven Ereignissen beschäftigen. Hier ist es vor allem die intensive Hintergrundberichterstattung, die besonders seitenintensiv geführt wurde und die diskursiven Ereignisse bis ins Detail beleuchtete. Dies lässt sich an den bis zu fünf Seiten langen Artikel erkennen. Diesbezüglich darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass *Profil*-Ausgaben oftmals bis zu 200 Seiten umfassten, was beim *Falter* nicht der Fall war.

Die Berichterstattung kann als einseitig eingestuft werden, beide Medien lassen durch ihre Zitate in den Berichten Rückschlüsse auf die Blattlinie zu, denn in den meisten Fällen wurden kritische Stimmen zitiert. So wurde der politischen Opposition, meist in Form von SPÖ-PolitikerInnen (Häupl und Gusenbauer) eindeutig mehr Platz eingeräumt als der verteidigenden Seite. Trotzdem wurde auch wichtigen PolitikerInnen (Schüssel und Riess-Passer) der betroffenen politischen Parteien in Form von Interviews die Möglichkeit gegeben, um zu den Causae Stellung zu nehmen. Dabei stellten die JournalistInnen jedoch sehr kritische Fragen und blieben der Grundlinie der Medien treu. Obwohl die Medien die betroffenen Personen nie verteidigen und sich die Kritik speziell gegen Schwarz-Blau richtet, werden

auch die anderen politischen Parteien nicht von Kritik verschont. Da es sich bei der SPÖ um die größte Oppositionspartei handelt, wird in Interviews und Berichten auch ihre Rolle während und nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder zum Vergleich herangezogen. Die Kritik für ihren Umgang mit der Vergangenheit fällt weniger scharf aus, doch nehmen die Medien keine verteidigende oder bestärkende Position ein, die die Opposition in ein besseres Licht stellen würde. Trotzdem lässt die Wahl der zitierten Personen und das daraus entstehende Verhältnis zwischen BefürworterInnen und KritikerInnen eindeutige Rückschlüsse auf die politische Positionierung der Blätter zu. Darüber hinaus zeigt auch der institutionelle Rahmen welche Wichtigkeit den Themen eingeräumt wird. Sowohl *Falter* als auch *Profil* bedienten sich dem breiten journalistischen Repertoire und publizierten Kommentare, Interviews, Grundsatzdebatten, Umfragen und, hier vor allem *Profil*, sehr ausführliche Berichte, die den Hintergrund beleuchteten. Diese zeugen von einer sehr intensiven Auseinandersetzung mit den verschiedenen Themen und werden auch oft von JournalistInnen, wie beispielsweise von Zöchling im *Profil*, vertreten. Darüber hinaus zeigen einige JournalistInnen ihre politische Einstellung sehr eindeutig, viele von ihnen kommen aus SPÖ-nahen Vereinigungen oder schrieben vor ihrer Zeit bei *Profi* und dem *Falter* bei der Arbeiterzeitung.

Die verschiedenen Ereignisse wurden oftmals als Hauptthema in Leitartikeln der Medien behandelt, was ein Indiz dafür ist, dass die Medien die Themen in den Vordergrund stellten und ihnen viel Aufmerksamkeit widmeten. Zudem wurden viele Beiträge von maßgeblichen MeinungsmacherInnen verfasst, darunter fanden sich Chefredakteure und Herausgeber. Aus der Berichterstattung der beiden Medien lässt sich zwar nicht der gesamtgesellschaftliche Diskurs herauslesen, denn sie repräsentieren nur einen Teil der in Österreich vorkommenden Medienlandschaft, trotzdem liefern sie einen wichtigen Einblick in die vorhandenen Meinungen. Während der Zeit der ÖVP-FPÖ Regierung haben sie sich zu einem wichtigen medialen Pendant entwickelt, welches die diskursiven Ereignisse durch einen kritischen Zugang nie unkommentiert ließ. Dies zeigt sich auch darin, dass die Medien bei allen vier untersuchten Ereignissen den Koalitionspartner nicht unbeachtet ließen und eine politische Mitverantwortung suchten. Hauptkritikpunkte sind vor allem eine fehlende Distanzierung und die ausbleibenden Konsequenzen für die Politiker. So wird vor allem in der Causa Haider-Muzicant der Bundeskanzler in seiner Funktion scharf kritisiert und es wird Unverständnis für dessen Schweigen zum Ausdruck gebracht. Beide Medienlassen keinen Moment aus, um die gesamte Koalition zu kritisieren.

Die Medien zeigen ein großes Bemühen um einen differenzierten Zugang, der vor allem ein Abwägen historischer Ereignisse in den Mittelpunkt der Berichterstattung stellte. Daraus lässt sich erkennen, dass es sich bei *Profil* und *Falter* um Qualitätsblätter handelt. Dass eine temporäre Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit bei der LeserInnenschaft von *Profil* und *Falter* mit Sicherheit Eindruck hinterlassen wird und ein Umdenken hervorruft, ist nicht zu bezweifeln. Allerdings wird es weiterhin eine Frage des gesamtgesellschaftlichen Diskurses sein, wie mit dem Erbe des Zweiten Weltkrieges umgegangen wird und welche Lehren aus den vier diskursiven Ereignissen gezogen werden können. Parallel werden immer noch kontroverse Ansichten existieren, die sich nicht mit den geschichtswissenschaftlichen Erkenntnissen decken und ideologisch gefärbt sind. Auch wenn in den letzten Jahren viele positive Schritte vonseiten der Wissenschaft, der Politik und der Gesellschaft gemacht wurden, so zeigen Auflistungen wie jene des Mauthausen Komitee Österreich mit dem Titel „Die FPÖ und der Rechtsextremismus Lauter Einzelfälle?“, dass auch 15 Jahre später Geschichtsbilder in einer österreichischen Partei kursieren, welche längst hätten verabschiedet werden müssen.

11 Literaturverzeichnis

Thomas *Albrich*, „Es gibt keine jüdische Frage“. Zur Aufrechterhaltung des österreichischen Opfermythos. In: Werner Koroschitz, Lisa Rette (Hg.) *Heiss umfehdet, wild umstritten. Geschichtsmysmen in Rot-Weiß-Rot* (2005/Villach) S.51-73.

Hannes *Androsch*, Die Verpflichtung zur Erinnerung. Österreichs Vergangenheit und ihre unzugängliche „Bewältigung“. In: Hans-Henning *Scharlach* (Hg.), Haider. Österreich und die rechte Versuchung (2000/Hamburg), S.67-85.

Jan *Assmann*, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen (2007/München).

Jan *Assmann*, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: Jan *Assmann*, Tonio *Hölscher* (Hg.) *Kultur und Gedächtnis* (1988/Frankfurt am Main) S.9-19.

Brigitte *Bailer*, Wolfgang *Neugebauer*, Heribert *Schiedel*, Die FPÖ auf dem Weg zur Regierungspartei, In: Hans-Henning *Scharsach* (Hg.) Haider. Österreich und die rechte Versuchung (2000/Reinbek bei Hamburg) S.105-127.

Daniel *Bartel*, Peter *Ullrich*, Kornelia *Ehrlich*, Kritische Diskursanalyse. Darstellung anhand der Analyse der Nahostberichterstattung linker Medien. In: Ulrike Freikamp (Hg.) *Kritik mit Methode?. Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik* (2008/Berlin). S.53-72.

Günther *Bischof*, „Opfer“ Österreich?. Zur moralischen Ökonomie des österreichischen historischen Gedächtnisses. In: Dieter *Stiefel* (Hg.) *Die Politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und Wiedergutmachung* (2001/Wien). S.305-335.

Gerhard *Botz*, Gerald *Sprengnagel* (Hg.), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (2008/Frankfurt).

Thomas *Chorherr*, Eine kurze Geschichte der 2. Republik. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen (2005/Wien).

Rudolf *de Cillia*, Ruth *Wodak* (Hg.) Gedenken im Gedenkjahr. Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005 (2009/Innsbruck).

Jakob *Engel*, Ruth *Wodak*, Kalkulierte Ambivalenz, „Störungen“ und das „Gedenkjahr“. Die Causen Siegfried Kampl und John Gudenus. In: Anton *Pelinka*, Ruth *Wodak* (Hg.) „Dreck am Stecken“. Politik der Ausgrenzung (2009/Innsbruck). S.79-95.

Stephan *Grigat* (Hg.) Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert (2012/Freiburg).

Siegfried *Jäger*, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung (2001(a)/Duisburg).

Siegfried *Jäger*, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung (2001(b)/Duisburg⁶).

Gerald *Lamprecht*, „Der lange Schatten der Vergangenheit“. Zum schwierigen Umgang mit Nationalsozialismus und Holocaust in Österreich. In: Markus Helmut *Lenhart*, Birgit *Scholz* (Hg.), Was bleibt? Bibliothekarische NS-Provenienzforschung und der Umgang mit ihren Ergebnissen (2018/Graz) S.43-52.

Cornelius *Lehnguth*, Waldheim und die Folgen. Der parteipolitische Umgang mit dem Nationalsozialismus in Österreich (2013/Frankfurt am Main).

Wolfgang C. *Müller*, Parteiensystem - Politische Bewegungen. In: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Franz Horner, Helmut Kramer, Volkmar Lauber, Wolfgang C. Müller, Emmerich Tálos, Handbuch des politischen Systems Österreichs (1992/Wien) S.181-325.

Margit *Reiter*, Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ (2019/Göttingen).

Anton *Pelinka*, Ruth *Wodak* (Hg.), „Dreck am Stecken“. Politik der Ausgrenzung (2002/Wien).

Doron *Rabinovici*, Drei Reden zu Schwarz-Blau und Europa. Rede am Heldenplatz 19. Februar 200. In: Frederick Backer, Petra Herczeg (Hg.), Die beschämte Republik, 10 Jahre nach Schwarz-Blau in Österreich (2010/Wien) S-160-175.

Oliver *Rathkolb*, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015 (2015/Wien).

Oliver *Rathkolb*, Fiktion „Opfer“. Österreich und die langen Schatten des Nationalsozialismus und der Dollfuß-Diktatur (2017/Innsbruck/Wien/Bozen).

Heribert *Schiedel*, Der rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft (2007/Wien).

Heribert *Schiedel*, Wolfgang *Neugebauer*, Jörg Haider, die FPÖ und der Antisemitismus. In: Anton *Pelinka*, Ruth *Wodak* (Hg.), „Dreck am Stecken“. Politik der Ausgrenzung (2002/Wien). S.11-31.

Constanze *Spieß*, PowerPoint, Sprachliche Gewalt in öffentlichen Diskursen. 30.11.2019. Schloss Seggau in der Steiermark. (Verwendung durch die Verfasserin genehmigt) S.1-24.

Heinz P. *Wassermann*, Naziland Österreich!?. Studien zum Antisemitismus, Nation und Nationalsozialismus im öffentlichen Meinungsbild (2002/Innsbruck/Wien/München).

Heinz P. *Wassermann*, „Zu viel Vergangenheit tut nicht gut!“. Nationalsozialismus im Spiegel der Tagespresse der Zweiten Republik (2000/Innsbruck/Wien/München).

Ruth *Wodak*, Österreichische Identitäten und österreichisches Gedächtnis. In: Einrad *Ziegler*, Waltraud *Kannonier-Finster*, Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit (2016/Innsbruck), S.11-22.

Ruth *Wodak*, Peter *Nowak*, Johanna *Pelinka*, Helmut *Gruber*, Rudolf *de Cillia*, Richard *Mitten*, „Wir sind alle unschuldige Täter“. Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus (1990/Frankfurt), S.59-81.

Meinrad *Ziegler*, Waltraud *Kannonier-Finster*, Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit (2016/Innsbruck).

11.1 Onlinequellen

Austria Forum, *Falter* (Wochenzeitung) 22.5.2018 online unter <https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Falter_%28Wochenzeitung%29>, (letzter Zugriff: 7.1.2020).

Austria Forum, *Falter* (Wochenzeitung), online unter <https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Falter_%28Wochenzeitung%29>, (letzter Zugriff: 7.1.2020).

Bundesministerium für Inneres, Nationalratswahl am 7. Oktober 1990, online unter <https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1990/start.aspx>, (letzter Zugriff: 20.11.2019).

DerStandard Redaktion, „Angeblich - von RAU“, online unter <<https://www.derstandard.at/story/999465/angeblich---von-rau>> am 4.7.2002, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

DerStandard Redaktion, Im Wortlaut : Bedenkliche „Sager“ aus freiheitlichen Rängen, online unter <<https://www.derstandard.at/story/2029022/im-wortlaut-bedenkliche-sager-aus-freiheitlichen-reihen>> am 27.4.2005, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Auswahl rechtsextremer, antisemitischer, rassistischer und europafeindlicher Äußerungen von FPÖ-SpitzenpolitikerInnen und -Medien , online unter <<https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextremismus-in-oesterreich/archiv-fpoe-bis-2004/auswahl-rechtsextremer-antisemitischer-rassistischer-und-europafeindlicher-aeuszerungen-von-fpoe-spitzenpolitikerinnen-und-medien>> am 2.3.2001, (letzter Zugriff: 12.1.2020).

Falter Verlag, *Falter*: Die Wochenzeitung aus Wien, online unter <https://cms.falter.at/b2b/falter_sonderbeilagen/falter/>, (letzter Zugriff: 7.1.2020).

Heidemarie Uhl, Das „erster Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformation in der Zweiten Republik (2001/ Wien/ Graz) S.19-34. online unter <http://www.erinnern.at/bundeslaender/oesterreich/e_bibliothek/gedenkstätten/Uhl%2C%20Osterreichischer%20Opfermythos.pdf>, (letzter Zugriff: 5.1.2020).

Heribert Schiedel, Die FPÖ und der Antisemitismus. Ein lange verdrängter Aspekt (2001) S.1-14. online unter <https://www.doew.at/cms/download/dhm5v/schiedel_fpoee.pdf>, (letzter Zugriff: 20.12.2019).

Österreichischer Versöhnungsfonds, Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit. Späte Anerkennung, online unter <<http://www.versoehnungsfonds.at/upload/doc/86/Broschuere.pdf>>, (letzter Zugriff: 31.11.2019).

Ö1-Mittagsjournal 27.7.1988 online unter <https://www.mediathek.at/unterrichtsmaterialien/suche/detail/atom/090A339C-2E0-006B0-000006C8-09092BE5/marker/00_12_06/pool/BWEB/?end=00_34_25> (letzter Zugriff: 12.1.2020).

Profil Redaktion, Impressum und Offenlegung, online unter <<https://www.profil.at/impressum>> (letzter Zugriff: 6.1.2020).

Stenographisches Protokoll, 35. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich; XVIII. Gesetzgebungsperiode; Montag 8., und Dienstag 9.7.1991, online unter <https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVIII/NRSITZ/NRSITZ_00035/imfname_142026.pdf>, (letzter Zugriff: 15.10.2019).

Wiener Zeitung Redaktion, Schlüssel: „Österreich war erstes Nazi-Opfer“, online unter <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/oesterreich/339505_Schuessel-Oesterreich-war-erstes-Nazi-Opfer.html> am 10.11.2000, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

11.2 Für die Analyse verwendete Artikel

11.2.1 Ausgaben von *Profil*

Pelinka Anton, Wo sind die Täter?. In: *Profil* Jg. 2000, 13.11.2000. S.46.

Lackner Herbert, Alles nur Opfer?. In: *Profil* Jg.200 Nr.48, 27.11.2000, S.44-49.

Lackner Herbert, „Die ÖVP will die Geschichte umschreiben“. In: *Profil* Jg.2000, Nr.49, 4.12.2000 S.42-43.

Gächter Sven, Ist Stadler ein Nazi?. In: *Profil* Jg.2002 Nr.28, 8.7.2002, S.9.

Zöchling Christa,Völkischer Anwalt. In: *Profil* Jg. 2002 Nr. 28, 8.7.2002, S.30-31.

Lahodinsky Otmar, Bewusste Tabuverletzung. In: *Profil* Jg.2002, Nr.29,15.7.2002.

Zöchling Christa,Verdrängungswettbewerb. In: *Profil* Jg.2002 Nr.29, 15.7.2002, S.20-22.

Jagschitz Gerhard,„Rechter Rand“. In: *Profil* Jg.2002 Nr.29, 5.7.2002, S.22.

Nikowitz Rainer, Geschichte-Erzähler. In: *Profil* Jg.2005 Nr. 18, 2.5.2005, S.15.

Gächter Sven, Restbräune. In: *Profil* Jg. 2005 Nr 18, 2.5.2005, S.13.

Zöchling Christa, Gespenster der Gegenwart. In: *Profil* Jg.2005 Nr.18, 2.5.2005, S.16-20.

Enigl Marianne, Brillen und Rosenkränze. In: *Profil* Jg.2005 Nr.18, 2.5.2005, S.19.

Lingens Peter Micheal, Gudenus ist kein Problem In: *Profil* Jg.2005 Nr.18, 2.5.2005, S.160.

Lackner Herbert, Jörg Haider ist kein Antisemit. In: *Profil* Jg.2001 Nr.10, 5. März 2001, S.15.

Nikowitz Rainer, e-mail für dich. In: *Profil* Jg.2001 Nr.11, 12. März 2001, S.11.

Spörk Christof, Dreck am Stecken?. In: *Profil* Jg.2001 Nr.11, 12. März 2001, S.54-55.

Lackner Herbert, Wer schweigt wird mitschuldig. In: *Profil* Jg. 2001 Nr.12, 19 März 2001, S.26.

Marecek Heinz, Trauriger Sonntag. In: *Profil* Jg. 2001 Nr.12, 19. März 2001.

11.2.2 Ausgaben von *Falter* aus dem Onlinearchiv

Falter Redaktion, „Dolm der Woche: W.Schüssel“, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20001115/dolm-der-woche-w-schuessel/1814190010>> am 15.11.2000, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Mattl Siegfried, „Schüssel in Jerusalem“, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20001122/schuessel-in-jerusalem/1953140006>> am 22.11.2000, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Thurnher Armin, „Jeder Wechsel schmerzt“, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20010131/jeder-wechsel-schmerzt/1952400012>> am 31.01.2001, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Falter Redaktion „STANDPUNKT: Stadler, die Ente“, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20020710/standpunkt-stadler-die-ente/1922030008>> am 10.7.2002, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Thurnher Armin, Rülpsen mit System, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20020717/ruelpsen-mit-system/1840400004>> am 17.7.2002, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Swoboda Hannes, „Geschichte, revisionistisch“, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20020724/geschichte-revisionistisch/2021050006>> am 24.7.2002, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Horaczek Nina, John Gerald, „Muss nichts ausbaden“, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20020807/muss-nichts-ausbaden/1901360012>> am 7.8.2002, (letzter Zugriff: 30.12.2019)

John Gerald, „Haider's Wahrheit“, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20010307/haider-wahrheit/1920330018>> am 7.3.2001, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Falter Redaktion, „Standpunkt: Juden im Fasching“, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20010314/standpunkt-juden-im-fasching/1809320009>> am 14.3.2001, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Falter Redaktion, Was war/kommt/fehlt, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20010314/was-war-kommt-fehlt/1809310007>> am 14.3.2001, (letzter Zugriff: 25.1.2020).

Fian Antonio, „Dramolett: Jörg Haider arbeitet an seiner Aschermittwochrede, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20010502/dramolett-joerg-haider-arbeitet-an-seiner-aschermittwochrede/2100110031>> am 2.5.2001, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Klenk Florian, Weissensteiner Nina, „Zeigs den Hosenscheißern, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20010523/zeigs-den-hosenscheissern/1733030012>> am 23.5.2001, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Botz Gerhard, „Das sind keine Outsider“, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20050504/das-sind-keine-outsider/1536280014>> am 4.5.2005, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Falter Redaktion, John Gudenus, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20050504/john-gudenus/1536280010>> am 4.5.2005, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Noll Alfred J., Schamlos, aber schuldig?, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20050615/schamlos-aber-schuldig/1834130013>> am 15.6.2005. (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Klenk Florian, „Das kann nicht stimmen“, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20050622/das-kann-nicht-stimmen/1710050015>> am 22.6.2005, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Falter Redaktion „Bösterreich ist frei“, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20051221/boesterreich-ist-frei/1837530025>> am 21.12.2005, (letzter Zugriff: 30.12.2019).

Klein Erich, „Schlacht der Ideologien, online unter <<https://www.falter.at/zeitung/20020717/schlacht-der-ideologien/1840400016>> am 17.7.2002, (letzter Zugriff: 30.12.2019.)